

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONENSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 6153-2115

## **Zivil-militärische Zusammenarbeit**

*Thomas Mickan* - Ende des Zivilen: Über die Verkehrung der zivilen Kritik zur militärischen Legitimation - **1**

## **Deutsche Kriegspolitik**

*Christian Stache* - Kriegsvorbereitung am Schreibtisch: „Neuausrichtung der Bundeswehr“ - **7**

*Claudia Haydt* - Konversion: Was kommt nach der Bundeswehr? - **11**

*Christoph Marischka* - Die neue Konzeption der Reserve - die strategische Militarisierung der Gesellschaft - **13**

## **Afghanistan**

*Jürgen Wagner* - Petersberg-Konferenz: Kein Plan außer Dauerkrieg und Besatzung - **15**

## **Irak**

*Joachim Guilliard* - Downsizing der Besatzung: die Umstrukturierung der Militärpräsenz in der Region - **18**

## **EU-Militarisierung**

*Sabine Lösing und Jürgen Wagner* - Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik - **22**

**Bericht des IMI-Kongress 2011 - 25**

**Erklärung des Zivilklausel-Kongresses Tübingen - 29**



# Editorial:

Kongresse, Broschüren und Proteste prägten die Arbeit der Informationsstelle Militarisation in den letzten beiden Monaten. So hat sich die IMI an der Organisation des Zivilklauselkongresses Ende Oktober 2011 beteiligt, auf dem Strategien diskutiert wurden, was gegen die zunehmende Militarisation der Hochschulen unternommen werden kann. Die auf dem Kongress verabschiedete „Tübinger Erklärung“ findet sich auf der Rückseite dieser AUSDRUCK-Ausgabe.

Gleich am nächsten Wochenende fand dann der diesjährige IMI-Kongress „Wendezeiten: Weltpolitische Umbrüche

– Chance oder Gefahr?“ statt. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass mit teils über 120 und insgesamt deutlich über 150 Interessierten der Besuch gegenüber den Vorjahren noch einmal angewachsen ist. Zu den Inhalten und Schwerpunkten des Kongresses findet sich in dieser Ausgabe ein ausführlicher Bericht.

Am 15. November wurde anschließend die 60seitige neue IMI-Broschüre „Experimentierfeld Afghanistan: Zehn Jahre Krieg und kein Ende in Sicht“ veröffentlicht. Mit ihr wollten wir einen Beitrag zur Mobilisierung für die Proteste gegen die Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg leisten, die am 5.

Dezember stattfand. Wie der diesbezügliche Artikel in dieser AUSDRUCK-Ausgabe unterstreicht, hat die Konferenz leider lediglich einmal mehr untermauert, dass die westlichen Staaten wohl noch für viele Jahre ihren Krieg am Hindukusch fortsetzen wollen. Insofern war es umso erfreulicher, dass die Gegendemonstration am 3. Dezember mit etwa 5.000 Menschen gut besucht war. Wir jedenfalls fanden die Proteste sehr gelungen und ein ermutigendes Zeichen gegen die Kriegspolitik Deutschlands und seiner Verbündeten.

*Die Redaktion*

## Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

**Erscheinungsweise:** Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Sabine Lösing und Jürgen Wagner, EU-Nachbarschaftspolitik, in: Wissenschaft & Frieden 4/2011.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: Schrift auf einem Kanonenlauf in Wien, Quelle: Wikipedia, Foto: Kadin2048, ccLizenz; S. 22, Nachbarschaftspolitik der EU, Grafik aus Wikipedia.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Christoph Marischka, Jürgen Wagner und Claudia Haydt sind IMI-Vorstandsmitglieder. Sabine Lösing ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Christian Stache, MA der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, promoviert an der Uni Hamburg. Thomas Mickan war Praktikant der IMI und studiert in Frankfurt. Joachim Gulliard ist IMI-Mitglied und im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg aktiv.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).  
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

### Kontakt:

**Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.**  
**Hechinger Str. 203 (Sudhaus)**  
**72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Das Elend des Zivilen

## Über die Verkehrung der zivilen Kritik zur militärischen Legitimation

von Thomas Mickan

Der Verweis auf Alternativen hat in der Friedensbewegung Tradition: zur Landesverteidigung gibt es die Soziale Verteidigung, zu den Militäreinsätzen gibt es eine Zivile Konfliktbearbeitung oder zu den Militärstandorten und Rüstungsschmieden zahlreiche zivile Konversionspläne. Ganz allgemein fungiert also das Zivile als Alternative zum Militärischen und erfüllt damit eine bedeutsame Kritikfunktion. Doch der Verweis auf das Zivile hat eine Verkehrung erfahren, die auf eigentümliche Art und Weise das Militärische zu legitimieren und zu befördern vermag. Dies zu zeigen, soll die vorliegende Arbeit leisten, um damit der gefährlichen Vereinnahmung und Entschärfung der wichtigen zivilen Kritik entgegenzutreten.

### 1. Über Alternativen, das Zivile und das Militärische

In der letzten Ausgabe des Jahres 2011 der Fachzeitschrift *Internationale Politik (IP)* war Bemerkenswertes zu lesen: Die Chefredakteurin Sylke Tempel schrieb in einem Kommentar mit dem Titel „Die dicke Berta der Debattenschlacht“,<sup>1</sup> dass dieses Kruppsche Geschütz statt Berta heute doch besser den Namen „Tina“ tragen müsste. „Tina“ wurde zum Spitznamen Margaret Thatchers, weil sie ihren neoliberalen Wirtschaftskurs beständig mit dem Scheinargument „There Is No Alternative“ (dt.: es gibt keine Alternative) begründete.

Sylke Tempel kritisiert mit dieser historischen Anleihe das Tina-Prinzip der deutschen Außenpolitik in scheinbar bester friedenspolitischer Manier. Doch anstatt zivile Alternativen gegenüber dem militärischen Vorgehen in die Debattenschlacht zu führen, was nach über 10 Jahren Krieg in Afghanistan erwartet werden könnte, erfolgt ein Ruf nach der angeblich vergessenen Alternative des Militärs! So sollten die Zeiten des „[militärischen] Abseitsstehens“ doch der Vergangenheit angehören und der Verweis auf „die schwierige, deutsche Geschichte“ samt jener „Kultur der [militärischen] Zurückhaltung“ endlich überwunden werden. Es gebe halt eben „Probleme, die nicht ohne Zuhilfenahme militärischer Mittel geknackt werden können“.<sup>2</sup>

Sylke Tempel rückt damit durchaus wortgewandt das Militärische in eine kritikwirksame Alternativposition, welche bislang noch nicht ausreichend von der deutschen Politik entdeckt, ja im Falle Libyens sogar sträflich vernachlässigt worden wäre. Das Kritikwerkzeug der Alternative wird so seiner Kernfunktion – der Aufwertung nicht-hegemonialer Positionen – beraubt, indem die prominente Position des Militärs in der deutschen Außenpolitik als Alternative im vermeintlich alternativlosen Raum dargestellt wird.

Tempel darf dabei jedoch nicht missverstanden werden, dass sie dem *rein* Militärischen das Wort redet. Dieser hohle Militarismus hat durchaus auch in konservativen Kreisen als allzu unmodern abgedankt. Viel eher gehöre das Militärische manchmal eben einfach dazu. Entsprechend ist nach Tempel auch das Argument „Probleme können nur politisch und nicht militärisch gelöst werden“ gleich dem hohlen Militarismus ein ebenso „undifferenziertes“ und zu überkommendes „argument to end all arguments“ (dt. ein Totschlagargument).

Eine wichtige Figur im immer unverblümteren Verweis auf die vermeintliche Notwendigkeit des Militärischen in der deutschen außenpolitischen Debatte zeichnet sich in Tempels Argumentation ab. Diese Figur soll im Folgenden – in Anlehnung an den Philosophen und Soziologen Bruno Latour<sup>3</sup> – als

*Elend des Zivilen* bezeichnet sein. Das Elend besteht darin, dass die Kritikfunktion der zivilen Alternative so verkehrt wird, dass das Zivile das Militärische nicht mehr delegitimiert, sondern ihm geradewegs eine eigentümliche Legitimation verschafft.

Anhand von drei Beispielen soll das Phänomen aufgezeigt werden. Als erstes Beispiel wähle ich die *Zivil-Militärische Zusammenarbeit*, das heißt die „Abstimmung“ der Arbeit von zivilen und militärischen Akteur\_innen. Es erfolgt dort nicht nur eine praktische Vereinnahmung des Zivilen, sondern eine Institutionalisierung militärischen Konfliktaustrages aufgrund eines militärlegitimierenden Festhaltens an der Idee der „rechten Mitte“. Als zweites thematisiere ich das *Dilemma* zwischen teilnahmslosem Zuschauen und (militärischem) Eingreifen. Eng verbunden ist dies mit der Dringlichkeitsfigur der *Ultima Ratio*. In einer darin zu bezweifelnden Suggestion von Alternativlosigkeit wird das Zivile in seiner vermeintlichen Erschöpfung zur Legitimationsfolie der (zumeist) militärischen Auflösung des Dilemmas. Als drittes und letztes Beispiel diskutiere ich die *Verantwortungsrhetorik* der deutschen Außenpolitik. Frieden wird darin selbst zum Gewaltakt, Gewaltfreiheit zur Gewissensverweigerung und Pazifismus zur verantwortungslosen Gesinnungsethik. Verantwortung kommt als eine Verantwortung der Gewalt und des Militärischen daher, während der *Zivile Ernstfall* ins moralische Abseits gestellt wird und so als Antipode der Gewalt dieser Legitimation verleiht. Im letzten Abschnitt soll eine *Perspektive des Widerstandes* gegen diese diskursive Vereinnahmung des Zivilen anhand einer Unterscheidung von Essenz- und Existenzkritik aufgezeigt werden. Damit soll versucht werden, dem „freundlichen Desinteresse“<sup>4</sup> am Zivilen eine produktive kritische Wendung gegen das Militärische zu verleihen.

Das Militärische soll dabei verstanden werden als eine Form kollektiven Gewaltaustrages in staatlicher Verfasstheit, verbunden mit einer willentlichen und bezahlten Ausbildung soldatischen Fachpersonals zum Einsatz tödlicher Gewalt. Gerade die staatliche Verfasstheit des Militärischen birgt für eine Demokratie eine nicht auflösende *prinzipielle* Unvereinbarkeit mit den ihr zugrundeliegenden Werten. Obgleich diese Unvereinbarkeit in manchen Kreisen der Friedens- und Konfliktforschung nicht geteilt wird,<sup>5</sup> stehen die Pflicht zum Gehorsam, feste Hierarchien und Autoritäten und die potenzielle Aufhebung des zivilen Miteinanders durch das Training und die Ausübung tödlicher Gewalt jedem demokratischen Verständnis diametral gegenüber.<sup>6</sup> Auch eine parlamentarische Kontrolle oder Konzepte wie das der „Inneren Führung“ oder des „Staatsbürgers in Uniform“ kommen eher demokratischem Wunsdenken gleich, als dass sie den tatsächlichen Charakter des Militärischen aufzulösen vermögen. Die Sprachstrategie, aufgrund der Auslandseinsätze den „Bürger in Uniform“ zum „Weltbürger in Uniform“ umzudeuten, illustriert dies weiter. Die im Weltbürger suggerierte Offenheit, Toleranz und interkulturelle Kompetenz sind ebenso unvereinbar mit dem archaischen und prädemokratischen Recht des Stärkeren, welches ein „Töten als Arbeit“<sup>7</sup> als soldatisches Handwerk versteht.

Das Zivile soll als ein Austragungsmechanismus von Konflikten insbesondere in Abgrenzung zum Militärischen verstanden





Gewalt: „Das letzte Wort der Könige“, Quelle: Wikipedia, Foto: Kadin2048, ccLizenz.

werden. Das Zivile ist ähnlich der Gewaltfreiheit keine passive Größe, sondern ein aktives Projekt. Es muss als eine Konstruktion von „Gegenstandsbereichen und Wirklichkeitsritualen“<sup>8</sup> aufgefasst werden. Das Zivile ist daher verbunden mit dem positiven Frieden (Galtung) und teilt mit ihm die gleichen Probleme der Instrumentalisierbarkeit für die Legitimation militärischer Gewalt.<sup>9</sup> Um dieser Instrumentalisierung zu entgehen, muss das Zivile als notwendige Bedingung die Nichtanwendung von Waffen beziehungsweise physischer Gewaltinstrumente erfüllen. Dies schließt auch die Potentialität ihrer Anwendung ein wie sie zum Beispiel beim Einsatz bewaffneter Polizeikontingente stets vorhanden ist.

### 1.1 Mit Militär *allein* ist kein Krieg zu gewinnen

„Der Einsatz militärischer Mittel als *ultima ratio* kann und darf nicht ausgeschlossen werden, aber kein Konflikt, mit dem wir heute konfrontiert sind, kann allein mit militärischen Mitteln gelöst werden.“ (Angela Merkel am 9.9.2011)<sup>10</sup>

Dieser Satz aus einer Rede von Angela Merkel ist nur ein Beispiel für den weitverbreiteten Ausdruck „mit Militär allein...“. Entscheidend ist das kleine Wort „allein“, welches in sich den großen Unterschied zwischen Ablehnung oder Legitimation von Gewalt birgt. Der politische Subtext findet sich im Konzept der Vernetzten Sicherheit und der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (ZMZ).

Unter der Vernetzten Sicherheit ist im bundesdeutschen Kontext die ressortübergreifende Bearbeitung als sicherheitsrelevant eingestufte Probleme zu verstehen.<sup>11</sup> Diese Sicherheitsdoktrin ist äußerst vage und umfassend formuliert, wobei einzig dem Militär im Sicherheitsnetz eine feste Größe zukommt. Während Vernetzte Sicherheit ein theoretisches Konzept der Verbindung von Zivilem und Militärischem ist,<sup>12</sup> stellt ZMZ eine praktische Strategie und institutionelle Verankerung dieser Verbindung dar. Trotz semantischer und propagierter Gleichheit des Zivilen und Militärischen, wurde ZMZ von Seiten des Militärs eingerichtet, um „die Erfüllung des militärischen Auftrags zu unterstützen“<sup>13</sup>.

Unstrittig erhöht sich die Legitimität eines Militäreinsatzes durch ein zivileres Image, sowohl bei den Soldat\_innen als auch in der entsendenden Bevölkerung.<sup>14</sup> Das Gegenteil gilt jedoch für die Legitimität des zivilen Gegenparts, zum Beispiel die Entwicklungsorganisationen im Einsatzland oder deren lokalen Partner\_innen. Die Vermischung wird so von Seiten der Nichtregierungsorganisation mitunter als Militarisierung des Zivilen, Verlust ziviler Neutralität und veränderter Prioritätensetzung von humanitär *Notwendigem* zu militärisch *Benötigtem* aufgefasst.<sup>15</sup> In der Praxis zeige sich zudem, dass militärische Akteur\_innen vom

Zivilen etwa bei der Informationsgewinnung profitieren, jedoch das Militär sich seinerseits mit Unterstützung der zivilen Kräfte zurückhält. Gleichzeitig versuchen militärische Akteur\_innen die Agenda des Handelns zu setzen.<sup>16</sup>

Was macht trotz dieser umfassenden und klaren Kritik dennoch das Konzept der Vermischung von Zivilem und Militärischem so diskurs- und wirkmächtig? Und warum verleiht das Zivile dem Militärischen jene eigentümliche Legitimation? Ein Erklärungsansatz kann das „Diktum der Mitte“ sein. In dieser schon seit der Antike gepflegten Idee findet sich vor allem bei Aristoteles, dass erst die ausgewogene Mischung zum wahren Tugendhaften und Guten führe. Kämen die Extreme hingegen in Reinform vor, tragen sie das Übel bereits in sich.<sup>17</sup> Diese aristotelische Mesoteslehre, also die Lehre der rechten Mitte, hatte über Jahrhunderte hinweg eine entscheidende Bedeutung für die Mischverfasstheit herrschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit.<sup>18</sup>

Herfried Münkler nennt die Mitte „ein genuin deutsches Thema“ und bescheinigt den Deutschen sie seien „mitteversessen“.<sup>19</sup> Er weist jedoch auch auf die Kritik der Mitte etwa bei Friedrich Nietzsche oder Karl Marx hin. Diese lehnten jene auch in der volkstümlich verbreiteten Rede „goldene Mitte“ wegen deren Mittelmäßigkeit und Fortschrittsfeindlichkeit ab.<sup>20</sup> Die Mitte kann somit nur ein Kompromiss sein und – um beim Volksmund zu bleiben – ist der Kompromiss zumeist ein fauler zugleich.

Ähnlich gilt dies für die ZMZ. Die ausdauernde Idee, das Beste von Beiden zu nehmen, weil das Eine ein Zuviel an Gewalt, hingegen das Andere ein Zuwenig an Wirkung besäße, begründet par excellence eine „Mesoteslehre des Krieges“. Abseits der Feststellungen, dass in der ZMZ das Zivile lediglich als Ergänzung konzipiert wurde und dessen Akteur\_innen und ihre Unparteilichkeit Schaden nehmen, wiegt noch etwas anderes schwer: Das Zivile wird seiner Funktion der Kritik beraubt. Statt eine eigene Alternative zum Militärischen darzustellen, wird es selbst zu dessen Legitimationsfolie. Vorzufinden ist ZMZ heute etwa bei der Bundeswehr, der Europäischen Union, der NATO oder den Vereinten Nationen. Sie ist institutionalisiert und damit ist das Militärische als *essentieller* Bestandteil der Bearbeitung von Konflikten fixiert!

Zudem wird mit dem vermeintlichen Eingeständnis der Schwäche, dass mit dem Militär *allein* keine Probleme mehr „geknackt“ (Tempel) werden können, die Gleichzeitigkeit des Scheiterns rein zivil-politischer Arbeit impliziert. Das Militärische wird deshalb nur vorgeblich geschwächt, weil es der klaren und einfachen Kritik eines hohlen Militarismus enthoben wird. Gleichzeitig erfährt es eine fortschreitende Institutionalisierung und das rein Zivile wird ins Unrealistische verschoben. Das Zivile wird in seiner Ergänzungsfunktion des Militärischen so zu dessen Legitimation verkehrt.

### 1.2 Dilemma und Ultima Ratio

Im zitierten Ausschnitt der Rede Angela Merkels findet sich noch eine zweite Denkfigur, die relevant für die Verkehrung des Zivilen ist. Es ist die Figur der *Ultima Ratio*, also Gewalt als allerletztes Mittel doch anwenden zu können, ja sogar zu müssen. Eng hängt diese mit dem Dilemma zwischen militärischem Einschreiten oder dem Zuschauen im Falle eines gewaltförmig ausgetragenen Konfliktes zusammen. Joseph Fischer nannte es einst: „Nie wieder Krieg oder nie wieder Auschwitz“.

Die Idee der *Ultima Ratio* hat ihren Ursprung im „ultima ratio regum“ (dt. das letzte Mittel der Könige). Dieser Leitspruch war auf den Kanonen der französischen Monarchen Ludwig

XIII. und Ludwig XIV. eingraviert. Damit sollte jedoch nicht das „letzte“ Mittel eine Gravr erfahren, sondern das „Entscheidende“, im Sinne einer widerspruchsfreien Durchsetzung königlicher Gewalt und Herrschaft.<sup>21</sup> Besondere Bedeutung erlangte die Ultima Ratio in der Lehre vom Gerechten Krieg, welche in den so genannten humanitären Interventionen beziehungsweise einer Schutzverantwortung wieder Konjunktur erfährt.

Die beschriebene Maxime, dass Militär *allein* keine Konflikte mehr lösen könne, führt nach Herfried Münkler zu einer „paradoxen Konsequenz“ in Bezug auf die Ultima Ratio. So müsse die Idee eines *letzten* Mittels aufgegeben und anstelle dessen Militäreinsätze zu einem *ersten* Mittel der Politik werden. Eine Transnationalisierung der Gewalt, also das Übergreifen auf andere Länder, könne damit verhindert und ein anschließender ziviler Friedensprozess erfolgreicher eingeleitet werden.<sup>22</sup> In leichter Abwandlung schlägt diese Idee auch bei Thomas de Maizière durch: „Militärische Mittel sind ‚äußerstes‘, nicht erst ‚letztes‘ Mittel“. Es müsse daher geprüft werden, ob ein „frühzeitiger, dosierter Einsatz von Streitkräften“ deeskalierend wirken könne.<sup>23</sup> Besonders in der Debatte um eine Schutzverantwortung sollte dies aufgehört werden lassen, betonen doch ihre Befürworter\_innen immer wieder, dass militärische Gewalt auch hier nur als „letztes“ Mittel eingesetzt werden soll. Mit der bereits sich vollziehenden Uminterpretation militärischer Gewalt zum „ersten“ beziehungsweise „äußersten“ Mittel, ist dies jedoch hinfällig.

Die Figur der Ultima Ratio taucht in der aktuellen Debatte in Verbindung mit dem Dilemma aus (militärischem) Eingreifen oder Zuschauen auf. Das Dilemma gewinnt dabei seine Nahrung zugleich aus „den erfolgreichsten Interventionen“ (Vietnam in Kambodscha, Indien in Ost-Pakistan, Tansania in Uganda)<sup>24</sup> und aus den „erfolglosesten Interventionen“ in Ruanda und Srebrenica.<sup>25</sup> Besondere Prominenz in Deutschland erreichte es jedoch, als Joseph Fischer den völkerrechtswidrigen Krieg im damaligen Jugoslawien 1999 mit dem Verweis auf die Verhinderung eines zweiten Auschwitz legitimierte.<sup>26</sup>

Das aufgestellte Dilemma findet seine Anleihen auch in klassischen moralphilosophischen Gedankenexperimenten zur Auswahl einer von zwei jeweils schlechten Alternativen wieder. Bekannt ist etwa das Trolley-Problem, bei dem ein Zug wahlweise fünf auf dem Gleis angekettete Menschen überfährt, oder aber, beim bewussten Umlegen einer Weiche, diese zwar gerettet würden, der Tod „nur“ eines anderen Menschen auf dem anderen Gleis jedoch wissentlich im Kauf genommen werden würde. Während jedoch im Gedankenexperiment die Randbedingungen klar festgelegt werden können, ist es fraglich, ob dieses auch auf das Laboratorium der sozialen Welt übertragbar ist. Zwei Denkfälle entstehen durch das Dilemma: Zum ersten suggeriert es eine Alternativlosigkeit, die fraglich ist, da sie gewaltfreie Alternativen zur Bearbeitung eines Konfliktes als dritten Weg einfach ignoriert. Und zum zweiten vollzieht sich daran anschließend eine Diskursverschiebung vom zivilen auf den militärischen Ernstfall. In der Setzung der Pole von Zuschauen oder militärisch Eingreifen erfährt das Zivile eine Verlagerung in das Vorfeld oder die Nachsorge gewaltförmiger Konflikte. So ist beispielsweise der Zivile Friedensdienst entgegen den Anliegen ihrer Initiator\_innen weitgehend zu einem Instrument der Entwicklungszusammenarbeit geworden, statt ein explizites Instrument der Sicherheitspolitik zu sein.<sup>27</sup> Der Zivile Friedensdienst oder allgemeiner gesagt das Zivile verliert hierin seine kritische Wirkung als Alternative zum Militärischen. Die im Dilemma gesetzte akademische und politische Brisanz und Dringlichkeit bedeutet in der Konsequenz eine Konzentration des Denkens auf den militärischen Ernstfall.

Der Philosoph und Kulturkritiker Slavoj Žižek weist zudem

noch darauf hin, dass in der Interventionsdebatte die vermeintliche Dringlichkeit, „jetzt doch endlich etwas tun zu müssen“, anti-theoretisch sei und ein verfälschtes Gefühl in der Problemwahrnehmung verursache. Dabei „leugnen die post-industriellen Reichen, die in ihren lauschigen Scheinwelten leben, [...] die brutale Wirklichkeit außerhalb ihres Lebensbereiches“. Mensch sollte den Mut aufbringen, auch entgegen den zu erwarteten Tadel eines „scheinheilige[n] Gefühl[s] moralischer Empörung“ der Dringlichkeit zu widerstehen.<sup>28</sup> Ebenso wie sich gewaltförmige Konflikte langfristig entwickeln, bedürfe es des „Begreifen[s] der Zeit“, das heißt also eines zeitlichen Horizonts der Analyse und des Lernens, um über die „wahren“ Ursachen der Gewalt und ein nachhaltiges Handeln nachzudenken. Dieses sei aber nur ohne den Zwang der Dringlichkeit zu gewährleisten.<sup>29</sup>

Die Problematik der Ultima Ratio und des Dilemmas liegt neben den beschriebenen Denkfällen und der falschen Dringlichkeit jedoch noch tiefer: Das Zivile verleiht erneut dem Militärischen eine eigentümliche Legitimation und verkehrt so die Kritikfunktion des Zivilen. Der bekannte Theoretiker eines „Gerechten Krieges“, Michael Walzer, beschäftigt sich mit einiger Kenntnis im Nachwort seines Buches „Just and Unjust Wars“ mit gewaltfreien Alternativen. Auch er präferiert den zivilen Kampf, drängt aber auf Bedingtheiten des Krieges, welche dem Zivilen nur bis zu einem bestimmten Grad Wirksamkeit ermöglichen. Eben gerade daher, weil das Zivile erschöpflich sei, müsse intensiv über das Militärische nachgedacht werden.<sup>30</sup> Auch Geis/Müller/Schörning weisen in einer Untersuchung von Parlamentsdebatten bezüglich der Legitimation von Militäreinsätzen auf die Bedeutung der Erschöpfung ziviler Alternativen hin. Insbesondere im schwedischen, aber auch im deutschen Parlament sei der Verweis auf die „Erschöpfung friedlicher Mittel“ das wichtigste bzw. ein wichtiges Argument in der Entscheidung über Krieg und Frieden.<sup>31</sup> Gerade weil das Zivile nicht weitergedacht werden könne, wird es so zur vorbereitenden Bedingung künftiger Kriege. Das Zivile ist dabei zwar das vermeintlich Erstrebenswertere, es müsse jedoch gerade deshalb das Militärische als Ultima Ratio besonders beachtet werden, um ein anschließendes Ziviles erst zu ermöglichen oder das gescheiterte Zivile aufzufangen. Damit wird es zur Legitimationsfolie des Militärischen verkehrt und die Erweiterung der Kritik, etwa durch den Ausbau einer Zivilen Konfliktbearbeitung, wird bedeutungslos.

### 1.3 Das Heer der Verantwortlichen

Ein letztes und drittes Beispiel für das Phänomen der Kritikumkehr des Zivilen ist die Rede über die *Verantwortung* im Zusammenhang mit Krieg und Frieden. So stammt das bereits zweifach erwähnte Zitat Angela Merkels aus einer Rede mit dem Titel „Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt“. Neben der Bundeskanzlerin betont auch Verteidigungsminister de Maizière ausdauernd die unbedingte Verantwortungsübernahme durch militärisches Engagement. In einem Interview im August 2011 stellt er „die These auf“, dass noch mehr „internationale Verantwortung“ auf Deutschland „zukomme“ und dann nicht länger das „bequeme Argument“ gelten dürfe, dass „deutsche Interessen“ nicht berührt seien.<sup>32</sup> Spätestens seit der Vorstellung der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien im Mai 2011 galt die Formel, Wohlstand erfordere Verantwortung, als neues Mantra von de Maizière. Sie dient gleichermaßen dazu, künftige Kriege auch vermeintlich außerhalb „deutscher Interessen“ zu legitimieren.<sup>33</sup> Es handelt sich also um eine Legitimationsformel für Kriege, vergleichbar der „Verteidigung der Sicherheit am Hindukusch“ (Struck) oder einem „lieber Krieg als

Auschwitz“ (Fischer) Der Behauptung, aus Wohlstand könne die Verantwortung zum militärischen Eingreifen abgeleitet werden, muss jedoch klar widersprochen werden. Wohlstand als gesellschaftliches Privileg beruht auf einem historischen, ja zufälligen Geschenk, das möglicherweise als Befähigung zum Handeln, jedoch nie zur Erfordernis einer Pflicht gerinnen darf. Unverschuldet der Pflicht zu unterliegen, im Zweifel töten zu müssen, darf keine Maxime des Handelns werden, stellt es doch das Zwischen (Arendt) der Menschen grundlegend in Frage. Wird die Erfordernis einer solchen Pflicht jedoch konsequent für andere Dimensionen wie eben Wohlstand zu Ende gedacht, muss sich eine gefährliche Zufälligkeit der vermeintlichen Kriterien einstellen. Letztlich beruft sich auch religiöser Terrorismus auf eine Form spirituellen Wohlstands und damit auf einen Zwang zum Handeln.

Warum soll zudem aus einer materiellen Verfügbarkeit Krieg gegen in der Regel weniger materiell begüterte Länder sich ableiten lassen? Dies würde die Ursachen der Ungleichverteilung regelrecht pervertieren, da sie auch durch die heute Begüterten in Kriegen und durch Unterdrückung verursacht wurden oder aufrechterhalten werden. Nicht nur der Rückblick auf koloniale und imperiale Auswüchse belegt dies, sondern insbesondere das weite Feld systemischer (Žižek) beziehungsweise struktureller (Galtung) Gewalten, etwa der permanenten Mitverantwortung durch Rüstungsgüterproduktion und -handel. Eine Binnendifferenzierung innerhalb der Begüterten und weniger Begüterten ist desweiteren notwendig, rekrutieren sich doch die kämpfenden und fallenden Soldat\_innen traditionell aus einkommensschwächeren Schichten. Auch für die Bundeswehr ist dies nachweisbar, etwa im Gefälle der Besetzung der Mannschaftsdienstgrade mit Soldat\_innen aus strukturärmeren Regionen sowie den Anwerbeversuchen „leistungs- und ausbildungsschwächerer“ Bewerber\_innen in den ARGEN.<sup>34</sup> Besonders plastisch erkennbar wird es jedoch in der Praxis der so genannten Greencard-Soldat\_innen in der US-Armee, die nach abgeleistetem Kriegsdienst (vornehmlich in Irak oder Afghanistan) sich die wohlstandsversprechende Eintrittskarte der Staatsbürger\_innenschaft erkaufen können. Letztendlich heben also Kriege aus Wohlstandsverpflichtung nicht zugrunde liegende Wohlstandsgefälle auf, sondern manifestieren diese. Welchem Mehr an Gerechtigkeit sollten Kriege auch schon dienen, stellen sie doch die vermeintliche Totalität der Ungerechtigkeit dar. Nicht nur, weil geltendes Recht gebrochen wird, sondern auch, weil die Rechtsgültigkeit, die sich auf die Gleichheit, vor allem aber auf das nackte Leben beruft, konstitutiv im Krieg aufgehoben wird.

Die Formel der militärischen Verantwortung aus Wohlstand suggeriert desweiteren einen Anspruch der Veränderung. Kriege werden somit indirekt als heilstiftend dargestellt, die in letzter Konsequenz eine größere Veränderung zum „Guten“ als zum „Bösen“ in sich tragen könnten. Der moralische Maßstab der Veränderung wird hierin nicht mitgeliefert, ebenso ist die Richtung der Veränderung unklar. Da jedoch einzig Wohlstand als materielles Größenmaß in der Formel Anklang findet, muss vermutet werden, dass es sich hierbei in erster Linie um materielle Veränderungen hin zu einem Mehr an Wohlstand handelt. Warum gerade Kriege, also letztlich die Zerstörung von Wohlstand, dieses Heilsversprechen erfüllen sollen, bleibt zweifelhaft. Zudem ist zerstörtes menschliches Leben unwiederbringlich verloren, weshalb sich insbesondere materielle Gegebenheiten als Impuls eines lebenslöschenden Eingreifens verbieten.

Zudem darf nicht die paternalistische Komponente der Verantwortung in diesem Zusammenhang vergessen werden. Es ist dabei nicht nur die Frage nach dem, wer für wen Verantwortung übernimmt, sondern insbesondere die Möglichkeit, überhaupt

diese Frage stellen zu können. Die Adressierten der Kriege sind in der Wohlstandsformel nicht enthalten, weder als mögliche Gegenfragende, noch als mögliche Verneinende der Repräsentationsübernahme. Verantwortungsübernahme entmündigt, da es proklamiert, die Gegenüber könnten nicht ihrer eigenen Verantwortung gerecht werden. Dies ist insbesondere problematisch, weil sie durch potenziell tödliche Gewalt eingefordert wird. Die Einforderung geht dabei weit über das eigentliche Töten hinaus, weil es Entmündigung und Tod verbindet und damit die Auflösung des Menschlichen an sich. Susanne Kirchhoff zeigt in ihrer Untersuchung über Kriegsmetaphern im deutschen Mediendiskurs, dass in der Staatenwelt insbesondere militärische Stärke als Mündigkeitskriterium konstruiert wird. Deutschland werde daher auch gern als „Nesthäkchen“ dargestellt, das sich in der Familie der Staatenwelt gerade emanzipiere.<sup>35</sup> De Maizière greift in diesem Zusammenhang heute auch gern auf das Schröderwort der „erwachsenen Nation“ aus dem Vorfeld der deutschen Beteiligung 1999 am Kosovokrieg zurück.<sup>36</sup>

Verwendet wird aber der Begriff der Verantwortung nicht nur als politisch-mediales Schlagwort, auch in der „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect, R2P) findet er seinen Widerhall. Die R2P hat ihren Ursprung im 2001 erschienen Bericht der Internationalen Kommission über Intervention und Staatssouveränität (ICISS). In veränderter Form wurde sie dann in das Abschlussdokument des UN-Millenniumsgipfel 2005 aufgenommen.<sup>37</sup> Eine zunehmende Etablierung erfuhr sie in der Legitimation des NATO-Einsatzes in Libyen in der dazugehörigen UN-Resolution 1973 des Sicherheitsrates sowie in der Resolution 1975 für den UN-Einsatz in der Côte d'Ivoire.<sup>38</sup>

Die R2P soll verstanden werden als eine militärische Problematisierung des Wechselspiels vom Wohlergehen der Zivilbevölkerung eines Staates auf der einen Seite und dessen Souveränität auf der anderen Seite. Ein Staat habe die Verantwortung, die Sicherheit seiner Bevölkerung zu wahren. Komme er dieser Verantwortung im Falle von verübtem Völkermord, ethnischen Säuberungen, schweren Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht nach, wird er seiner Souveränität entbunden. Er muss nun damit rechnen, dass die „Weltgemeinschaft“ mit militärischer Gewalt interveniert und die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung als Souveränin übernimmt. Souveränität wird dabei als Verantwortlichkeit anstatt der territorialen Integrität verstanden und damit eine wichtige Säule des Völkerrechts und der UN-Charta umgedeutet. Reinhard Merkel verweist auf die nicht unbegründete Wahrnehmung der R2P als „neuartigen Typus hegemonialen Rechts, das über den Sicherheitsrat eine leere Form von Legalität für die eigenen, von keinem Rechtsprinzip gedeckten Interessen zu mobilisieren versteht“.<sup>39</sup>

Verantwortung wird sowohl beim politischen Kampfbegriff als auch (zu großen Teilen) bei der R2P als Verantwortung durch militärische Gewalt verstanden. In Zeiten des Kalten Krieges hieß Verantwortung zwar „den Krieg zu denken“, ihn aber gerade deshalb unter keinen Umständen zu beginnen, weil dies die komplette Auslöschung der Menschheit bedeutet haben könnte.<sup>40</sup> Im 21. Jahrhundert hat sich diese Vorstellung jedoch diametral gewandelt: Verantwortung heißt Kriege wieder als Mittel der Politik zu denken. Das Militärische als Gedanken auszuschließen wird dabei schnell als Verantwortungslosigkeit abgestempelt, Frieden zu fordern als unrealistische Träumerei abgetan und Ziviles dem Militärischen vorzuziehen, als utopisch gebrandmarkt. Die politischen Reaktionen auf Margot Käßmanns Forderung, mit den Taliban doch lieber zu beten als sie zu bombardieren, sowie auf Guido Westerwelles Enthaltung zum Libyenkrieg, illustrieren diese Entwicklung eindrücklich.

Ziviles wird als „Gesinnungspazifismus“ ins Abseits gestellt und demgegenüber eine Webersche Verantwortungsethik militärischer Couleur ins Feld geführt. Dabei ist mehr als fraglich, ob gerade diese Zuordnung von Gesinnung und Verantwortung im Weberschen Sinne zutrifft. Zum ersten hat die Verantwortungsethik stets die langfristigen Folgen der Handlung in Betracht zu ziehen.<sup>41</sup> Allein im Libyenkrieg, mit zehntausenden Toten, der nachhaltigen Schädigung des Völkerrechts und Destabilisierung einer Großregion, ist dies sträflich unterlassen worden.<sup>42</sup>

Zum zweiten schreibt Weber, die Gesinnungsethik habe in letzter Konsequenz „jedes Handeln, welches sittlich gefährliche Mittel anwendet, zu verwerfen“.<sup>43</sup> Doch gerade hier zeige sich die Realität des plötzlichen Umschlagens zur Gewalt. Diese Gewalt sei dann eine letzte, eine äußerste Gewalt, die Frieden bringen soll. Jedoch wird aus der Verweigerung, einen „status-quo-Frieden“ ohne Gewinner zu akzeptieren, „der Frieden diskreditiert sein, nicht der Krieg“.<sup>44</sup> Die Weigerung der NATO in Libyen, Waffenstillstandsangebote anzunehmen<sup>45</sup> oder in Afghanistan mit den Taliban ernsthaft zu verhandeln, zeigt daher keine Verantwortungsethik, sondern einen Gesinnungsmilitarismus. Verantwortlich kann daher nur das Zivile sein, das z.B. mit den Instrumenten einer Zivilen Konfliktbearbeitung auf eine langfristige und nachhaltige Bearbeitung eines Konfliktes setzt.

Statt dem Militär jedes verantwortungsvolle Agieren in Fragen des Friedens abzusprechen, erfolgt in der weitgreifenden Verantwortungsrhetorik des Militärischen das Gegenteil. Dafür ist es jedoch notwendig, die Verantwortungslosigkeit des Zivilen – zumeist als utopischer Gesinnungspazifismus abgetan – zu erklären. Dem Zivilen wird das Zivilisierende abgesprochen und aus der Dringlichkeit heraus, schnell verantwortungsvoll handeln zu müssen, bleibt vermeintlich nur das Militärische als einzig stark institutionalisierte Option übrig. Das Militärische erfährt dadurch eine moralische Aufwertung und das Zivile trägt entscheidend zu dessen Legitimation bei, indem es zum Antipoden der Verantwortung stigmatisiert wurde.

## 2. Essenz- und Existenzkritik

In dieser Arbeit sollte dem Phänomen der Verkehrung der Kritikfunktion des Zivilen zur Legitimationsfolie für das Militärische nachgegangen werden. Dies wurde anhand der drei Beispiele der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit, des Dilemmas mit der Ultima Ratio und der Verantwortungsrhetorik untersucht. Dabei zeigte sich, dass in allen drei Fällen die Kritik durch das Zivile verkehrt und so dem Militärischen eine eigentümliche Legitimation verliehen wurde. Wie kann nun eine Perspektive des Widerstandes gegen diese diskursive Vereinnahmung des Zivilen aussehen, um damit gleichzeitig zu versuchen, dem „freundlichen Desinteresse“ am Zivilen eine produktive kritische Wendung gegen das Militärische zu verleihen?

Ein hilfreicher Versuch kann dafür die Einführung der Idee einer *Essenzkritik* und *Existenzkritik* sein. Die *Essenzkritik* bezeichnet die Kritik am Wesen der Sache selbst, also die inhaltliche Ausgestaltung dieser. Die *Existenzkritik* meint hingegen die Kritik der Sache an sich, also der generellen Berechtigung des Seins einer Sache. In den drei angeführten Beispielen wurde das Militärische nie in seiner Existenz, sondern lediglich in seiner Essenz, das Zivile hingegen in seiner selbstständigen Existenz, jedoch nicht in seiner Essenz kritisiert. Dieses Verhältnis gilt es umzukehren.

Dafür bedarf es einer doppelten Bewegung der Kritik. Diese muss die *Essenzkritik* des Militärischen (etwa wie Blauhelmeinsätze verbessert oder wie eine europäische Armee aufgebaut werden könne) in eine radikale *Existenzkritik* des Militärs überführen.



*Protestaktion gegen Zivil-militärische Zusammenarbeit: Die kurzfristige Besetzung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit im Vorfeld der, Petersberg-II-Konferenz. Quelle: Indymedia.*

Die doppelte Bewegung muss aber auch die Existenzkritik des Zivilen zu dessen Essenzkritik verschieben. Eine solche Essenzkritik des Zivilen sollte etwa Zivile Konfliktbearbeitung scharf kritisieren, so dass Lernprozesse für diese angestoßen werden und ein Diskurs über die Ausgestaltung des Zivilen stattfindet. Als Beispiele denke ich etwa an eine Kritik für eine verstärkte Evaluation des Zivilen Friedensdienstes unter postkolonialen Gesichtspunkten, um künftige Friedensdienste sensibler für lokale Belange zu gestalten.<sup>46</sup> Oder aber zu diskutieren, unter welchen Bedingungen die zivile Methode der Schützenden Begleitung ihre besten Wirkungen entfalten konnte, sowie über die beste Art und Weise der institutionellen Förderung und Reform des Zivilen zu streiten. Über die Grenzen des Zivilen zu sprechen ist dabei keine Essenzkritik, besteht eben gerade darin permanent die Gefahr des Rückgriffs zur Aufwertung des Militärischen.

Das Zivile muss die Existenzkritik des Militärischen bleiben, indem es dieses nicht zu zivilisieren versucht, sondern etwas Neues erschafft. Das Militärische wird damit nicht zerstört, es wird schlicht überflüssig, weil die hohen ethischen, wirtschaftlichen und sozialen Opportunitätskosten noch unbezahlbarer werden. Die radikale Existenzkritik des Militärischen gilt es daher verstärkt in den Blick zu nehmen und einem notwendigen und wichtigen Reagieren (etwa gegen den Afghanistankrieg) zusätzlich ein Agieren gegen die Verfasstheiten des Militärischen an sich auch im scheinbar Kleinen voran zu treiben. Das kann für die Friedensbewegung etwa die Forderung eines „Zivildienstes des Sports“ als Ersatz und schlussendlichen Abschaffung der Bundeswehrspportfördergruppen sein, oder das Aufdecken und Beenden der Bundeswehrezusammenarbeit mit Belarus, Jemen und vergleichbar repressiver Staaten. Das kann die Einforderung der Beendigung des teuren „Bundeswehrtourismus“ zu weltweiten Großübungen sein, oder die ersatzlose Abschaffung des Militärischen Abschirmdienstes und folkloristischer Bundeswehrabteilungen wie der zivil ersetzbaren Maultierstaffel in Bad Reichenhall oder den zahllosen Bundeswehrmusikzügen. Das „freundliche Desinteresse“ muss daher doppelt ersetzt sein. Zum einen durch ein „unfreundliches Interesse“ gegenüber dem Militärischen und zum anderen durch eine vermehrte essentielle Beschäftigung mit dem Zivilen inklusive der Entwicklung von Strategien gegen die Vereinnahmung durch das Militär.

## Anmerkungen

- 1 Sylke Tempel (2011): Die dicke Berta der Debattenschlacht. Was uns Deutschen einfällt, um weder diskutieren noch mitmachen zu müssen. In: Internationale Politik (IP): Krieg und Frieden, Novem-



- ber/Dezember 2011, Nr. 6, S. 144.
- 2 Ebd.
  - 3 Vgl. Bruno Latour (2007): *Elend der Kritik. Vom Krieg um Fakten zu Dingen von Belang*, Zürich: Diaphanes.
  - 4 Diesen vielzitierten Ausdruck prägte Horst Köhler am 10. Oktober 2005 bei einer Rede anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr. Damit wollte er auf das mangelnde Interesse der bundesdeutschen Bevölkerung an der Bundeswehr und insbesondere der deutschen Beteiligungen in Afghanistan und andernorts hinweisen (kritisch dazu Anna Geis (2007): *Sicherheitsinteressen am Hindukusch - Desinteresse zuhause?* In: Lutz Kleinwächter et al. (Hrsg.): *Militärmacht Deutschland?: zur aktuellen Debatte um die Auslandseinsätze*. WeltTrends-Papiere Band 5, Universitätsverlag Potsdam, S. 97-103).
  - 5 Harald Müller et al. (2010): *Demokratie, Streitkräfte und militärische Einsätze: Der „zweite Gesellschaftsvertrag“ steht auf dem Spiel*. HSFK-Report Nr. 10/2010: Frankfurt/M. <http://www.hsfk.de>.
  - 6 Zum Demokratisierungsversuch der Streitkräfte vgl.: Jürgen Rose (2011): *Demokratische Elemente in den Streitkräften*, in: Bald et al.: *Demokratie und Militär - Demokratie und Frieden*, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 154, S. 25-30.
  - 7 Sönke Neitzel/ Harald Welzer (2011): *Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*. Bonn: Bpb, S. 422.
  - 8 Michel Foucault (1994): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 250.
  - 9 Lothar Brock zitiert nach: Thorsten Bonacker/Peter Imbusch (2006): *Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden*, S. 133. In: Peter Imbusch/Ralf Zoll (Hrsg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 67-142.
  - 10 Angela Merkel (2011): *Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt*, Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung „50 Jahre Bergedorfer Gesprächskreis“ der Körber-Stiftung am 9. September 2011 in Berlin. <http://www.bundestkanzlerin.de>.
  - 11 Weißbuch (2006): *Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*. Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, S. 25f.
  - 12 Ebd., S. 158.
  - 13 Michael Paul (2009): *Zivil-militärische Interaktion im Auslandseinsatz*, S. 30. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/2009: Bundeswehr, BpB, S. 29-35.
  - 14 Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart (2008): *Zivil-militärische Kooperation in Konfliktnachsorge und Wiederaufbau*. Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 30, Bonn, S. 2; Paul 2009, S. 35.
  - 15 Hans-Joachim Preuß (2008): *Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan. Eine Zwischenbilanz*, S. 30f. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Ausgabe 1/2008, S. 26-35.
  - 16 Ebd.; Brzoska/Ehrhart (2008): 10; Jürgen Wagner (2010): *Zivil-militärische Zusammenarbeit. Europas imperiale Machtpolitik aus einem Guss*. Rosa Luxemburg Stiftung, <http://www.rosalux.de>, S. 7.
  - 17 Uwe Backes (2006): *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 51.
  - 18 Ebd.
  - 19 Herfried Münkler (2010): *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*. Berlin: Rowohlt, S. 14.
  - 20 Ebd.
  - 21 Lothar Rühl (2002): *Interventions- und Eskalationsproblematik bei der militärischen Konfliktbewältigung. Die Ultima ratio des bewaffneten Eingriffs als Mittel der Sicherheitspolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24/2002: Sicherheitspolitik, BpB. <http://www.bpb.de>. Später wurde dieser Ausspruch auch bei der Kanonengravur Friedrich II. als „ultima ratio regis“ weiterverwendet.
  - 22 Herfried Münkler (2006): *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*. Weilerswist: Velbrück, S. 306.
  - 23 Thomas de Maizière (2011a): *Die Armee ist kein gepanzertes technisches Hilfswerk*, Interview von Henning Hoff et al., S. 15. In: *Internationale Politik (IP): Krieg und Frieden*, November/Dezember 2011, Nr. 6, S. 10-16.
  - 24 Michael Walzer (2004): *Die Debatte um humanitäre Interventionen*. In: *polylog: Forum für interkulturelle Philosophie* 5/2004. <http://them.polylog.org>; ders. (2006): *Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations*. New York: Basic Books, S. 105f.
  - 25 Lesenswert hierzu die Untersuchung von Michael Schwab-Trapp (1999): *Srebrenica – ein konsensbildendes Ereignis? Diskursive Eliten und der Diskurs über den Jugoslawienkrieg*, in: ders./Sighard Neckel (Hrsg.): *Ordnungen der Gewalt: Beiträge zur politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges*. Opladen: Leske und Budrich, S. 119-129.
  - 26 Reinhard Merkel (1999): *Das Elend der Beschützten. Der Nato-Angriff ist illegal und moralisch verwerflich*. In: *Die Zeit*, 20/1999. <http://www.zeit.de>; PROKLA (2011): *Editorial – Nie wieder Krieg?*, S. 3. In: *PROKLA* 162, 41. Jahrgang, Nr. 1. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 2-6.
  - 27 Martin Quack (2009): *Ziviler Friedensdienst: Exemplarische Wirkungsanalysen*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 433.
  - 28 Slavoj Žižek (2011): *Gewalt. Sechs abseitige Reflexionen*. LAIKAtheorie: Hamburg, S. 13f.
  - 29 Mit einem ähnlichen Plädoyer Nichthandelnd den Rahmen des Krieges abzulehnen vgl. Judith Butler (2011): *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*. Frankfurt/New York: Campus, S. 170.
  - 30 Walzer (2006): 333.
  - 31 Anna Geis/Harald Müller/Niklas Schörmig (2010): *Liberale Demokratien im Krieg. Warum manche kämpfen und andere nicht. Ergebnisse einer vergleichenden Inhaltsanalyse von Parlamentsdebatten*, S. 192. In: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 17:2, S. 171-201.
  - 32 Thomas de Maizière (2011b): *Internationale Verantwortung wird stärker*. Interview mit Robert Birnbaum und Hans Monath vom 26.8.2011 für den Tagesspiegel. <http://www.bundesregierung.de>.
  - 33 Wolfgang Ischinger (2011): *Die Last der Verantwortung*, Monthly Mind Mai 2011 der Münchner Sicherheitskonferenz, <http://www.securityconference.de>.
  - 34 Michael Schulze von Glaßer (2010): *An der Heimatfront. Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr*, Köln: Pappy-Rossa, S. 79. Zur „Ossifizierung“ der Bundeswehr die bemerkenswerte Debatte Wolffsohn/de Maizière: Michael Wolffsohn/Maximilian Beenisch (2011): *Stirbt in Zukunft nur der Osten fürs Vaterland?*, *Die Welt* vom 4.4.2011; Thomas de Maizière (2011c): *Die Bundeswehr ist keine Unterschichtarmee!*, *Die Welt* vom 12.4.2011, <http://welt.de>.
  - 35 Susanne Kirchhoff (2010): *Krieg mit Metaphern. Mediendiskurse über 9/11 und den „War on Terror“*. Bielefeld: transcript, S. 241.
  - 36 Thomas de Maizière (2011a): S. 11; Gerhard Schröder (1998): *Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 10. November 1998 vor dem Deutschen Bundestag*, <http://archiv.bundesregierung.de>.
  - 37 Michael Haid (2011): *Die „Responsibility to Protect“*. *Kriegslegitimation unter Missbrauch der Menschenrechte?*, S. 19. In: *AUSDRUCK*, August 2011, IMI-Analyse 2011/032, S. 17-23.
  - 38 Ebd.
  - 39 Reinhard Merkel (2011): *Der illegitime Triumph. Warum die Nato-Intervention in Libyen Grundlagen des Völkerrechts beschädigt*. In: *Die Zeit*, 8.9.2011, Nr. 37. <http://www.zeit.de>; mit ähnlichen Bedenken: Lothar Brock (2009): *Protecting People. Responsibility or Threat?*, S. 232f. In: Michael Brzoska/Axel Kron (Hrsg.): *Overcoming Violence in a Complex World? Opladen und Farmington Hills: Budrich, S. 223-242*.
  - 40 Christopher Daase (1999): *Kleine Kriege - Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegsführung die internationale Politik verändert*. Baden-Baden: Nomos, S. 12, FN 4.
  - 41 Max Weber (1919): *Politik als Beruf*. München und Leipzig: Dunker & Humblot, S. 57f.
  - 42 R. Merkel (2011).
  - 43 Weber (1919), S. 58.
  - 44 Ebd.
  - 45 R. Merkel (2011).
  - 46 Ich danke Sarah Roßa für die Idee der postkolonialen Evaluation.



# Kriegsvorbereitung am Schreibtisch

## Die Ergebnisse der Reformprojekte für die „Neuausrichtung der Bundeswehr“

von Christian Stache

„Nationale Interessen wahren - Internationale Verantwortung übernehmen - Sicherheit gemeinsam gestalten“, so lautet der Titel der Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 (VPR 2011), des zentralen strategischen Dokuments der deutschen Sicherheitspolitik. Die politischen Ziele der Bundeswehrreform sind damit im Mai dieses Jahres bereits klar vorgegeben worden. In den so genannten „Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ wurde der weitere Rahmen der Reform umrissen. Seitdem arbeiten elf Projektgruppen daran, die Vorgaben – Einsatzorientierung, Effizienzsteigerung und Flexibilität – zu konkretisieren.<sup>1</sup>

Die meisten Ergebnisse der Ausplanungen liegen mittlerweile schon vor, die letzten folgen voraussichtlich in den kommenden zwei Monaten. Nach und nach nimmt die neue Bundeswehr also langsam Form an. Mit Ausnahme des „Stationierungskonzeptes“ – das über Wohl und Wehe der einzelnen Bundeswehrstandorte entscheidet – verläuft der gesamte Prozess allerdings nahezu ohne öffentliche Debatte. Dabei hält die so genannte „Neuausrichtung der Bundeswehr“ einige fundamentale und historische Neuerungen bereit, damit die deutschen Militärs in Zukunft in zwei Auslandseinsätzen und einem Marineeinsatz zugleich agieren können.

### Das Stationierungskonzept

Aufgrund der Einsatzorientierung und der bereits beschlossenen und verkündeten Reduktion des gesamten Bundeswehrpersonals (zivile Mitarbeiter, Soldaten und Reservisten) von 296.000 auf 240.000 war bereits zu Beginn der Reform klar, dass es zu Standortschließungen kommen würde. Dies ist der politisch umstrittenste Punkt der Reform innerhalb der informellen Koalition von FDP bis Grüne, weil teilweise gesamte Kommunen ökonomisch von der Bundeswehr abhängig sind und die Schließungen daher gravierende Folgen für sie und daher auch für die Stimmabgaben bei den nächsten Wahlen haben. Das Reformbegleitprogramm (s.u.) und auch andere angekündigte Ausgleichsmaßnahmen werden diese tiefgreifenden Einschnitte nicht auffangen können.

Laut Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) waren bei der Auswahl der Standortreduzierung die folgenden vier Kriterien entscheidend: Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche.<sup>2</sup> Zudem sei nach dem Prinzip „Ausdünnung vor Schließung“ gehandelt worden, d.h. es sollen mehr Standorte verkleinert und dafür weniger geschlossen werden.

Seitdem das Stationierungskonzept bekannt ist, geistern allerlei Zahlen und Rechenspiele durch die Medien, ohne dass die dazugehörigen nötigen Erklärungen gegeben werden. Zum Beispiel betrachtet das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) ab jetzt nur noch solche Einrichtungen der Bundeswehr als Standorte, für die mehr als 15 Dienstposten vorgesehen sind. Von den derzeit 394 Militärstandorten erfüllen 58 dieses Kriterium nicht. Nach den Kürzungen steigt die Zahl auf 91. Das bedeutet, diese 91 Stützpunkte werden vom BMVg schlicht nicht mehr als solche geführt, obwohl sie weiterhin Bestandteil der Bundeswehr sind. Dementsprechend müssten sie zu den 264 Standorten hinzugezählt werden – der offiziellen Zielgröße der Reformen. Zudem

werden fünf neue Standorte erfasst, die vorher nicht als eigenständig betrachtet wurden. Die Bundeswehr besitzt also summa summarum in Zukunft nicht 264, sondern 355 Niederlassungen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD).

Das bedeutet auch, dass real 44 Stützpunkte geschlossen werden. 13 von den 44 Schließungen gehen noch auf Beschlüsse früherer Bundesregierungen zurück, 31 Standorte streichen de Maizière, Merkel und Co. Acht der 31 umfassen 15-100 Dienstposten, vier 101-500, 13 501-1.000 und an sechs Niederlassungen sind mehr als 1.000 Dienstposten angesiedelt. Für die Bundesländer bedeutet dies folgendes: in Schleswig-Holstein werden acht Stützpunkte, in Rheinland-Pfalz fünf, in Baden-Württemberg vier, in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen jeweils drei, in Nordrhein-Westfalen zwei und ein Standort wird jeweils in Hessen, Sachsen und Thüringen dicht gemacht. Gleichzeitig werden 90 Niederlassungen um mehr als 50% des bisherigen Dienstpostenumfangs bzw. um mehr als 500 Dienstposten verkleinert. Insgesamt sinkt damit die Zahl der Dienstposten von 281.500 auf 197.500.<sup>3</sup> Die meisten Dienstposten werden in Bayern gestrichen (19.700), gefolgt von Schleswig-Holstein (10.700), wo mehr als 40% der Dienstposten wegfallen, Nordrhein-Westfalen (9.800; mehr als ein 25% der Dienstposten) und Baden-Württemberg (9.700; mehr als ein Drittel der Dienstposten).

Entscheidend für die reale Verkleinerung der Bundeswehrpräsenz in den Bundesländern sind entsprechend nicht nur die Standortschließungen, sondern die Standortschließungen in Kombination mit den Personalkürzungen. Als Index dafür gilt die Anzahl der Soldaten pro 1.000 Einwohner. Insgesamt sind derzeit pro 1.000 Einwohner 3,4 Soldaten in der gesamten BRD stationiert. Nach der Reform sollen es nur noch 2,4 sein. Schleswig-Holstein muss zwar auch in dieser Hinsicht die größten Einschnitte hinnehmen – die Zahl der Soldaten pro 1.000 Einwohner wird um 3,8 von 9,2 auf 5,4 verringert –, es bleibt damit aber noch weit über dem neuen Bundesdurchschnitt und beheimatet immer noch die meisten Soldaten im Vergleich der Bundesländer. Hessen (vorher 1,4) und Sachsen (vorher 1,1) mit in Zukunft jeweils 0,9 Soldaten auf 1.000 Einwohner sind gemeinsam das Schlusslicht der Verteilungsskala.<sup>4</sup>

Zusammenfassend kann durchaus festgehalten werden, dass es Thomas de Maizière und seinen Adjutanten im BMVg gelungen ist, die Präsenz der Bundeswehr in den einzelnen Bundesländern halbwegs gleichmäßig zu verteilen bei gleichzeitiger radikaler Streichung großer Teile des Bundeswehrpersonals. In der Bundespressekonferenz sprach er selbst von im Durchschnitt 30% Personalkürzungen bundesweit.



Stationierungskonzept der Bundeswehr, Stand 2011, Quelle: Wikipedia/TUBS.

## Das Bundesverteidigungsministerium und die Neuordnung der Streitkräfte

Anders als bei früheren Reformen wird nicht nur die Bundeswehr, sondern auch das Bundesverteidigungsministerium grundlegend umstrukturiert. Übergeordneter Zweck des Umbaus des BMVg sowie der Neuordnung der Streitkräfte sind die Straffung bzw. Zentralisierung der Befehlsgewalt und klarere hierarchische Gliederungen vom Minister absteigend bis zum einfachen Mannschaftssoldat – eine Struktur, um schnell in Kriegssituationen Entscheidungen treffen und umsetzen zu können. Die Orientierung an den Kriegseinsätzen der Bundeswehr ist also auch in diesem Punkt deutlich erkennbar.

Dafür werden die Dienstposten des Bundesverteidigungsministeriums von 3.200 auf 2.000 verringert bei gleichzeitiger Reduktion des Führungspersonals um 35%. Die Abteilungen des BMVg werden von 17 auf neun (Politik (1), Haushalt und Controlling (2), Recht (3), Planung (4), Führung Streitkräfte (5), Führung Einsatz (6), Personal (7), Ausrüstung, Nutzung und Informationstechnik (8) sowie Infrastruktur-Umweltschutz und Dienstleistungen (9)) reduziert. Den neun Abteilungen sollen 126 Unterabteilungen und 150 Referate unterstehen. Es ist vorgesehen, dass alle Posten übergreifend von zivilen und militärischen Angestellten besetzt werden, die Trennung zwischen Soldaten und zivilen Mitarbeitern wird also aufgegeben.

Thomas de Maizière strebt zudem eine Struktur des Ministeriums an, in dem nur noch der Generalinspekteur als ranghöchster Soldat im Staat höchster militärischer Repräsentant und militärischer Berater der Bundesregierung im Ministerium verbleibt. Ihm werden dort drei Ämter unterstellt (Planung, Führung Streitkräfte, Führung Einsatz). Truppendienstlich wird er Vorgesetzter aller Soldaten – de facto also zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Oberkommandeur der Bundeswehr. Die Einzelinspektoren der fünf Teilverbände der Bundeswehr (Heer, Marine, Luftwaffe, Zentraler Sanitätsdienst und Streitkräftebasis) werden hingegen aus dem BMVg ausgegliedert und leiten die ihnen untergeordneten Verbände mit Hilfe ihrer Führungskommandos, die auf das Bundesgebiet verteilt werden. Das Führungskommando des Heeres hat seinen Sitz zukünftig in Strausberg bei Berlin, das Führungskommando der Luftwaffe zieht nach Berlin-Gatow um, die Spitze der Marine kommt nach Rostock, das Führungskommando der Streitkräftebasis wird in Bonn angesiedelt und der Zentrale Sanitätsdienst wird in Koblenz stationiert.

Die operativen Entscheidungen trifft in Zukunft hauptsächlich die Führung der Bundeswehr – und daher nicht mehr das Ministerium, das sich auf politisch und strategische Vorgaben beschränkt. Alle Teilstreitkräfte werden dahingehend reformiert, dass sie ein breites Fähigkeitsspektrum mit Durchsetzungsfähigkeit im gesamten Aufgaben- und Intensitätsspektrum abdecken können und zugleich auf Organisationsebenen verzichten können, um die Hierarchien zu straffen. Dafür erhält das Heer 61.320, die Marine 13.850, die Luftwaffe 23.000, die Streitkräftebasis 38.750 und der Zentrale Sanitätsdienst 15.120 Soldaten bzw. zivile Mitarbeiter.<sup>5</sup>

## Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen

Das Ziel des Projektes „Infrastruktur und Dienstleistungen“ ist es, die Effektivität und Effizienz in den Aufgabenfeldern Infrastruktur, Verpflegung/bewirtschaftete Betreuung und gesetzliche Schutzaufgaben – also der Verwaltung – zu steigern. Dafür werden alle diese Aufgabe in einem Amt im BMVg zusammengeführt

und die Verwaltungsstrukturen um eine auf zwei reduziert. Das Bundesamt für Wehrverwaltung und die Wehrbereichsverwaltungen werden aufgelöst. Die Aufgaben, die nicht im Ministerium erledigt werden, übernimmt das neu zu gründende Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, dem die lokal zuständigen Bundeswehr-Dienstleistungszentren unterstellt sind. Maximal sind für diesen Bereich 20.580 zivile und 830 militärische Dienstposten vorgesehen.

## Personalmanagement, Qualifizierungs- und Bildungslandschaft

Diese drei Projekte zählen zu den trojanischen Pferden der Bundeswehrreform. Sie wirken unbedeutend, bergen aber allerhand grundlegende Neuerungen mit großer Tragweite. Denn sie dienen dazu, den gesamten Personalprozess einer Armee zu organisieren, die nicht mehr auf Wehrpflichtige bauen kann, weil sie seit Juli 2011 eine Berufs- und Freiwilligenarmee ist. Ebenso wie in etwa in den USA muss die Bundeswehr nun ihren Bedarf an Arbeitskräften vollständig über neue Wege decken. Wie sich bereits in diesem Jahr angekündigt hat, bedeutet dies, dass die Chefplaner der Hardthöhe ein diversifiziertes Set an Rekrutierungsstrategien entwickeln. Dazu zählt die intensiviertere Werbung, etwa im Fernsehen und im Internet, die Nutzung von social media z.B. bei flickr, youtube und facebook, aber eben auch mehr Geld, bessere Aus- und Weiterbildungsangebote, Maßnahmen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf usw.

Um die bessere Personalgewinnung, -führung und -bildung zu gewährleisten, werden in einer einzigen Abteilung innerhalb des Bundesverteidigungsministeriums mit dem schmucklosen Namen „Personal“ ab 2012 die drei Bereiche zusammengeführt: das Personalmanagement sowie die Organisation der Aus- und Weiterbildung bei der Bundeswehr.

Dem erstmals einheitlich-zentralisierten – im Politjargon des BMVg heißt das „Personalmanagement aus einem Guss“ – so genannten Bundesamt für Personalwesen der Bundeswehr wird erstens „eine neue, bundeswehrgemeinsame, mit zivilem und militärischem Personal gemischt besetzte, flächendeckend präsente und zielgruppenorientiert ausgerichtete, wettbewerbsfähige Organisation zur Personalgewinnung geschaffen“<sup>6</sup>.

Ihr unterstehen 16 „Karriereberatungszentren“, die in nahezu jedem Bundesland – Bremen und Hamburg sind die Ausnahmen – angesiedelt sind. In acht dieser Zentren sind Eignungstests möglich. Dazu kommen im gesamten Bundesgebiet 110 feste sowie 200 mobil einsetzbare „Karrierebüros“. Sie ersetzen die fünf Nachwuchsgewinnungsorganisationen (Nord, Süd, West, Ost und Marine) und die Kreiswehrrersatzämter. Den „Karrierezentren“ wird die Aufgabe übertragen, die zivilmilitärische Ausbildungskooperation und Berufsförderung mit der Wirtschaft durchzuführen. Darüber hinaus sind sie auch zuständig für die freiwillige Reservistenarbeit. Die „Karrierebüros“ übernehmen hingegen die (Erst-)Beratung, die Betreuung und Information von Interessenten. „Daneben leistet die neue Personalgewinnungsorganisation durch ihre flächendeckende Präsenz und die Einbeziehung der Reservisten einen Beitrag zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft“<sup>7</sup> – als Teil der zivilmilitärischen Strukturen in der BRD, zu denen maßgeblich die 16 Landeskommandos, die 19 weiteren Stützpunkte der zivilmilitärischen Zusammenarbeit und die erhaltenen Kreis- und Bezirksverbindungskommandos gehören.

Zweitens wird das Personalamt in der Abteilung Personal durch drei weitere Ämter ergänzt, die maßgeblich für die schulische, berufliche und akademische Aus- und Weiterbildung der Sol-

daten zuständig sind. Dazu zählen das Bundessprachenamt, die beiden Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München sowie das Bildungszentrum der Bundeswehr. In einem Bericht des BMVg heißt es dazu: „Damit wird erstmals eine einheitliche Konzeption zivilberuflicher Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sichergestellt.“<sup>8</sup>

Während das Bundessprachenamt – wie es der Name bereits sagt – hauptsächlich den Auftrag besitzt, die Sprachausbildung der Angestellten der Bundeswehr zu gewährleisten – eine Aufgabe, die vor dem Hintergrund von Auslandseinsätzen an Bedeutung gewonnen hat –, sind die Bundeswehruniversitäten vorwiegend für die akademische Bildung zuständig. Sie bzw. das bezahlte Studium gilt zudem als ein herausragendes Attraktivitätsmerkmal der Bundeswehr. Das neu eingerichtete Bildungszentrum der Bundeswehr bündelt darüber hinaus alle anderen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen unter einem Dach. Das Ziel ist simpel und bereits in mehreren Papieren aus dem Hause de Maizières und zu Guttenbergs angekündigt worden: Das BMVg will einerseits sicherstellen, dass Rekruten mit höchst unterschiedlichen Bildungsgraden – vom arbeitslosen Migrant ohne Schulabschluss bis zum Hochschulabsolventen mit Interesse an militärischen Aufklärungstechniken – schnell in die Bundeswehr eingegliedert und für ihre Zwecke ausgebildet werden. Andererseits sollen die Soldaten auch ebenso schnell und problemlos wieder nach Dienstzeitende im zivilen Berufsleben Fuß fassen können. Beides erhöht die Attraktivität des Dienstes beim Militär und die Chancen, das Personal der Bundeswehr den Ansprüchen neoimperialistischer Politik nach Bedarf reibungslos anzupassen. In der gesamten Abteilung Personal wird mit 7.400 zivilen und 2.150 militärischen Dienstposten geplant.

### Reformbegleitprogramm

Das Reformbegleitprogramm ist – anders als die vorhergehenden Projekte – bis Ende 2017 zeitlich befristet und hat keine langfristigen Auswirkungen auf die Strukturen der Bundeswehr oder des BMVg. Nichtsdestotrotz ist es vor allem vor dem Hintergrund von Tausenden Stellenstreichungen, Kürzungen und neuen Anforderungen an die Nachwuchsgewinnung von besonderer Bedeutung. Es ergänzt die Bemühungen um ein verbessertes Personalmanagement sowie die Einrichtung einer facettenreichen Ausbildungs- und Qualifizierungslandschaft.<sup>9</sup>

Einerseits soll durch einige Maßnahmen des Reformbegleitprogramms der Unmut über Entlassungen und ähnliches „sozialverträglich“ abgedämpft werden. Zum anderen dient das Programm zur Anwerbung spezifischer Teile von Jugendlichen, um dem immer noch gültigen Leitspruch des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium Walther Otremba für die Bundeswehrreform „Weniger Häuptlinge, mehr Indianer“ gerecht zu werden.

Den Kern des Reformbegleitprogramms machen Regelungen aus, die bereits im Maßnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr und anderen Initiativen enthalten waren.<sup>10</sup> Sie sind z.T. bereits beschlossen oder müssen in absehbarer Zeit noch verabschiedet werden. Ab Februar 2012 sollen sie aber auf jeden Fall in vollem Umfang angewendet werden können. Zu den Maßnahmen zählen z.B. „Prämien zur Personalgewinnung und -bindung von Fachkräften und Mannschaften“, „Personalgewinnungszuschläge zur Gewinnung insbesondere von hochqualifizierten Fachkräften“, die Schaffung einer Rechtsgrundlage für Verpflichtungsprämien, die „Verbesserung von Kinderbetreuung“, „Wahlrecht zwischen Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld“ usw. Darüber hinaus sollen vor allem

aber nicht nur für ältere militärische Angestellte und Beamte der Bundeswehr Anreize geschaffen werden, damit sie früher aus der Bundeswehr ausscheiden. Allein bis zum Jahr 2015 sind für die Regelungen des Reformbegleitprogramms über eine Milliarde Euro veranschlagt.

### Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung – Überprüfung von Rüstungs- und Beschaffungsvorhaben

Das Ziel dieses Projekts ist der Aufbau eines einheitlichen Organisationsbereichs „Ausrüstung, Nutzung, Informationstechnik“ in Form des Bundesamts für Ausrüstung und Nutzung, das direkt der Abteilung „Ausrüstung und Informationstechnik“ des BMVg unterstellt ist. In ihm konvergieren das frühere Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung sowie das IT-Amt der Bundeswehr. Sinn und Zweck dieses Vorhabens ist es laut eigener Aussage, „die Bundeswehr adäquat für mögliche Einsätze auszurüsten und gleichzeitig planerischen Freiraum für zukünftige Projekte zu gewinnen“<sup>11</sup>. Darüber hinaus soll der Beschaffungsprozess optimiert, straffer und effizienter organisiert werden.

Mitte Oktober hat der Bundesverteidigungsminister auch die ersten Entscheidungen über weitere Waffenkäufe getroffen. Statt der geplanten 410 werden „nur“ noch 350 Schützenpanzer Puma gekauft. Die Zahl der Kampfpanzer Leopard 2 soll von 350 auf 225 verringert werden. Die Luftwaffe muss zudem auf jeweils 40 Transporthubschrauber NH-90 und Kampfhubschrauber Tiger sowie auf 100 Waffensysteme der Tornado-Flotte, 20 Transallmaschinen und andere Waffen verzichten. Die Marine verzeichnet die geringsten Einschnitte. Lediglich acht F122-Fregatten werden still gelegt und zwei Mehrzweckkampfschiffe 180 weniger in Dienst genommen als ursprünglich geplant.

Minister de Maizières machte durch seine Rede bei der alljährlichen Kriegskonferenz des *Handelsblatts* allerdings unmissverständlich klar, dass es sich bei diesen Einschränkungen der Rüstung nicht um erste Schritte zur Abrüstung handelt. Denn „nur Nationen mit einer leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie haben ein entsprechendes Gewicht bei Bündnisentscheidungen“<sup>12</sup>. Diese soll daher nicht ausgeblutet, sondern in die Neuausrichtung der Rüstungsbeschaffung und -nutzung mit einbezogen werden, damit in zukünftigen Kriegen die besten und modernsten Waffen zur Verfügung stehen. Die Mittel, die durch die Beschneidung einzelner Rüstungsprojekte freigesetzt werden, wandern daher auch keineswegs in den Sparstrumpf oder gar in zivile Entwicklungsprojekte, sondern in neue Waffen.

### Reservistenkonzeption, Steuerung und Controlling

Die beiden einzigen Projekte, zu denen bislang noch keine Ergebnisse vorliegen, befassen sich mit der erstmaligen Erstellung einer Reservistenkonzeption der Bundeswehr sowie mit der Steuerung und Controlling der Prozesse innerhalb der Bundeswehr.

Bis Ende des Jahres soll aber ein so genannter „Masterplan Controlling“ und bis Mitte des kommenden Jahres ein Management-Informationssystem erarbeitet werden. Das Ziel ist es, mit Hilfe von z.B. Zielvereinbarungen zwischen Führungskräften eine möglichst effiziente und erfolgreiche und Finanzmittel schonende Umsetzung von Aufgaben in Eigenverantwortung zu gewährleisten.

Die Reservistenkonzeption wird von den Medien bislang stiefmütterlich behandelt, obwohl sie zu den zentralen Neuerungen der Reform zählt. Allerdings wird sie auch erst Ende Novem-

ber dem Minister zur Unterschrift vorgelegt. Die Reservisten werden – das ist bereits jetzt absehbar – deutlich aufgewertet. Der für die Ausarbeitung der Konzeption zuständige Projektleiter General Günter Weiler lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Reservisten die Lücken schließen sollen, die durch die abnehmende Präsenz der Bundeswehr in der Fläche und die Abschaffung der Wehrpflicht gerissen wurden. Sie sollen die Bundeswehr „durch ihre berufliche Qualifikation unterstützen und sich als Bindeglied zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sowie bei der Nachwuchsgewinnung für den Arbeitgeber Bundeswehr engagieren“. <sup>13</sup> Im Klartext heißt das, die Reservisten sollen niedrigschwellige militärische Aufgaben übernehmen, die zivilmilitärische Zusammenarbeit in neu zu schaffenden so genannten Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften leisten, für die Bundeswehr Rekruten werben und informelle Werbung für die Positionen des BMVg bzw. der Bundeswehr machen. Darüber hinaus werden die finanziellen und beruflichen Anreize, um als Reservist aktiv zu werden, ebenso in die Konzeption einfließen wie Vorschläge für vereinfachte Übergänge zwischen ziviler Ökonomie und Militär und vieles andere mehr. Gleichzeitig soll der Reservedienst in der Gesellschaft propagandistisch aufgewertet und beworben werden. Die Reservisten werden durch diese umfassende Restrukturierung des Verhältnisses von Reserve zum aktiven Militär noch stärker als zuvor zur Vorhut der Bundeswehr, die die Trennung zwischen zivilem und militärischem Leben verschwimmen lässt.

## Fazit

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière wird in diesen Tagen nicht müde zu betonen, dass es sich bei der Stationierungskonzeption der Bundeswehr nicht nur um einen Ab-, sondern auch um einen „Umbau“ der Bundeswehr handele. Auch wenn diese geschickte Formulierung sein radikales Kürzungsprogramm kaschieren soll, ist sie dennoch nicht falsch. Denn ähnlich wie in Unternehmen sind die Stellenstreichungen nicht nur Folge des Diktats der Profitmaximierung, sondern auch politisch-strategischer Richtungsentscheidungen. Im Falle der Bundeswehrreform wiegt die Politik sogar noch schwerer. Das Ziel, die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr zu steigern, kann nur durch einen Umbau der bestehenden Strukturen der Bundeswehr bewältigt werden. Dieses allgemeine Ziel ist selbst in den kleinsten, unscheinbarsten Partikularentscheidungen des Reformprozesses anwesend und erkennbar. Ob dabei wirklich Sparvorgaben des Bundesfinanzministeriums eingehalten werden, wie zu Beginn des Reformprozesses noch lauthals verkündet, erscheint angesichts diverser Extraausgaben, z.B. für die Abwicklung der Entlassungen oder die Rekrutierungs- und Werbekampagnen, mehr als unwahrscheinlich. Auch Thomas de Maizière hat höchstpersönlich am 25. Oktober 2011 anderes angedeutet, als er sagte: „Wir können es uns nicht leisten, auf Kosten unserer Sicherheit zu sparen.“ <sup>14</sup>

Wie schon bei den ersten Entscheidungen über die strategische Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik gibt es von Seiten der bürgerlichen Parteien keinerlei grundsätzlichen Widerspruch gegen die Pläne des Bundesverteidigungsministers. Man ist sich einig in Berlin – sogar in der schwarz-gelben Koalition. Allenfalls punktuell sehen Grüne oder SPD Änderungsbedarf. Das kann man den Statements der Wehrexperthen Omid Nouripour (Grüne) und Rainer Arnold (SPD) immer wieder entnehmen. Kritik an der Renaissance des deutschen Imperialismus unter dem Deckmantel von Stabilisierungs-, Krisenpräventions- oder Krisenbewältigungseinsätzen ist Tabu. DIE LINKE fordert hingegen zumindest ein umfassendes Konversionskonzept, bezahlt

aus den Mitteln des BMVg, ist mit dieser realpolitischen Minimalforderung jedoch schon außen vor.

Wenn es nennenswerten Protest und Widerstand gegen die Vorbereitung weiterer neoimperialistischer Kriege und militärischer Operationen von deutschem Boden – nichts anderes ist die „Neuausrichtung der Bundeswehr“ – geben soll, wird er angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der politischen Positionen im Bundestag vorrangig außerparlamentarisch stattfinden (können). Schon heute können dabei auch einzelne der beschriebenen Reformprojekte politisch auf- und angegriffen werden, etwa durch Proteste gegen zivilmilitärische Einsätze von Reservisten, gegen die zunehmende Bundeswehrwerbung und die Rekrutierungseinsätze der Jugendoffiziere und Wehrdienstberater in Schulen, Arbeitsagenturen und Messen oder gegen die Um- und Aufrüstung der Bundeswehr sowie den Weiterverkauf ausgemusterter Waffensysteme an andere Staaten. Das wären sinnvolle Antworten auf die „Reformen“ und damit Maßnahmen zur präventiven Sicherheit anderer Staaten, Tausender Menschen und der Natur, die den ökonomischen, machtpolitischen und geostrategischen Interessen der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik heute und in Zukunft geopfert werden sollen.

## Anmerkungen

- 1 Stache, Christian: Die Bundeswehrreform in der Feinplanung, in: AUSDRUCK (August 2011)
- 2 Rede von Thomas de Maizière, anlässlich der 8. Handelsblatt Konferenz, Berlin, 25.10.2011.
- 3 Die Differenz zur Gesamtgröße der Bundeswehr erklärt sich damit, dass das BMVg diverse Personalkategorien aus dem Gesamtumfang von 240.000 herausrechnet, wie z.B. die Angestellten des BMVg, Soldaten im Auslandseinsatz oder Reservisten.
- 4 Für mehr Zahlen, anschauliche Karten und die Namen der geschlossenen und erhaltenen Standorte kann man die Broschüre des BMVg herunterladen unter: <http://www.bundeswehr.de/bwde/Stationierungsbroschuere2011.pdf> Eine übersichtliche Karte mit allen Stützpunkten, die geschlossen werden sollen, findet man auch hier: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,bild-276028-794148,00.html>
- 5 Für eine detailliertere Aufschlüsselung der einzelnen Entscheidungen sowie Personalverteilungen auf die Teilbereiche siehe Sachstand zur Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 20.09. 2011.
- 6 a.a.O.
- 7 a.a.O.
- 8 a.a.O.
- 9 Wie verzahnt diese drei Projekte sind, kann man daran sehen, dass ein und dieselbe Person, Generalleutnant Wolfgang Born, sie leitet. Eben jener Generalleutnant spricht zudem in einem Interview von drei „Variationen eines Themas“. Das Interview findet man online unter: Ein Personalkörper – ein Personalprozess – eine personelle Einsatzbereitschaft. Interview mit Generalleutnant Wolfgang Born, <http://www.bmvg.de>, 19.08.2011.
- 10 Vgl. z.B. Stache, Christian: Neuer Minister, alte Pläne: Die Rekrutierungs offensive 2011 der Bundeswehr, in: AUSDRUCK (April 2011).
- 11 Minister de Maizière billigt Umrüstung, <http://www.bmvg.de>, 21.10.2011.
- 12 Rede von Thomas de Maizière a.a.O.
- 13 Generalleutnant Günter Weiler: Reserve hat Zukunft, <http://www.bmvg.de>, 19.09.2011.
- 14 Rede von Thomas de Maizière a.a.O. Die Informationsstelle Militarisierung weist in ihrem neuen Fact-Sheet zu Bundeswehrreform daher auch zu Recht auf die Zahlen des Verteidigungshaushalts hin, die den gegenteiligen Schluss nahelegen. [http://imi-online.de/download/factsheet\\_bundeswehrreform\\_web.pdf](http://imi-online.de/download/factsheet_bundeswehrreform_web.pdf)



# Konversion: Was kommt nach der Bundeswehr?

von Claudia Haydt

Die Bundeswehr zieht sich aus der Fläche zurück, sie verringert ihr Militärpersonal um etwa 60.000 auf 185.000, das Zivilpersonal wird auf 55.000 gekürzt und seit Ende Oktober ist klar, dass sie insgesamt 64 Standorte auflöst. Aus 31 davon zieht sie komplett ab, andere Standorte werden auf eine Personalstärke unter 15 reduziert und zukünftig formal nicht mehr als Standort gewertet. Meist bedeutet dies, dass, wie etwa in Ravensburg oder Herford, nur noch sechs „Karriereberater“ der Bundeswehr vor Ort bleiben. Deren Aufgabe ist es, Nachwuchs für die zukünftigen Kriegs- und Besatzungseinsätze der Bundeswehr zu rekrutieren. Die verbleibenden Standorte sind nahezu vollständig nach ihrer Bedeutung für Auslandseinsätze ausgewählt worden und werden teilweise dafür noch weiter ausgebaut. Letzteres trifft zum Beispiel auf die Standorte in Calw (Kommando Spezialkräfte) oder Stetten am Kalten Mark zu, deren Kapazitäten in den nächsten Jahren noch deutlich ausgebaut werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, was zukünftig mit den Standorten geschieht, aus denen die Bundeswehr ganz oder teilweise abzieht. Zusätzlich werden in den nächsten Jahren sämtliche britischen Truppen und weitere US-amerikanische Soldaten aus Deutschland abgezogen werden. In vielen Kommunen herrscht angesichts des bevorstehenden Abzugs Weltuntergangsstimmung und Bürgermeister, Landräte und Ministerpräsidenten kämpfen für den Erhalt „ihrer“ Standorte. Gleichzeitig setzen sich in vielen Regionen Bürgerinitiativen zum Teil schon seit Jahren für die Schließung militärischer Übungsplätze, gegen militärischen Lärm, gegen Umweltverschmutzung und für eine zivile Nutzung von Militärgelände ein. Angesichts dieser widersprüchlichen Aktivitäten und der zunehmenden Dringlichkeit des Themas, lohnt es sich zurückzublicken, welche Erfahrungen in den letzten zwanzig Jahren bei der Liegenschaftskonversion gemacht wurden.

## Zwanzig Jahre Erfahrung mit erfolgreicher Konversion

Bei der Frage von Konversion militärischer Liegenschaften in zivile Nutzung betritt man in Deutschland kein Neuland. So gab es in der ehemaligen DDR zur Zeit der Wende circa 1.100 militärische Liegenschaften der NVA, heute werden, verteilt auf

75 Standorte, weniger als 500 davon von der Bundeswehr genutzt. Zudem wurden bis 1994 alle sowjetischen Truppen aus den neuen Bundesländern komplett abgezogen. Auch in den alten Bundesländern gibt es Erfahrungen mit solch grundlegenden Veränderungen der Nutzungsstruktur. Die französischen Truppen sind nahezu vollständig abgezogen, auch die kanadische, belgische und niederländische Militärinfrastruktur steht seit einigen Jahren für zivile Nutzung zur Verfügung. US-Truppen wurden in der Vergangenheit bereits stark reduziert. Das relativ strukturschwache Land Rheinland-Pfalz<sup>1</sup> galt lange Zeit wegen der starken Präsenz von US-Army und Airforce als „Flugzeugträger der USA“. Durch deren großflächigen Abzug seit Anfang der 1990er Jahre wurden 600 Liegenschaften auf 13.000 Hektar frei. Beinahe zwanzig Jahre später sind anstelle der 26.000 zivilen Arbeitsplätze, die durch den Abzug kurzfristig verloren gingen, über 50.000 (z.T. deutlich höher qualifizierte) Arbeitsmöglichkeiten neu entstanden. Diese erfolgreiche Umstrukturierung der Region war unter anderem möglich durch etwa 2 Milliarden Euro Konversionszuschüsse aus verschiedenen Töpfen (vor allem EU-, Bundes und Landesmittel).

Für die Beurteilung der Chancen einer erfolgreichen Konversion lohnt sich auch ein Blick auf einen etwas späteren Zeitraum (2003–2007). Damals waren die makroökonomischen Rahmenbedingungen für Unternehmensneugründungen und andere Nachnutzung ungünstiger als in den 1990er Jahren. Zudem standen viele Konversionsmittel bereits nicht mehr zu Verfügung. Dennoch kommt eine Untersuchung<sup>2</sup> von über 100 Regionen, in denen Bundeswehrstandorte geschlossen wurden, zu sehr ermutigenden Ergebnissen. Es wurden vor allem kurzfristige Effekte auf die Regionen betrachtet, wie z.B. Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der Einkommens- und Mehrwertsteuer, der Gewerbesteuer und der Haushaltseinkommen. Nahezu überall gab es Strukturveränderungen, aber im Gesamtblick stellt die Studie fest: „Negative Auswirkungen der Standortschließungen existieren nicht.“<sup>3</sup> Das Ausbleiben selbst kurzfristiger negativer Auswirkungen wird von den Forschern in den „Ruhr Economic Papers“ wie folgt erklärt: „Die Ressourcenallokation [bei militärischer Nutzung] ist suboptimal und die Schließung von Militärbasen sorgt für produktivere Nutzung von Kapital und Arbeit.“<sup>4</sup> Tatsächlich sind die meisten Bundeswehrstandorte ökonomisch relativ schwach mit ihrer Umgebung verzahnt. Sie versorgen sich weitgehend selbst. Seit 2002 wird etwa die Verpflegung der SoldatInnen durch das



Unternehmen auf ehemaligem Bundeswehrgelände in Großengtingen - links: Solaranlage, rechts: Biogasanlage, Fotos: Haydt.

Verpflegungsamt Oldenburg zentral organisiert. Größere Infrastrukturarbeiten werden ebenfalls zentral durch die „Territoriale Wehrverwaltung“ vergeben, sodass auch für das lokale Handwerk relativ wenig positive Impulse gesetzt werden. Die zivile Nachnutzung ist ökonomisch häufig besser regional eingebunden und während die Bundeswehr keine Steuern zahlt, sorgen gewerbliche Nachnutzungen meist für mehr Steuereinnahmen

### Zivile Wiederaneignung militärischer Räume – Konkrete Beispiele

Neben solchen eher allgemeinen Erhebungen über die Entwicklung der Regionen nach dem Abzug von Militär, gibt es eine ganze Reihe konkreter Beispiele dafür, wie ein Truppenabzug für Regionen wichtige Entwicklungsimpulse herbeiführen kann. Aus dem ehemaligen US-Atomwaffenstützpunkt Eberhard-Finckh-Kaserne zogen die Soldaten 1993 ab. In dieser strukturschwachen Region (Schwäbische Alb / Großengstingen) war es für die erfolgreiche Nachnutzung wichtig, dass die Planungen schon begannen, während die Militärs noch vor Ort waren. Die umliegenden Gemeinden gründeten dafür bereits 1992 einen Zweckverband, um die Liegenschaften der Bundesvermögensverwaltung (heute BIMA; Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) abzukaufen. Zwischennutzungen wurden schnell gefunden, wegen der starken Munitionsbelastung zog sich der Abschluss des Kaufvertrags mit dem Bund jedoch bis 1995 hin. Heute ist das Gesamtareal von rund 100 Hektar ein ökonomischer Motor für die Region. Handwerkliche Nutzung, Solar- und Biogasstromerzeugung existieren auf dem Gelände neben touristischen Einrichtungen und Reha-Angeboten. Wegen der guten Verkehrsanbietung dieses (sowie der meisten) Militärstandorte war diese Entwicklung relativ einfach, sie wurde zudem durch Landesfördermittel (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)) unterstützt.

Doch es gibt auch Negativbeispiele, denn die Nachnutzung stadtnaher Liegenschaften stellt Stadtplaner vor besondere Herausforderungen. Die Militärflächen können durch BürgerInnen nicht betreten werden (außer evtl. bei einem Tag der offenen Tür). Die Orte werden folglich nicht als Teil der Stadt erlebt und haben häufig einen schlechten Ruf. Wenn dann noch als erste Nachnutzung Personengruppen, die ohnehin häufig in Städten nicht gerne gesehen sind (Obdachlose, AsylbewerberInnen etc.), dorthin „abgeschoben“ werden, dann bleiben die anderen Bewohne-

rInnen der Städte häufig weiterhin diesem Viertel fern und es können leicht neue „Problembezirke“ entstehen. Besonders drastische Auswirkungen hatte dies in der süddeutschen Stadt Lahr, wo nach Abzug der kanadischen Streitkräfte in den 1990er Jahren die freigewordenen Wohnungen der Armeeangehörigen mit 8.000 AussiedlerInnen „aufgefüllt“ wurden. Bei einer besseren Nutzungsmischung wären der Stadt Lahr, aber vor allem den AussiedlerInnen wahrscheinlich viele der bis heute andauernden Pro-



Gelungene Konversion der ehemaligen Erwin Rommel Kaserne Großengstingen, Foto: Haydt.

bleme in den neuen Stadtteilen erspart geblieben. Deswegen ist es sinnvoll, sehr frühzeitig auch für die Bürger die neuen Stadtteile als Teil ihrer Stadt erfahrbar zu machen. Die wenigen Beispiele für gescheiterte Konversion, die es leider auch gibt, sind überwiegend darauf zurückzuführen, dass die Entwicklung der Liegenschaften Großinvestoren überlassen wurde und diese sich verspekuliert haben. Deswegen ist eine Entwicklung und Planung „von unten“ durch Bürgerinitiativen und Kommunen demokratisch und ökonomisch sinnvoll.

Ein gelungenes Beispiel für umfangreiche Bürgerbeteiligung ist das so genannte Französische Viertel in Tübingen. BürgerInnen, Familien einschließlich der Kinder wurden in zahlreichen Anhörungen und Workshops in die Nachnutzung einbezogen. Auch in Tübingen wurden in den ersten Jahren Asylbewerber in den freien Gebäuden untergebracht, allerdings nur in begrenztem Umfang und parallel zu anderer Nutzung wie Volkshochschule, Gastronomie, Werkstätten und zahlreichen Wohnungen für StudentInnen, sodass das Viertel selbst in der Zwischennutzungsphase von vielen BürgerInnen besucht wurde. Da von Anfang an klar war, dass in den neuen Stadtteilen zusätzliche Infrastruktur (Kinderhorte, Schulen, Spielplätze, Sporthallen etc.) notwendig sein würde, wählte die Kommune die in §165ff des Baugesetzbuches vorgesehene Möglichkeit einer „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“. Dabei kauft die Kommune die Militärflächen zu einem niedrigen Preis (für unentwickelte Flächen), verkauft anschließend die Grundstücke an die EndnutzerInnen zu einem höheren Preis und investiert die Bilanz in die soziale Infrastruktur des neuen Viertels. Die Preise für die Baugrundstücke waren so gestaltet, dass auch junge Familien mit niedrigeren Einkommen und Existenzgründer sich die Miete oder den Kauf von Wohnraum und Gewerbeflächen leisten konnten. Der Vergabeprozesse der Grundstücke fand in transparenter und demokratischer Weise statt und wurde über einen Gemeinderatsausschuss abgewickelt (den so genannten Südstadtausschuss). Der gesamte Konversionsprozess zog sich über 15 Jahre hin und wurde finanziell über einen Sonderhaushalt abgewickelt, was gerade für arme Kommunen wie Tübingen ein wichtiges Instrument ist, um trotz leerer Kassen noch handlungsfähig zu bleiben und die Entwicklung der eigenen Stadt nicht allein Investoren überlassen zu müssen. Heute gibt es auf dem Gelände circa 6.000 neue Wohnungen und etwa 2.500 Arbeitsplätze.

### Fazit

Festzuhalten bleibt, dass sich für Kommunen, wenn sie frühzeitig ihre Planungshoheit ernst nehmen, wenn BürgerInnen mit einbezogen werden und die Prozesse transparent ablaufen, durch den Abzug von Militär in jedem Fall eine einmalige Chance für eine erfolgreiche zivile Nachnutzung bietet. Bereits die letzten zwanzig Jahre Konversionsgeschichte haben gezeigt: etwas Besseres als das Militär findet sich in jedem Fall. Wenn auch die nächste Etappe der zivilen Wiederaneignung gelingt, dann könnte dies helfen den Druck zu vergrößern, dass die Bundeswehr überall und vollständig abzieht - im Inland und im Ausland.

### Anmerkungen

- 1 Landesregierung Rheinland-Pfalz: WIR MACHEN'S EINFACH, 20 Jahre Konversion in Rheinland-Pfalz, 2010.
- 2 Ruhr Economic Papers #181, A. Paloyo u.a.: The Regional Economic Effects of Military Base Realignments and Closures in Germany, 2010.
- 3 ebenda, Übersetzung aus dem Englischen und Erläuterungen C.H.
- 4 ebenda, Übersetzung C.H.

# Die neue Konzeption der Reserve

## – die strategische Militarisierung der Gesellschaft

von Christoph Marischka

Bei der Bundeswehrreform handelt es sich um eine quantitative Ab- und qualitative Aufrüstung der deutschen Streitkräfte. Ohne Grundwehrdienstleistende und mit weniger Gesamtumfang sollen zukünftig mehr Soldaten für den Auslandseinsatz bereitstehen sowie grundsätzlich immer umfangreichere Aufgaben des internationalen Krisenmanagements durch deutsche Kräfte bewältigt werden. Es war somit von Anfang an zu erwarten, dass die Bundeswehr im Zuge ihrer Reform zu einer „Armee im Einsatz“ zahlreiche Aufgaben und Tätigkeitsbereiche an Privatunternehmen, zivilgesellschaftliche Netzwerke und insbesondere die Reservisten und ihre Verbände auslagern wird. Der mittlerweile vorgelegte „grundsätzlich gebilligte Entwurf“ einer neuen „Konzeption der Reserve“ bestätigt dies.\* Angesichts der verstärkten Ausrichtung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze bei gleichzeitigem Personalabbau soll die Reserve „die personellen Fähigkeiten des BMVg und aller Organisationsbereiche der Bundeswehr“ ergänzen und verstärken, wie es wiederholt heißt. Somit sei es „die Neuausrichtung der Bundeswehr“ selbst, welche „die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche für Reservisten ... erweitert“. Deshalb soll die neue Konzeption der Reserve „die notwendigen Rahmenbedingungen“ schaffen, um „die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr zu sichern, die Durchhaltefähigkeit zu erhöhen, alle Organisationsbereiche (OrgBer) zu entlasten und in der Durchführung ihres Auftrages zu unterstützen“.

Hierfür werden die Struktur der Reservisten von Grund auf umgebaut und neue Möglichkeiten der Einberufung der Reservisten geschaffen. Dies soll den Zugriff des Verteidigungsministeriums auf die Reservisten auch in Friedenszeiten deutlich intensivieren und etwa ein „fortdauerndes Begleiten und Betreuen der Angehörigen der Reserve während ihrer zivilberuflichen Entwicklung hinsichtlich der militärischen Nutzbarkeit“ ermöglichen. Notwendig ist hierzu u.a. eine verstärkte Einbeziehung „der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes“, um „einen optimalen Verwendungsaufbau der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters sowohl für eine militärische als auch für eine zivile Karriere zu erreichen.“

Der „Aufgaben- und Verantwortungsbereich für Reservisten“ wird insbesondere in drei Bereichen „erweitert“: Neben dem verstärkten Einsatz von Reservisten auch bei Auslandseinsätzen soll insbesondere deren „Mittlerfunktion“ gegenüber der Zivilgesellschaft und ihre Rolle beim so genannten Heimatschutz gestärkt werden.

### Im gesamten Aufgabenspektrum ... und bei der Nachbereitung

Weiterhin gilt, dass Reservisten sowohl im Falle von „Beistandsverpflichtungen“ gegenüber der NATO als auch im „zurzeit unwahrscheinlichen“ Fall eines „Existenz bedrohenden Angriff[s] auf das Bündnis als Ganzes“ den „Nukleus“ für einen „angemessenen Aufwuchs“ bilden sollen, also zur Waffe gerufen werden können. Freiwillig können sie hingegen jederzeit „im internationalen Aufgabenspektrum der Bundeswehr von Beob-

achtermissionen und internationaler Konfliktverhütung über Krisenbewältigung einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus bis hin zu Frieden erzwingenden Kampfeinsätzen eingesetzt werden.“ Besonders eigneten sich Reservisten jedoch „als Spezialisten für Zivil-Militärische Zusammenarbeit/Ausland“ und könnten auch „als eigenständige

Operation“ einen „Beitrag zum Wiederaufbau“ nach Interventionen leisten. Zukünftig sollten die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um Reservisten auch bei der militärischen Ausbildungshilfe einzusetzen. Das Papier verschweigt jedoch zumindest einen Grund, warum sich Reservisten für diese Einsätze besonders gut eignen: Gerade der Graubereich zwischen zivilen und militärischen Einsatzkräften, wie ihn u.a. Reservisten abbilden, ist bei aktuellen Interventionen von großer Bedeutung. So untersagte etwa die UN-Resolution 1973 die Stationierung von Bodentruppen in Libyen, zugleich entsandte jedoch die EU bereits während des NATO-Bombardements „humanitäre Teams“, „Sicherheits-“ und „Kommunikationsexperten“, deren Tätigkeit auch in geheimdienstliche Bereiche reichte. Werden solche Einsatzkräfte unbewaffnet und/oder unter zivilem Kommando eingesetzt, setzt dies etwa in Deutschland keine Zustimmung des Parlamentes voraus. Von Vorteil ist es jedoch zweifellos, wenn diese gute Kontakte zum und Kenntnisse des Militärs haben und ggf. sogar flexibel unter dessen Kommando gestellt werden können.

### Die Durchdringung der Gesellschaft

Grundsätzlich nehme die Reserve jedoch v.a. auch in Deutschland selbst eine „Mittlerfunktion für die Bundeswehr in der Gesellschaft“ wahr. Dabei sollen sich „Reservisten als ‚Staatsbürger mit Uniform‘“ wahrnehmen und „im Sinne der Grundsätze der Inneren Führung“ handeln. Dabei sei auch „zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger im Frieden“ eine „kurzfristige Verfügbarkeit notwendig“, da „bereits im Frieden“ der „Einsatz von Angehörigen der Reserve in größerem Umfang“ erforderlich sein könnte. Weisungsbefugt ist dabei der Beauftragte für Reservistenangelegenheiten der Bundeswehr (BresAngelBw), der „in einer regelmäßig herauszugebenden ‚Weisung für die Reservistenarbeit‘ ... die Vorgaben und die Schwerpunkte für die Reservistenarbeit der Bundeswehr sowie den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. (VdRBw) und den Beirat Reservistenarbeit“ festlegt und deren Umsetzung überprüft. Hierbei wird er durch das Bundesverteidigungsministerium und das im Streitkräfteamt eingerichtete „Kompetenzzentrum für Reservistenangelegenheiten der Bundeswehr“ unterstützt.

„Entscheidende Voraussetzung für die Zielerfüllung der Reservisten“, die im Übrigen „auf einen längeren Zeithorizont ausgelegt“ ist, sei es dabei, „interessierte und geeignete Reservisten sowie qualifizierte Ungediente für die Bundeswehr zu gewinnen bzw. an sie zu binden.“ Von besonderer Bedeutung sind hierfür natürlich „potenzielle zivile Führungskräfte der Zukunft“: „Diesen Personenkreis zu gewinnen, ist erklärtes Ziel. Der VdRBw [Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.] leistet dazu durch zielorientierte Information und Betreuung an Hochschulen einen unterstützenden Beitrag zur Personalgewinnung“. Für „ihre Mittlertätigkeit“ seien die eingesetzten Reservisten deshalb „insbesondere in sicherheitspolitischen Fragen weiterzubilden“.







# Petersberg-Konferenz

## Kein Plan außer Dauerkrieg und Besatzung

von Jürgen Wagner

Fast genau zehn Jahre nach der ersten Konferenz auf dem Bonner Petersberg, auf der wesentliche Entscheidungen getroffen wurden, die sich fatal für die Situation in Afghanistan erweisen sollten, versammelte sich die „internationale Gemeinschaft“ am 5. Dezember 2011 erneut an gleicher Stelle, um über die weitere Zukunft des Landes zu entscheiden. Allerdings sagte kurz zuvor mit Pakistan aufgrund der 24 infolge eines US-Angriffes getöteten pakistanischen Soldaten ein Land seine Teilnahme ab, das für eine wie auch immer geartete Lösung des Konfliktes von zentraler Bedeutung ist. Auch aus den Reihen der afghanischen Widerstandsgruppen, deren Beteiligung zwischenzeitlich zumindest verbal erwogen wurde, und ohne die eine Beendigung der Kampfhandlungen ebenfalls vollkommen unrealistisch ist, war niemand vor Ort.

Man blieb also unter sich und feierte die Errungenschaften von zehn Jahren Krieg und Besatzung, obwohl es angesichts der desaströsen Bilanz nichts zu feiern gibt. Im Wesentlichen hat die Petersberg-Konferenz vor allem eines gezeigt: Die „internationale Gemeinschaft“ hat keinen Plan für Afghanistan außer den, Krieg und Besatzung noch weit über das Jahr 2014 fortzusetzen. Deshalb ist es umso ärgerlicher und unverantwortlicher, dass aus Dummheit oder in boshafter Absicht nahezu die komplette Journalistin in der Berichterstattung über die Konferenz dem Lügenmärchen aufsitzt, die westlichen Truppen würden sich 2014 aus dem Land zurückziehen.

### Nebelkerze Truppenabzug

Auf dem angeblichen Abzugsdatum 2014 wurde auf der Petersberg-Konferenz regelrecht herumgeritten, was von den Medien begierig aufgegriffen wurde, dabei wissen alle Beteiligten, dass westliche Soldaten noch für viele Jahre am Hindukusch stationiert bleiben werden. Das augenscheinliche „Missverständnis“ zwischen Berichterstattung und Realität – das die Regierenden auch keineswegs geneigt sind, zu korrigieren - basiert darauf, dass lediglich die Rede von einem Abzug der *Kampftruppen* ist. Andere Truppentypen, Ausbilder der afghanischen Armee und Polizei, aber auch Spezialeinheiten mit offensivem Kampfauftrag, sind hiervon explizit ausgenommen. Damit hat man sich eine entscheidende Hintertür offengelassen, um Krieg und Besatzung noch viele Jahre fortsetzen zu können, der Öffentlichkeit aber das genaue Gegenteil zu suggerieren.

Klartext redete diesbezüglich der neue NATO-Oberkommandierende für Afghanistan, John Allen, Anfang Oktober 2011: „Der Plan ist es, zu gewinnen. Der Plan ist, erfolgreich zu sein. Und deshalb werden wir, auch wenn einige Leute meinen zu hören, wir würden 2014 abziehen, [...] tatsächlich noch für eine lange Zeit dort bleiben.“<sup>1</sup> Schon im November 2010 unterzeichneten die afghanische Regierung und die NATO eine Erklärung, in der beide versicherten, „eine robuste und andauernde Partnerschaft zu entwickeln, die die ISAF-Sicherheitsmission komplementiert und nach ihr weitergeht.“<sup>2</sup> Im Februar 2011 hatte der afghanische Präsident Hamid Karzai bei einer Pressekonferenz implizit das amerikanische Interesse an permanenten Militärbasen sowie die Aufnahme von Geheimverhandlungen

darüber bestätigt.<sup>3</sup> Am 8. Oktober 2011 veröffentlichte *Associated Press* schließlich einen Bericht, in dem sich sogar konkrete Zahlen finden: „Während sich die meisten amerikanischen Truppen auf einen Rückzug 2014 vorbereiten, [...] deuten jüngste Äußerungen des Weißen Hauses

darauf hin, dass die CIA und Spezialeinheiten Al-Kaida jagen und mit den lokalen Kräften zusammenarbeiten werden, noch lange nachdem die meisten US-Truppen das Land verlassen haben. Wenn die afghanischen Truppen 2014 die Führung übernehmen, ‚werden die zurückbleibenden US-Kräfte im Wesentlichen eine Dauerpräsenz mit dem Schwerpunkt auf Terrorbekämpfung darstellen‘, gab der Nationale Sicherheitsberater Tom Donilon an. [...] Sie werden von Teams ergänzt, die auch danach weiter die afghanischen Truppen ausbilden, fügte der Sprecher des Weißen Hauses, Tommy Vietor, hinzu. [...] Hochrangige US-Offizielle haben davon gesprochen, einen Mix von 10.000 solcher Truppen in Afghanistan behalten zu wollen, was zwischen 20.000 und 30.000 konventionelle Kräfte erfordert, um die Logistik und die Unterstützung zu gewährleisten.“<sup>4</sup>

Auch der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière verkündete, er beabsichtige keineswegs, „einseitig eine Zahl des Abzuges zu nennen.“<sup>5</sup> Am 1. Dezember sattelte der ehemalige deutsche NATO-General Egon Ramms, zwischen 2007 und 2010 unter anderem Leiter des Afghanistan-Einsatzes, noch einen drauf: „Ich bin mit der Abzugsdiskussion sehr unzufrieden. Wir senden damit eine völlig falsche Botschaft an unsere eigene Bevölkerung und an unsere Soldaten; wir senden auch die falsche Botschaft an die Afghanen und die Taliban. [...] Ich sehe den Zeitraum, bis Afghanistan auch im wirtschaftlichen Bereich auf eigenen Füßen stehen kann, zwischen 10 und 15 Jahren.“<sup>6</sup>

Substanzielle Truppenteile werden also noch lange Zeit in Afghanistan stationiert bleiben, wodurch die Fortsetzung des Krieges vorprogrammiert ist. Denn verlässliche Zusagen für einen *vollständigen* Abzug der westlichen Militäreinheiten ist eine „Schlüsselforderung der Aufständischen.“<sup>7</sup> Indem dies nicht einmal ernsthaft erwogen wird, wird – bewusst oder unbewusst – der einzige Weg, der in Richtung Frieden führen könnte, nämlich über einen Verhandlungsprozess, in den wirklich alle relevanten Akteure Afghanistans einbezogen werden, versperrt. Was auch immer exakt und mit welcher Gewichtung hierfür verantwortlich ist – geostrategische Interessen, ökonomische Bereicherungsabsichten oder der Wunsch, auf Teufel komm raus eine „siegreiche“ NATO-Operation vorgaukeln zu wollen, wahrscheinlich ist es von allem ein bisschen - jedenfalls kostet diese Entscheidung unzählige Menschenleben und verursacht unsägliches Leid. Daran ändern auch alle Versuche nichts, die Bilanz des Krieges schönzureden.

### Desaströse Bilanz: Demokratie – Wohlstand – Frieden

Demokratie – Wohlstand – Frieden, so lautete das Versprechen der „internationalen Gemeinschaft“ für die Zukunft Afghanistans. Diesem Ziel sollten vorgeblich die Entscheidungen dienen, die auf der ersten Petersberg-Konferenz getroffen wurden. In seiner Abschlussrede versprach der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder der afghanischen Bevölkerung blühende Landschaften: „Nach all den Jahren von Krieg, Terror, Not und Demütigung erhalten die Menschen in Afghanistan - und um die geht es vor allen Dingen - eine konkrete Friedensperspektive und eine wirtschaftliche Zukunftsperspektive.“<sup>8</sup> Tatsächlich haben

zehn Jahre Krieg und Besetzung der afghanischen Bevölkerung mehr Krieg, mehr Opfer, mehr Armut, aber keinerlei Zukunftsperspektive beschert.

**DEMOKRATIE:** Die im Dezember 2001 in Bonn getroffenen Entscheidungen sind für die jetzige Entwicklung von entscheidender Bedeutung. So schreibt der afghanische Politikwissenschaftler Matin Baraki: „Die afghanische Zivilgesellschaft, die 2001 parallel am Fuße des Petersberg tagte, wurde von niemandem zur Kenntnis genommen. Die Teilnahme säkular orientierter Kräfte und selbst bürgerlicher Technokraten an den Verhandlungen war von fast allen Konferenzteilnehmern unerwünscht. Dies rächt sich nun. Ein afghanisches Sprichwort bringt das Dilemma so auf den Punkt: ‚Wenn das Wasser an der Quelle dreckig ist, wird der ganze Fluß schmutzig.‘“<sup>9</sup>

Im Wesentlichen wurde auf der Konferenz der „Demokratisierungsprozess“ in Gang gesetzt, indem handverlesene afghanische „Vertreter“, den von den USA hierzu auserkorenen Hamid Karzai zum Chef einer Interimsregierung erklärten, die am 20. Dezember 2001 ihre Arbeit aufnahm. Die Zusammensetzung dieser neuen „Regierung“ war hochgradig fragwürdig, vor allem, weil die paschtunische Bevölkerungsmehrheit nahezu komplett ausgeschlossen wurde: „Obwohl Karzai ein Paschtune ist, mangelt es ihm an Unterstützung in der paschtunischen Gemeinschaft, da er als ein ‚machtloser Strohmann‘ gesehen wird, der von Ausländern und Nicht-Paschtunen beeinflusst wird, ein Frontmann für die Vereinigte Front [auch Nordallianz genannt] und als die Person, die verantwortlich ist für den Aufstieg der Nicht-Paschtunen zur politischen Macht.“<sup>10</sup>

Die nächste Episode in der afghanischen Demokratieposse war eine „Große Ratsversammlung“ (Loya Jirga) im Juni 2002, die den Prozess zur Legitimierung der „Regierung“ einleitete, der dann in mehreren „Wahlen“ seinen Fortgang nahm. Mit der Verabschiedung einer Verfassung war dann schließlich die grundlegende Ausrichtung des neuen Staatswesens mehr oder weniger unveränderlich festgelegt worden: „Auf der Grundlage des Petersberg-Akommens wurden zwischen 2002 und 2005 mehrere Wahlprozeduren durchgeführt. Im Dezember 2001 war Karsai in das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt und im Juni 2002 auf einer Loya Jirga (Ratsversammlung) zum Präsidenten gewählt worden, wobei 24 Stimmen mehr abgegeben wurden als Abgeordnete anwesend waren. Am Eingang zum Wahlzelt wurden

Abgeordnete durch Minister und Gouverneure per Unterschrift verpflichtet, für Karsai zu stimmen. Im Vorfeld dieser Wahlen hatten die USA 10 Millionen US-Dollar ausgegeben, um für ihn Stimmen zu kaufen. Anfang Januar 2004 wurde auf einer weiteren Loya Jirga eine Verfassung verabschiedet und Afghanistan zur Islamischen Republik ausgerufen. 2004 fanden Präsidentschafts- und 2005 Parlamentswahlen statt, wobei Drohungen, Gewalt, Mord und Stimmenkauf die Regel waren.“<sup>11</sup>

Der „Regierung“ Afghanistans fehlt jedoch nicht nur jegliche Legitimität, sie setzt sich auch aus allerlei Kriegsverbrechern zusammen, wie etwa die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya scharf kritisiert: „Die US-Regierung hat das ultrareaktionäre und brutale Regime der Taliban beseitigt. Statt sich aber auf das afghanische Volk zu stützen, hat sie uns vom Regen in die Traufe gestürzt und ihre Freunde unter den schmutzigsten und berüchtigtsten Kriminellen der ‚Nordallianz‘ gesucht, in der sich eingeschworene Feinde der Demokratie und der Menschenrechte versammelt haben, die nicht weniger übelgesinnt, böse und grausam sind als die Taliban. [...] Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machthaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschichten von Zehntausenden unschuldiger Menschen in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Trotzdem nehmen sie wichtige Regierungsämter ein.“<sup>12</sup>

So verwundert es auch nicht weiter, dass das Hauptanliegen der „Regierung“ darin zu bestehen scheint, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften. So streichen Regierungsmitglieder wohl etwa 75% der Profite aus dem afghanischen Drogenhandel ein.<sup>13</sup> Im Dezember 2010 gaben 65% der Befragten an, die Regierung sei sehr korrupt, weitere 22% hielten sie „nur“ für korrupt.<sup>14</sup> Ausgerechnet diese kriminelle Bande stellte sich nun nassforsch auf der Petersberg-Konferenz 2011 hin und verlangte umfassende westliche Hilfen in Höhe von bis zu 7 Mrd. jährlich mindestens bis zum Jahr 2024, obwohl sie den Löwenanteil davon unterschlagen wird, während Armut und Not im Land immer weiter zunehmen.<sup>15</sup>

**WOHLSTAND:** Unmittelbar nach Amtsantritt leitete die Karzai-Regierung auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds den neoliberalen Umbau der Wirtschaftsordnung ein. Die Folgen dieser neoliberalen „Wiederaufbaupolitik“ sind für den Großteil der Bevölkerung verheerend. So kritisiert Thomas Gebauer,

## Dieser „Abzug“ bedeutet mehr Krieg

Im Dezember 2011 wird der deutsche Bundestag voraussichtlich beschließen, die Anzahl der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan zum 1. Februar 2012 auf 4.900 zu reduzieren. Außenminister Westerwelle hat bereits angekündigt, dass gegen Ende des neuen Mandates, also zum Jahreswechsel 2012/2013 eventuell weitere 500 Soldaten abgezogen würden, so dass noch maximal 4.400 in Afghanistan verbleiben.

Bisher umfasste das Mandat für den deutschen Anteil an der ISAF Truppe 5.350 Soldaten und zusätzlich standen 300 bereit für die Kontrolle des afghanischen Luftraums mit AWACS-Flugzeugen. Voraussichtlich wird letzteres auch weiter der Fall sein, das heißt auch bei angekündigten Verringerungen des Umfangs der Bundeswehr müssen diese 300

zusätzlich addiert werden.

Der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Thomas Kossendey hat nun in einem Brief an den Verteidigungsausschuss klar gemacht, was dieser „Abzug“ militärisch bedeutet. Er macht überdeutlich klar, dass hier nicht ein friedlicher Abzug geplant wird, sondern eine Intensivierung des Krieges. In Bundeswehr-Neusprech heißt das: „Das Jahr 2012 soll aus militärischer Sicht in erster Linie für eine initiative und robuste Umsetzung der Transition genutzt werden.“ Sollte es der Bundeswehr gelingen, durch ihr „initiatives und robustes“ Vorgehen, ihre Gegner zurückzudrängen, dann soll eine „moderate, militärisch verantwortbare und damit konditionierte Anpassung des militärischen Beitrags“ stattfinden. Mit anderen

Worten, erst dann, wenn die NATO siegt, wird auf 4.400 Soldaten reduziert. Wie die NATO dieses Ziel, das sie zehn Jahre lang nicht erreicht hat, nun durchsetzen will, zeichnet sich bereits ab: durch eine Intensivierung der Kampfhandlungen. Dieser konditionierte, also an einen militärischen Sieg gekoppelte Abzug, der ohnehin nicht als vollständiger Rückzug geplant ist, bedeutet lediglich mehr Krieg und Leid für die afghanische Bevölkerung. Nötig ist stattdessen ein vollständiger, sofortiger und bedingungsloser Abzug der Bundeswehr und aller ISAF und OEF-Truppen aus Afghanistan. Erst dann hat das Land eine Chance für Frieden.

*Claudia Haydt*

Geschäftsführer von *medico international*: „Der Aufbau einer nachhaltigen Ökonomie ist den neoliberalen Vorgaben der Invasoren zum Opfer gefallen.“<sup>16</sup> Tatsächlich hat sich die humanitäre Situation seit Einmarsch der westlichen Truppen massiv verschlechtert: „Die UNO berichtete, dass [...] neben einigen Fortschritten Folgendes festzustellen ist: Die Zahl der Menschen, die in Afghanistan in Armut lebt, ist von 33 auf 42 Prozent gestiegen. Unterernährt sind nicht mehr 30 Prozent, sondern 39 Prozent der Afghaninnen und Afghanen. Zugang zu sanitären Einrichtungen haben nicht mehr 12 Prozent der Bevölkerung, sondern nur noch 5,2 Prozent der Bevölkerung. In Slums leben nicht mehr 2,4 Millionen, sondern 4,5 Millionen Menschen. [...] Von den Jugendlichen sind nicht mehr nur 26 Prozent, sondern 47 Prozent arbeitslos.“<sup>17</sup> Andere Zahlen sind noch alarmierender. So gaben bei der jüngsten Umfrage von ARD, BBC und ABC sogar 61% der Befragten an, sie hätten nicht genug Geld, um ausreichend Nahrungsmittel kaufen zu können, 2007 waren es noch 54% gewesen: „Die große Mehrheit der Afghanen kann sich selbst die notwendigsten Dinge zum Leben nicht leisten.“<sup>18</sup>

FRIEDEN: Mittlerweile sprechen sich 55% der afghanischen Bevölkerung für einen schnellstmöglichen Abzug der westlichen Truppen aus.<sup>19</sup> Die Tatsache, dass von ihnen auch immer mehr bereit sind, sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen, mag man gut oder schlecht finden, überraschen kann sie jedenfalls angesichts der Realität vor Ort nicht: „Zwei Drittel der afghanischen Bevölkerung stellen dem westlichen Engagement in ihrem Land ein negatives Zeugnis aus, mehr als ein Viertel befürwortet sogar Anschläge auf die NATO. Die Hoffnung auf eine Wende zum Besseren wurde in weiten Teilen des Landes enttäuscht; auch das Ansehen Deutschlands ist dramatisch gesunken.“<sup>20</sup>

Schätzungen zufolge wuchs die Zahl der dem bewaffneten Widerstand zurechenbaren Personen zwischen 2003 und 2011 von 7000 auf mittlerweile zwischen 25.000 und 36.000 an.<sup>21</sup> Dabei ist es grob verkürzt, wenn diejenigen, die sich dem gewalttätigen Widerstand anschließen, pauschal mit den Taliban oder – noch absurder – mit Al-Kaida in einen Topf geworfen werden.<sup>22</sup> Der häufig verwendete Begriff der „Neo-Taliban“, mit denen relativ willkürlich verschiedene Gruppen und Motivationen unter einem Header zusammengekleistert werden, ist dabei ebenfalls wenig hilfreich: „Der Aufstand in Afghanistan ist ein hochkomplexes Phänomen. Organisatorisch kann er nicht auf ‚die Taliban‘ reduziert werden. Seine Ursachen und Motive machen ihn zu weit mehr als dass man ihn einfach als terroristische Struktur beschreiben könnte.“<sup>23</sup> Ein Bericht auf Basis von Feldforschung unter Widerstandskämpfern in Afghanistan gibt bzgl. der Motivation, sich dem Aufstand anzuschließen an: „Viele kämpfen gegen von ihnen als aggressiv und ausbeuterisch wahrgenommene Invasoren und ihre Stellvertreter. Ihr Widerstand wird von dem ungeheuerlichen und weitverbreiteten Machtmissbrauch gestärkt; der Zulauf an Rekruten wird durch Bedingungen schwerer sozialer und ökonomischer Not vergrößert.“<sup>24</sup>

Nur vor diesem Hintergrund ist die erschreckende Eskalation des Krieges zu verstehen, die sich anhand der „Sicherheitsvorfälle“, bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem afghanischen Widerstand und westlichen Truppen absehen lässt. Sie stiegen von 1750 im Jahr 2005 explosionsartig auf 30.000 im Jahr 2011 an (die Zahlen der ersten sechs Monate hochgerechnet). Parallel dazu steigen die Opfer des Krieges immer weiter an – und mit ihnen die Zahl an Angehörigen und Freunden, die sich aufgrund dessen dem bewaffneten Widerstand anschließen. So ist eine Eskalationsspirale in Gang gesetzt worden, aus der es nur einen Ausweg gibt, ein sofortiger westlicher Truppenabzug. Doch davon war auf der Petersberg-Konferenz ernsthaft nie die Rede.

## Fazit: Diktatur - Armut - Krieg

Demokratie, Wohlstand und Frieden sind der afghanischen Bevölkerung vom Westen versprochen worden, was sie bekam waren Diktatur, Armut und Krieg. Dennoch entblödete sich die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in ihrer Rede bei der Peterburg-Konferenz 2011 nicht, die „Erfolge“ von Krieg und Besatzung schönzureden: „In den zehn Jahren seit der ersten Bonner-Konferenz wurden erhebliche Anstrengungen und Investitionen unternommen, einschließlich wirklicher Opfer, aber viel ist erreicht worden, was Gesundheit, Bildung und die Schaffung von Institutionen anbelangt.“ Es ist schwer sich zu entscheiden, was empörender und schäbiger ist: Die Kaltschnäuzigkeit, mit der sich die Politik die Situation zurechtlügt oder die Tatsache, dass die Massenmedien ihnen diese – bewusste, Frau Ashton und alle anderen Politiker wissen, wie es um das Land bestellt ist - Realitätsverzerrungen weitgehend ungestraft und unkritisiert durchgehen lassen.

## Anmerkungen

- 1 Smith, Jack A.: America's Endless Wars in Afghanistan and Iraq, Globalresearch.ca, 25.10.2011.
- 2 Declaration by the North Atlantic Treaty Organisation (NATO) and the Government of the Islamic Republic of Afghanistan on an Enduring Partnership signed at the NATO Summit in Lisbon, Portugal, 20.11.2010.
- 3 Vgl. Ditz, Jason: Karzai Admits US Seeks Permanent Military Bases in Afghanistan, antiwar.com, 08.02.2011.
- 4 Spec-Ops and CIA First In, Last Out of Afghanistan, AP, 08.10.2011.
- 5 Bundeswehrrückzug aus Afghanistan von Verbündeten abhängig, Deutsche Welle, 19.07.2011.
- 6 Ex-Nato-General: „Abzug erst in 15 Jahren“, Cicero Online, 01.12.2011.
- 7 Brahimi, Lakhdar/ Pickering, Thomas R.: Afghanistan. Den Frieden verhandeln, Bericht der Internationalen Task Force für Afghanistan im Auftrag der Century Foundation, Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2011, S. 11.
- 8 Folgeschwere Entscheidungen für Afghanistan, Deutsche Welle, 05.12.2011.
- 9 Baraki, Matin: Im Innern des Protektorats. In Afghanistan haben Demokratie und Menschenrechte noch immer wenig Chancen, in: iz3w, Nr. 275, März 2004, S. 6-9.
- 10 Qazi, Shehzad H.: The Neo-Taliban, Counterinsurgency, & the American Endgame in Afghanistan, Institute for Social Policy and Understanding, Report, April 2011, S. 12.
- 11 Baraki, Matin: Nation-building in Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2007, S. 11-17, S. 11f.
- 12 Joya, Malalai: „Die afghanische Regierung ist die korrupteste der Welt“, SoZ, Oktober 2007, S. 3.
- 13 Vgl. UNODC: Addiction, Crime and Insurgency: The Transnational Threat of Afghan Opium, Oktober 2009; Mercille, Julien: Trail of Afghanistan's drug money exposed, Asia Times Online, 16.12.2009.
- 14 ABC/ARD/BBC/Washington Post: Afghanistan-Umfrage 2010: [http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180\\_mtb-3\\_pos-39.html#colsStructure](http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180_mtb-3_pos-39.html#colsStructure)
- 15 Jährlich sieben Milliarden Dollar für Sicherheit und Entwicklung, Focus Online, 05.12.2011.
- 16 Gebauer, Thomas: Höchste Zeit zur Umkehr, Neues Deutschland, 10.07.2009.
- 17 Rede von Gregor Gysi (Die Linke) in der Bundestagsdebatte zum Afghanistan-Einsatz am 22. April 2010.
- 18 Henze 2011.
- 19 Afghanistan-Umfrage 2010, URL: [http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180\\_mtb-3\\_pos-35.html#colsStructure](http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180_mtb-3_pos-35.html#colsStructure).
- 20 Henze 2010.
- 21 Qazi, Shehzad H.: The Neo-Taliban, Counterinsurgency, & the American Endgame in Afghanistan, Institute for Social Policy and Understanding, Report, April 2011, S. 11.
- 22 Vgl. Linschoten, Alex Strick van/Kuehn, Felix: Separating the Taliban from al-Qaeda: The Core of Success in Afghanistan, Center on Internationale Cooperation, February 2011.
- 23 Rutig, Thomas: The Other Side. Dimensions of the Afghan Insurgency: Causes, Actors and Approaches to 'Talks', AAN Thematic Report 01/2009, S. 1.
- 24 Waldman, Matt: Dangerous Liaisons with the Afghan Taliban. The Feasibility and Risks of Negotiations, USIP, Special Report 256, October 2010, S. 14.

# Irak: Downsizing der Besatzung

## Der erzwungene US-Rückzug und die Umstrukturierung der Irak-Besatzung sowie der Militärpräsenz in der Region

von Joachim Guilliard

Das Scheitern der Bemühungen der US-Regierung, eine Verlängerung des Stationierungsabkommen mit dem Irak durchzusetzen, war durchaus absehbar.<sup>1</sup> Dennoch kann man es kaum glauben, dass nun Ende des Jahres, fast neun Jahre nach der Invasion, tatsächlich alle regulären Truppen das Land verlassen und die riesigen Militärbasen verwaist zurückbleiben werden. Auch wenn dies als Erfolg zu werten ist, ist die Besatzung damit selbstverständlich nicht zu Ende. Die USA versuchen nun, ihren Einfluss durch eine beachtliche Zahl ziviler Besatzungskräfte aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig arbeiten sie, im Verein mit dem irakischen Premier Nuri al-Maliki, an neuen Wegen, größere Truppenkontingente in den Irak zurückkehren zu lassen. Ob das gelingt oder nicht: von dem seit langem gehegten Plan, im Irak eine große, schnell einsetzbare Streitmacht permanent zu stationieren – als Kern US-amerikanischer Machprojektion in der Region –, bleibt jedoch so wenig übrig wie von den ehrgeizigen Plänen bezüglich Kontrolle und Privatisierung der irakischen Ölproduktion. Auch wenn ein Teil der aus dem Irak vertriebenen Bataillone nun in die Nachbarländer zurückgezogen wird, markiert der erzwungene Rückzug der verbleibenden knapp 40.000 Soldaten das Scheitern eines verlustreichen und teuren Krieges. „Du kannst den Rückzug so schön reden wie Du willst“, so der bekannte US-Publizist Tom Engelhardt, „aber er bedeutet immer noch eine Niederlage erster Ordnung, eine Demütigung in einem Ausmaß, wie es im Invasionsjahr 2003 unvorstellbar war.“<sup>2</sup>

US-Präsident Barack Obama bemühte sich daher sehr, möglichst wenig Aufmerksamkeit mit seiner Ankündigung des definitiven Abzuges zu erwecken. Erst freitags um 13 Uhr gab er ihn auf einer hastig anberaumten Pressekonferenz bekannt, am Tag nach der Ermordung des libyschen Staatschefs Muammar al-Gaddafi, die als endgültiger Sieg in Libyen gefeiert wurde und die Titelseiten dominierte.<sup>3</sup> Es war eine bemerkenswert kurze Erklärung dafür, dass damit nun ganz offiziell ein fast 9jähriger Krieg für beendet erklärt wurde. Obama versuchte das Beste aus der Situation zu machen und verkaufte den Abzug als Erfüllung seines Wahlversprechens, den Irakkrieg unverzüglich zu beenden. Er verschwieg jedoch, dass seine Leute das ganze Jahr über alle Hebel im Irak in Bewegung gesetzt hatten, einen solchen vollständigen Abzug zu verhindern.

### Stationierungsabkommen von 2008 – der Anfang vom Ende

Nach den Plänen der Bush-Administration sollte Ende 2008 das einengende Mandat des UN-Sicherheitsrats auslaufen, das seit Juli 2004 das legale Mäntelchen für die Präsenz der Besatzungstruppen bildete und stattdessen ein bilaterales Stationierungsabkommen zur Grundlage einer dauerhaften Präsenz großer Kontingente US-amerikanischer Streitkräfte abgeschlossen werden.

Der von Washington vorgelegte Entwurf zeigte deutlich, welche Rolle dem Irak zugedacht war. Die Freiheiten, die sich Washington vertraglich zusichern wollte, überstiegen die der meisten Kolonialabkommen des 19. Jahrhunderts. U.a. sah er das Recht

vor, eine unbeschränkte Zahl von Truppen auf unbeschränkte Zeit im Land stationieren zu können und jederzeit Angriffe auf jedes Ziel im Irak führen zu dürfen, ohne Erlaubnis oder auch nur Benachrichtigung der irakischen Behörden. Auch Angriffe auf Nachbarstaaten sollten ohne Einverständnis der irakischen

Regierung möglich sein.<sup>4</sup>

Doch wie schon beim Ölgesetz, das der Privatisierung des Ölsektors den Weg öffnen sollte, konnte sich die Besatzungsmacht nicht gegen den breiten Widerstand im Land durchsetzen. Die entsprechend konzipierten Wahlen hatten zwar überwiegend pro-amerikanische Kräfte ins Parlament gespült, angesichts der verheerenden Besatzungspolitik und der grundlegenden Stimmung im Land waren aber immer mehr Verbündete von der Fahne gegangen und ins nationalistische, die Fremdherrschaft bekämpfende Lager gewechselt. Und auch der amtierende Premier Nuri al-Maliki versuchte zunehmend, sich durch Abstand zu den Besatzern die Statur eines patriotischen Führers zu verschaffen.

Da Ende des Jahres 2008 das UN-Mandat tatsächlich wie vereinbart auslief, blieb der Bush-Administration nichts anderes übrig, als ein wesentlich bescheideneres Abkommen abzuschließen, das zudem verbindliche Termine für einen stufenweisen Abzug enthielt, auch den für den endgültigen Abzug zum Jahresende 2011.

### Verlängerung nicht durchsetzbar

Den meisten Irakern war auch diese Besatzungsverlängerung um volle drei Jahre noch viel zu lang. Das Abkommen passierte nur nach dem ein und anderen Kuhhandel und der Vereinbarung, die endgültige Entscheidung einer Volksabstimmung zu überlassen, das Parlament. Dieses Referendum fand jedoch niemals statt.

Regierung und Militär der USA wiederum haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie die Rückzugstermine nicht als fix erachteten und das Abkommen nur dazu dienen soll, Zeit für die Vereinbarung einer dauerhaften Truppenstationierung zu gewinnen. Sie waren überzeugt, dass die irakische Regierung schon aus Eigeninteresse eine weitere umfangreiche Präsenz ihrer Schutzmacht möglich machen würde. Die Chance Malikis jedoch, ein neues Abkommen im Parlament durchzusetzen, war nach den Wahlen letztes Jahr noch geringer geworden und jede Regelung am Parlament vorbei hätte den Volkszorn zum Kochen gebracht.

Ursprünglich sollten mindestens 30.000 bis 35.000 Soldaten bleiben. Ein solches Kontingent hatte der US-Generalstab auch bereits für das ganze Jahrzehnt eingeplant. Zum Schluss hatten die US-Kommandeure 20.000 Soldaten zum absoluten Minimum erklärt. Schließlich baten die US-Unterhändler eindringlich darum, wenigsten 5.000 oder auch nur 3.000 zuzulassen. Doch liefen sich die Verhandlungen schon an der Frage der weiteren Immunität dieser Truppen fest. Für das US-Militär gehört es zu den Grundprinzipien, dass ihre Soldaten überall wo sie stationiert sind, Immunität genießen. Im Irak war eine weitere Gewährung praktisch ausgeschlossen. Keine der Parteien, nicht einmal die kurdischen, trauten sich angesichts des aufgestauten Hasses in der Bevölkerung über die Verbrechen der Besatzer, eine weitere Straflosigkeit formell zu garantieren. Maliki erklärte auf einer Pressekonferenz: „Als der Punkt Immunität verhandelt wurde, und der irakischen Seite gesagt wurde, dass die amerikanische Seite keinen einzigen Soldaten ohne volle Immunität zurücklassen werde, und die Iraker antworteten, dass es unmöglich ist, auch nur einem ein-



zigen amerikanischen Soldaten Immunität zu gewähren, stoppten auch die Verhandlungen bezüglich Zahlen, Einsatzorte und die Mechanismen des Trainings.<sup>5</sup> Es gibt Ideen von Seiten Malikis, auf welcher Basis US-Truppen zurückkehren könnten – nur eines bleibt wohl ausgeschlossen: eine offiziell garantierte Immunität.

Zum Zeitpunkt des Scheiterns der Verhandlungen war die Zahl der US-Truppen bereits auf 39.000 gesunken. Nur noch wenige der einst 505 Stützpunkte und Außenposten sind in den Händen der US-Army verblieben, darunter die riesigen Megabasen. Diese werden die kolossalsten Relikte sein, die die US-Invasion hinterlässt. Die Bush-Administration hatte sie für mehrere Milliarden Dollar zu festungsartigen Städten mit allem Komfort ausbauen lassen, dafür bestimmt, dauerhaft mehrere Zehntausend Soldaten zu beherbergen. Zu den mit modernster Technik ausgerüsteten Stützpunkten, die dauerhaft den Kern US-amerikanischer Machtprojektion in der Region bilden sollten, zählt z.B. der Al-Asad Flughafen in der Anbar-Provinz. Der Ausbau der 50 Quadratkilometer umfassenden Airbase – wegen der Annehmlichkeiten, die sie den GIs bot, „Camp Cupcake“ genannt – wurde nach Abschluss des Stationierungsabkommens im November 2008 noch fortgesetzt. So fest waren Washington und die Armeeführung überzeugt, dass sie auch nach 2011 mit einem entsprechend großen Kontingent im Land sein werden.

## Massive Niederlage

Der erzwungene Abzug wird in den USA parteiübergreifend als massive Niederlage begriffen. Zum einen wird natürlich befürchtet, dass sich das etablierte Regime ohne die US-Truppen nicht lange halten wird. Er sei sehr besorgt um die Zukunft Iraks, antwortete beispielsweise Generalstabschef Martin Dempsey bei einer Senatsanhörung auf entsprechende Fragen. Die Kommandeure seien daher auch alle gegen einen Abzug gewesen.<sup>6</sup> „Am Ende wird die irakische Regierung scheitern,“ so auch der Tenor frustrierter US-amerikanischer Offiziere vor Ort.<sup>7</sup>

Auch der clever gewählte Termin der Ankündigung bewahrte Obama nicht vor heftigem Beschuss. In Washington wiegt noch schwerer der Ärger darüber, dass der Abzug eine weitere Stärkung der Position des Irans bedeutet, sowohl im Irak als auch in der Region. Rhetorisch wird dies als Bedrohung für die Stabilität der Region dargestellt. Tatsächlich fällt nun der Irak als Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen den Iran weg, der somit militärisch nicht mehr ganz so eng wie zuvor in der Zange sitzt. Frederick Kagan, führender Berater von General David Petraeus, als dieser das Oberkommando im Irak innehatte, schrieb z.B.: „Ich sehe nicht, wie man über eine Eindämmung des Iran reden kann, wenn man den Irak sich auf eine Weise selbst überlässt, dass er keine Fähigkeit hat, sich selbst zu schützen.“<sup>8</sup> Und Senator John McCain, republikanischer Präsidentschaftskandidat des Jahres 2008, polterte: „Der heutige Tag bedeutet einen schädlichen und traurigen Rückschlag für die Vereinigten Staaten.“ Die Entscheidung des Präsidenten werde als „strategischer Sieg unserer Feinde“ gewertet werden, speziell des iranischen Regimes.<sup>9</sup> Der führende Bewerber um die nächste Präsidentschaftskandidatur der Republikaner, Mitt Romney, warf Obama vor, sein „erstaunliches Versagen, einen ordentlichen Übergang im Irak zu sichern, gefährdet die Siege, die durch das Blut und die Aufopferung Tausender amerikanischer Männer und Frauen gewonnen wurden.“<sup>10</sup>

Die republikanischen Scharfmacher und neokonservativen Wortführer werfen Obama vor, eine Verlängerung gar nicht ernsthaft gewollt zu haben. Bei den Verhandlungen sei von Anfang an der Wurm drin gewesen, weil die Obama-Administration darauf bestanden habe, dass das Abkommen, inklusive der

Zusicherung von Immunität, vom irakischen Parlament abgesegnet werden müsse, so Max Boot, Autor und außenpolitischer Berater McCains. Dies sei 2008 schon schwierig gewesen und heute praktisch unmöglich. Es gäbe aber viele Länder, auch in der arabischen Welt, in denen US-Truppen im Rahmen einer bloßen Regierungsvereinbarung operieren würden, warum also nicht auch im Irak.<sup>11</sup>

Die meisten Experten gestehen Obama jedoch zu, kaum eine andere Chance gehabt zu haben. Tatsächlich haben sich die USA schon unter der Bush-Administration in eine Sackgasse manövriert, in der es nun nicht mehr weiter ging. Man kann schlecht das Spiel „souveräner, demokratischer Staat“ spielen und dann über das Parlament hinweg wieder offen als Besatzungsmacht auftreten. Vor allem nicht angesichts der allgemein feindseligen Stimmung im Land. Die meisten Iraker wünschen die US-Amerikaner schon lange zum Teufel, waren aber, da sie die Kämpfe und Gewalt gründlich satt haben, bereit, die Zeit bis zum zugesagten Abzug abzuwarten. Ein weiterer Verbleib hätte jedoch zu Aufständen und einem Aufleben des bewaffneten Widerstands geführt. Unter anderem hatte Muqtada al-Sadr gedroht, in diesem Fall unverzüglich militärische Angriffe gegen die Besatzer anzuordnen.<sup>12</sup>

Maliki bemüht sich daher auch sehr, maximales Kapital aus Obamas Ankündigung zu schlagen, indem er sich selbst im Fernsehen als unbeugsamen Hüter irakischer Souveränität gegenüber dem Druck aus den USA präsentierte: „Dies ist ein gewaltiger Sieg und ein massiver Erfolg für den Irak und seine Diplomatie und seinen Willen und den Willen seiner patriotischen politischen Kräfte.“ Tatsächlich ist es vor allem aber ein Sieg der patriotischen Kräfte, die er zusammen mit den Besatzern seit Jahren mit massiver Repression und militärischer Gewalt bekämpfte. Die Resonanz auf Malikis Aufruf an die Iraker, das Ereignis auf den Straßen zu feiern, blieb aus. Misstrauen gegenüber ihm und den US-Amerikanern recht bescheiden, so das Wall Street Journal. „Wir befürchten, dass es Geheimabkommen gibt, um die Amerikaner unter anderem Etikett, wie Berater, Sicherheitsleute oder Ausbilder bleiben zu lassen,“ erklärte dies Mushreq Naji, ein Abgeordneter der Sadr-Bewegung, die mit 40 Sitzen im Parlament und 6 Ministern im Kabinett vertreten ist.<sup>13</sup> Tatsächlich war Washington realistisch genug, die Möglichkeit des Scheiterns einer Verlängerung des Stationierungsabkommens vorzusehen und hat parallel einen Plan B vorbereitet. Dieser besteht im Wesentlichen aus zwei Elementen: einmal der Verlegung eines Teils der Truppen aus dem Irak in die verbündeten arabischen Golfstaaten und zum anderen aus dem Aufbau eines umfangreichen Kontingents ziviler Besatzungskräfte unter Führung der Botschaft in Bagdad.

## Truppenverlagerung in benachbarte Golfstaaten

Das Erste war schon immer eine Option, auch ohne den Krieg. Die USA haben ohnehin bereits über 40.000 Soldaten außerhalb des Iraks am Golf stationiert, 23.000 US-Soldaten allein in Kuwait. Diese waren bisher vor allem für die Logistik des Irakkrieges zuständig, dienten wohl aber auch als Einsatzreserve. Nun sollen offizielle Kampftruppen dazukommen, die meisten wiederum in Kuwait. Der gesamte Umfang wird noch verhandelt, eine erste Kampfbrigade mit 4.000 Mann wurde aber bereits verlegt.<sup>14</sup>

Für den Einsatz von Drohnen, deren Umfang auch im Irak unter Obama stark anstieg, werden zudem auch Basen in der Türkei genutzt.<sup>15</sup> Die USA und Großbritannien haben außerdem schon begonnen, zusätzliche Kriegsschiffe in den Persischen Golf zu ver-

legen. Auch wenn die Flugzeuge zukünftig nicht mehr von Basen im Irak starten können, so wird der Luftraum auf absehbare Zeit unter Kontrolle der US-Luftwaffe bleiben. In welcher Form sie auch in Kämpfe am Boden eingreifen werden, bleibt abzuwarten. An der Nutzung des irakischen Luftraums für mögliche Angriffe auf Syrien und Iran kann sie niemand hindern. Die militärische Präsenz der USA in der Region wird sich somit nicht stark verringern. Praktiziert wird einmal mehr imperiale Politik in Reinkultur. In den Worten von Außenministerin Hillary Clinton: „Wir werden eine robuste, andauernde Präsenz in der gesamten Region haben, die zeigt, dass wir weiterhin unseren Verpflichtungen gegenüber dem Irak und die Zukunft der Region nachkommen, ... die von *auswärtiger Einmischung* freigehalten werden soll.“<sup>16</sup>

Ein voller Ersatz für Truppen im Irak ist dies dennoch nicht, da die Basen im Land wesentlich besser ausgebaut sind und die US-Truppen dort eine Handlungsfreiheit hatten, die ihnen die Golfstaaten selbstverständlich nicht gewähren. Dafür soll die militärische Zusammenarbeit mit den Golfmonarchien nun noch enger werden. Eine engere Kooperation wurde bereits seit Beginn des Jahres erkennbar, sowohl im abgestimmten Vorgehen gegen den „arabischen Frühling“ als auch beim gemeinsamen Krieg gegen Libyen und der aktuellen Eskalationsstrategie gegen Syrien. Der Golfkooperationsrat, angeführt von Saudi Arabien und Katar, übernimmt dabei zunehmend die Rolle der Vorhut.

In den USA plant man nun eine neue „Sicherheitsarchitektur“ am Persischen Golf, die u.a. eine integrierte „Luft- und Seeverteidigung“ beinhaltet. D.h. die Feudalstaaten sollen noch mehr US- und NATO-kompatibles Kriegsgerät bekommen – siehe die geplante Lieferung von 200 Leopard-Panzern an Saudi-Arabien – und direkt in die westlichen militärischen Strukturen eingebunden werden. Es sei „noch nicht so weit, dass morgen bereits eine Art NATO am Golf“ entstehe, so Vertreter der US-Regierung nach der Ankündigung des Truppenabzugs aus dem Irak, die Vorstellungen würden sich jedoch in eine solche Richtung bewegen.<sup>17</sup>

Die Pläne richten sich natürlich in erster Linie gegen den Iran, sowie auch Syrien. Die Kompensation des Truppenabzugs aus dem Irak geht somit einher mit der Vorbereitung auf einen noch umfassenderen Krieg in der Region. Daneben dient die stärkere Kooperation sicherlich auch der Stabilisierung der Monarchien und der Eindämmung der die bisherige Ordnung gefährdenden arabischen Demokratiebewegung.

### Stationierung regulärer Truppen nicht vom Tisch

Unabhängig davon gehen die Bemühungen um eine langfristige Stationierung von Truppen im Irak weiter. Sobald die US-Trup-

pen das Land verlassen haben, so US-Verteidigungsminister Leon Panetta vor dem Senat, werden Verhandlungen darüber aufgenommen, wie viele zurückkehren werden.<sup>18</sup> Maliki wird bereits im Dezember zu neuen Gesprächen nach Washington reisen.<sup>19</sup>

Der wichtigste Ansatzpunkt ist ein zweites, langfristiges Abkommen, das die Bush-Administration mit der Maliki-Regierung parallel zum Stationierungsabkommen abschloss, das sogenannte „Strategische Rahmenabkommen“. Dieses enthält viele allgemeine Vereinbarungen über eine künftige militärische Zusammenarbeit. Wenn es mit Leben gefüllt werden soll, so komme die irakische Führung gar nicht um die Einladung an US-Truppen herum, so die Hoffnung in Washington. General James Mattis, der Chef des für den Irak zuständigen Oberkommandos CENTCOM, wird im Januar nach Bagdad reisen, um im Rahmen einen Hohen Koordinationsrates, der mit dem „Strategischen Rahmenabkommen“ geschaffen wurde, über weitere militärische Aktivitäten der USA im Irak und natürlich auch über „neue Truppenvereinbarungen“ verhandeln werde. Daneben gibt es auch Pläne, diverse Einheiten in die Kurdisch-Autonome Region zu verlegen. Schließlich bietet eventuell auch die NATO, die aktuell 160 Soldaten im Irak hat, Möglichkeiten durch die Ausweitung ihrer Mission einige hundert GIs in den Irak zu bringen.<sup>20</sup>

### Zivil-Besatzer

So oder so wird es auch weiterhin eine militärische Präsenz geben, beruhigten Pentagon-Chef Leon Panetta und Generalstabschef Martin Dempsey den Streitkräfteausschuss des US-Senats. Das „Büro für Sicherheitszusammenarbeit“ (Office of Security Cooperation, OSC<sup>21</sup>) das der US-Botschaft in Bagdad untersteht, wird weiterhin einige Hundert Militärs im Einsatz haben, und eine noch größere Zahl von US-amerikanischen Söldnern, die mit den irakischen Sicherheitskräften zusammenarbeiten werden. Ihr Aufgabenbereich wird, soviel wurde schon verraten, weit umfassender sein als nur die übliche Ausbildung an den Waffensystemen, die der Irak für 8 Milliarden Dollar in den USA eingekauft hat. Sie werden von der Botschaft und zehn Militärstützpunkten aus arbeiten, nicht nur als Ausbilder, sondern auch als Instruktoren auf „institutioneller Ebene“, d.h. in Armeestäben und Polizeihauptquartieren, selbst operative militärische Funktionen zählen zu ihrem Aufgabengebiet, was auch immer dies genau einschließt.<sup>22</sup>

Das ist längst nicht alles: Sukzessive wurden seit einem Jahr Besatzungs-Aufgaben vom US-Oberkommando im Irak an die Botschaft übertragen. Die ohnehin schon riesige Botschaftsfestung, die bereits 21 Hochhauskomplexe umfasst, wird dafür verdoppelt und bald über 16.000 Zivilangestellte beherbergen.



*Iraqi special operations Forces bei einer Übung nahe Bagdad im April 2011.  
Quelle: U.S. Air Force photo by Tech. Sgt. Randy Click.*

Einen guten Teil davon wird, wie Panetta vor dem Senat andeutete, die CIA stellen. Daneben wurden auch noch vier Außenstellen der Botschaft in Basra, Erbil, Mosul und Kirkuk für 1,5 Mrd. Dollar festungsartig zu regelrechten Trutzburgen im Feindesland ausgebaut.<sup>23</sup>

Die Zahl der bewaffneten US-Söldner, die der Botschaft unterstehen, stieg bereits auf mindestens 5.500 und wird wohl noch anwachsen. Auch sie sind überwiegend ehemalige Soldaten, zu deren Ausrüstung u.a. fünfzig gepanzerte Militärfahrzeuge und 24 Blackhawk-Kampfhubschrauber angeschafft wurden.<sup>24</sup> Zu den militärischen Funktionen, die nun „zivile“ Besatzungskräfte übernehmen, zählen neben Einsätzen zur Rettung angegriffener US-Amerikaner oder der Sicherung von Konvois auch der Betrieb eines „taktischen Operationszentrums“, das den Einsatz bewaffneter Eingreiftruppen steuern soll.<sup>25</sup>

Dazu könnten auch die US-amerikanischen Spezialeinheiten zählen. Von den verdeckt operierenden knapp 5.000 Elitesoldaten war in den Abzugsplänen nie die Rede.<sup>26</sup> Zumindest ein Teil von ihnen wird vermutlich weiterhin geheime Operationen im Land durchführen, darunter auch gezielte Tötungen oder Entführungen von Gegnern. Um verdeckt operieren zu können, benötigen sie Unterstützung von offenen Strukturen im Land. Dies kann jedoch sehr gut die Botschaft übernehmen, wie in den meisten anderen Ländern auch, in denen solche Einheiten im Einsatz sind. Wie die Washington Post erfuhr, ist die Anzahl an Ländern, in denen US-Spezialeinheiten operieren, unter Obama auf 75 angewachsen.<sup>27</sup>

### Aus Irakern zusammengesetzte Geheimtruppe der US-Armee

Eng verzahnt mit den im Land operierenden US-Geheimtruppen der Green Berets, Rangers und Navy SEALs sind die irakischen Sondereinheiten, die sie aufgebaut haben. Diese sind wesentlich fester an das US-Militär gebunden als reguläre Truppen, in die die US-Kommandeure wenig Vertrauen haben. Als schlagkräftigste gelten die von Green Berets aufgestellten gut 4.500 Mann starken Iraq Special Operations Forces (ISOF), die direkt Maliki unterstellt sind und vermutlich immer noch von Green Berets „beraten“ werden. Sie gelten als Traum eines jeden US-Kommandeurs: eine geheime, tödliche, mit modernster US-Waffentechnologie ausgerüstete Spezialbrigade, die auf Jahre hinaus unter US-Kommando operiert und keiner anderen Instanz gegenüber Rechenschaft ablegen muss. Die Einheiten tragen amerikanisch aussehende Uniformen und modernste US-Waffen und sind letztlich eine aus Irakern zusammengesetzte Geheimtruppe der US-Armee. Innerhalb der kommenden Jahre soll ihre personelle Stärke noch verdoppelt werden.<sup>28</sup> Sie waren wohl gemeint, als General Dempsey in der erwähnten Senatsanhörung davon sprach, dass das OSC-Personal „auch Partner der 4.500 Mann starken irakischen Spezialeinheiten sein werde“ und teilweise aus deren „Counterterrorism Headquarters“ heraus operieren werde.<sup>29</sup>

Die Ankündigung des Abzugs bedeute daher nur, so der demokratische Abgeordnete Dennis Kucinich, einer der wenigen echten Kriegsgegner im Kongress, „dass wir eine US-Besatzung durch eine andere ersetzen werden.“ Die Präsenz schwer bewaffneter US-amerikanischer Söldner stelle weiterhin ein Problem dar und werde „weiterhin Instabilität und Gewalt im Irak und der Region anfachen“, so Kucinich weiter. „Wir müssen nun wirklich rausgehen, nicht einfach Uniformen und Personal austauschen.“<sup>30</sup>

### Anmerkungen

- 1 siehe Joachim Guillard, Irak: Magere Beute, Wissenschaft & Frieden 2011-2
- 2 Tom Engelhardt, This Is What Defeat Looks Like, Antiwar.com, 9.11.2011
- 3 Remarks by the President on Ending the War in Iraq, White House, Office of the Press Secretary, 21.10.2011
- 4 Siehe Irak: Besatzungsende nicht in Sicht, IMI-Analyse 2008/041 - in: AUSDRUCK (Dezember 2008)
- 5 Maliki Takes Hard Line on American Withdrawal, Wall Street Journal, 23.11.2011
- 6 McCain clashes with Panetta over U.S. troop withdrawal from Iraq, CNN, 15.11.2011
- 7 U.S. Troops to Leave Iraq by Year's End, Obama Says, The New York Times, 21.10.11 (deutsche Übersetzung in Luftpost 191/11)
- 8 Troops to Exit Iraq by Year-End -- Move by Obama Brings Nearly Nine-Year War to a Close After Baghdad Refuses Key U.S. Demand, Wall Street Journal, 22.10.2011
- 9 Abzug aus Irak -- Obama beendet den „dummen Krieg“, Spiegel, 22.10.2011
- 10 Mitt Romney blasts Obama's decision to withdraw all U.S. troops from Iraq, LA Times, 21.10.2011
- 11 Max Boot, Obama's Tragic Iraq Withdrawal, WSJ, 31.10.2011
- 12 Muktada al-Sadr droht den USA, Der Standard 9.4.2011
- 13 Maliki Takes Hard Line on American Withdrawal, Wall Street Journal, 23.11.2011
- 14 US brigade in Iraq likely heading to Kuwait, Associated Press, 2.11.2011
- 15 US shifts predator drones from Iraq to Turkey: Pentagon, AFP, 15.11.2011
- 16 What "withdrawal" means for an empire, Salon.com 31.10.2011. Hervorhebung JG.
- 17 U.S. Planning Troop Buildup in Gulf After Exit From Iraq, NYT, 29.10.2011, dt. Luftpost LP 198/11 – 03.11.11
- 18 Troops to Exit Iraq by Year-End, Wall Street Journal, 22.10.2011
- 19 Patrick Martin, Obama announces US troop withdrawal from Iraq, WSWS, 24.10.2011
- 20 NATO Trains Iraqi Officers At Battle Staff Training School, NATO Training Mission-Iraq, 3.11.2011
- 21 OSCs unterstehen dem Botschafter. Auch wenn sie Uniform tragen, gelten die Mitglieder als Diplomaten. Sie sind auch in anderen Ländern für die militärische Zusammenarbeit mit dem Gastland, für Waffenlieferungen etc. zuständig. Siehe Loose Ends: Iraq's Security Forces between U.S. Drawdown and Withdrawal, Internat. Crisis Group, Middle East Report N°99, 26.10.2010
- 22 Iraqi military to get around 700 US trainers: officials, Daily Star, 23.11.2011
- 23 Civilians to Take U.S. Lead as Military Leaves Iraq, NYT, August 18, 2010
- 24 State Dept. planning to field a small army in Iraq, McClatchy Newspapers, 21.7.2010
- 25 Jeremy Scahill, Iraq Withdrawal? Obama and Clinton Expanding US Paramilitary Force in Iraq, The Nation, 22.7.2010, Spencer Ackerman, U.S. Hiring Mercenary Air Force for Iraq Rescues, WIRED, 14.11.2011
- 26 Last US combat brigade exits Iraq, BBC 19.08.2010
- 27 U.S. 'secret war' expands globally as Special Operations forces take larger role, Washington Post, 4.6.2010
- 28 Shane Bauer, Die schmutzige Brigade von Bagdad, Le Monde diplomatique, 10.7.2009
- 29 Walter Pincus, U.S.military presence will continue in Iraq, Washington Post, 22.11.2011
- 30 Dennis Kucinich, Statement on the Announcement to Bring Our Troops Home from Iraq, 24.10.2011



# Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik

## Europas neoliberale Offensive an der südlichen Peripherie

von Sabine Lösing und Jürgen Wagner

Anfangs wurden die revolutionären Umbrüche im arabischen Raum zumindest in einigen europäischen Ländern vorrangig als Bedrohung wahrgenommen – schließlich war man mit den autoritären Machthabern in der Region bis dato relativ gut zu Rande gekommen. Schnell wurde aber aus der Not eine Tugend gemacht und überlegt, wie aus der veränderten Situation (buchstäblich) Kapital geschlagen werden könnte.

Wie und von wem dies bewerkstelligt werden soll, erläutert Anton Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA): „Eine entscheidende Rolle kommt bei alledem der Europäischen Union zu. Europa hat seine Politik mit der Region allzu lange einseitig auf die Vermeidung von Flüchtlingsströmen oder die Sicherstellung von Rohstoffquellen gerichtet. Jetzt muss in den Handels- und Investitionsbeziehungen ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Ziel muss es sein, eine echte Liberalisierung von Handel und Investitionen zwischen der EU und dem südlichen Mittelmeerraum zu erreichen und Maßnahmen zu ergreifen, um nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen und Unternehmen mit konkreten Informationen über Handels- und Investitionsmöglichkeiten in der gesamten Region zu versorgen.“<sup>1</sup>

Zur zielstrebigsten Umsetzung genau dieser Agenda wurde wenige Wochen nach Ausbruch der Proteste die Neufassung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) verabschiedet.<sup>2</sup> Sie zielt auf die Ausweitung der europäischen Einflussphäre, wobei ein besonderes Augenmerk darauf gelegt wird, die angrenzenden Länder zur Übernahme neoliberaler Reformen zu »ermutigen«, um so den (west-)europäischen Konzernen neue Absatzgebiete und Investitionsfelder zu erschließen.

### Expansion ohne Erweiterung

Gerade in Zeiten, in denen die Europäische Union durch neue machtpolitische Herausforderer wie China verstärkt unter Druck gerät, stellt die kontinuierliche Erweiterung der eigenen Einflussphäre aus Sicht der EU-Eliten eine notwendige Bedingung dar, um im Ringen der Großmächte bestehen zu können. Der Traum von der Weltmacht Europa wäre, so die Sorge, ohne eine weitere Expansion schnell ausgeträumt: „Eine Reihe von Berichten der Europäischen Kommission und Analysen von EU-Wissenschaftlern argumentieren, dass eine fortgesetzte Erweiterung notwendig ist, will die EU ökonomisch und politisch in der Lage sein, mit anderen globalen Akteuren zu konkurrieren“.<sup>3</sup>

Hierfür wurden in zwei großen Erweiterungsrounds 2004 und 2007 neue Staaten in die Union aufgenommen, die damit von 15 auf 27 Staaten anwuchs. Aus diversen Gründen, insbesondere, weil die Aufnahme weiterer Länder die in den letzten Jahren in die Wege geleitete Machtverschiebung zugunsten der EU-Großmächte gefährden würde, steht vorerst eine weitere Expansion durch neue Mitgliedsländer nicht mehr zur Debatte.<sup>4</sup> Neue Wege mussten gesucht und gefunden werden: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Inter-



esse der EU sein konnte.“<sup>5</sup> Das Ergebnis dieser Überlegungen ist die Europäische Nachbarschaftspolitik, deren Ziel bündig auf die Formel „Expansion ohne Erweiterung“ zusammengefasst werden kann.

### Imperial und neoliberal

Bereits im November 2002 wurden die Arbeiten an einem neuen Expansionskonzept aufgenommen. Dies führte schließlich zur Veröffentlichung des Papiers „Größeres Europa“ der EU-Kommission im März 2003, dessen deklaratorisches Ziel darin bestand, um die Europäische Union einen „Ring befreundeter Staaten“ zu schaffen.<sup>6</sup> Das Papier steckte erstmals den Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ab, die ein Jahr später auch offiziell so benannt wurde und sich gegenwärtig auf 16 Staaten erstreckt. Aus oben genannten Gründen war man nicht bereit, den ENP-Staaten eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen. Im Papier „Größeres Europa“ heißt es hierzu: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“ Dennoch – oder gerade deswegen – war die ENP „revolutionär“, denn mit ihr untermauerte die Europäische Union ihr „Bestreben, ein Machtblock außerhalb ihrer Grenzen zu sein bzw. zu werden, ein Global Player“.<sup>7</sup>

Vorrangiges Ziel der ENP ist die Schaffung einer „Grosseuropäischen Wirtschaftszone“, indem die angrenzenden Länder mit zahlreichen Maßnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen und zur Übernahme des EU-Rechtsbestands (acquis communautaire) »ermutigt« werden.<sup>8</sup> Der neoliberale Umbau erfolgt in Form von Aktionsplänen, die von Brüssel einseitig diktiert werden. Erst wenn die Europäische Union zu dem Ergebnis gelangt, dass diese Vorgaben zufriedenstellend implementiert wurden, erfolgt eine Belohnung in Form einer engeren wirtschaftlichen Integration. Die Mitspracherechte der Anrainerstaaten sind also vorsichtig formuliert begrenzt, weshalb zahlreiche Beobachter kritisch auf den imperialen Charakter der Nachbarschaftspolitik hingewiesen haben.<sup>9</sup> Andere, wie etwa der ehemalige Kommentarchef der Welt am Sonntag, Alan Posener, kommen zwar zu demselben Ergebnis, sehen dies jedoch als eine „naturegegebene“ Folge der aus ihrer Sicht erforderlichen EU-Expansionspolitik: „Auf die Feinheiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik kommt es hier nicht an, sondern auf die Feststellung, dass Europa, von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt, bereits eine imperiale Politik des „Größeren Europa“ betreibt; und dass es dabei das typische Merkmal aller Imperien entwickelt, nämlich eine Asymmetrie und ein Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie.“<sup>10</sup>

### Revolutionsbedingte Generalüberholung

Natürlich wurde im Zuge der Nachbarschaftspolitik durchaus erfolgreich auch gegenüber den Staaten der südlichen Peripherie auf die Übernahme neoliberaler Reformen gedrängt. Allerdings bestand das Hauptinteresse darin, diese Länder in die brutale



EU-Abschottungspolitik gegen Migranten einzubinden.<sup>11</sup> Offenbar sollen die jüngsten Umbrüche im arabischen Raum nun die Möglichkeit eröffnen, auch in dieser Region die wirtschaftsliberale Agenda stärker in den Vordergrund zu rücken. Hierfür veröffentlichte die Europäische Kommission am 8. März 2011 schon sechs Wochen nach Ausbruch der Proteste die Mitteilung „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ (KOM (2011) 200), die am 25. Mai weitgehend in die Neufassung der Europäischen Nachbarschaftspolitik eingearbeitet wurde, die den Titel „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ trägt (KOM (2011) 303).<sup>12</sup>

Zwar ist in beiden Dokumenten viel die Rede von Demokratieförderung und sozialer Gerechtigkeit, mit beeindruckender Offenheit wird aber dennoch eingeräumt, was der Schwerpunkt der Nachbarschaftspolitik war und ist: „Seit ihrer Einführung im Jahr 2004 dient die ENP als Rahmen für die Förderung einer Vielzahl wichtiger Initiativen - vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Handel [...]“. (KOM (2011) 303: S. 1) Aus diesem Grund zielt man insbesondere auf den „schrittweisen Abbau von Handelshemmnissen und die Angleichung von Rechtsvorschriften in für den Handel relevanten Bereichen ab“. (KOM (2011) 303, S. 10) Sicherheitspolitischen Fragen (insbesondere der Migrationsabwehr) komme zwar weiter eine hohe Bedeutung zu, die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse aber nun gezielter vorangetrieben werden. „Als gemeinsames mittel- bis langfristiges Ziel wurde in den Gesprächen mit den südlichen Mittelmeerpartnern auf regionaler und bilateraler Ebene der Abschluss tiefgreifender und umfassender Freihandelsabkommen vereinbart [...] Die Abkommen sollten über die Abschaffung von Zöllen hinausgehen und schrittweise eine engere Integration zwischen den Volkswirtschaften der südlichen Mittelmeerpartnern [sic!] und dem EU-Binnenmarkt fördern u.a. durch Maßnahmen wie Angleichungen im Regulierungsbereich. Besonderer Vorrang sollte Bereichen wie Wettbewerbspolitik, öffentliches Auftragswesen, Schutz von Investitionen und tier- und pflanzengesundheitlichen Maßnahmen eingeräumt werden.“ (KOM (2011) 200, S. 10)

Angesichts dieser ambitionierten Agenda drängt sich allerdings folgende Frage auf: Weshalb sollten die südlichen Anrainer gewillt sein, diesen Vorgaben Folge zu leisten, zumal auch in der ENP-Neufassung keinerlei Beitrittsperspektive eröffnet wird, die das wichtigste „Lockmittel“ für die Umsetzung derart weitreichender Eingriffe wäre? Untersuchungen zeigen, dass die Einführung des *acquis communautaire* für wirtschaftlich schwache Länder mit extremen Kosten verbunden ist. Verschärft wird dies zusätzlich dadurch, dass die Europäische Union in den Verhandlungen wenig Bereitschaft an den Tag legt, über den Abbau von Handelshemmnissen in Bereichen zu diskutieren, in denen die ENP-Staaten wettbewerbsfähig wären (etwa im Agrarsektor). Schon die seit 2006 im Rahmen der ENP-Aktionspläne erfolgten Liberalisierungsmaßnahmen haben sich deshalb extrem zuungunsten der südlichen Länder ausgewirkt: Ihr jährliches Handelsbilanzdefizit mit der EU stieg sprunghaft von 530 Mio. Euro (2006) auf 20,4 Mrd. Euro (2010).<sup>13</sup> Die nun ins Auge gefassten weitergehenden Liberalisierungsmaßnahmen würden diesen bedenklichen Trend zusätzlich verschärfen, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass sich in den Ländern des südlichen Nachbarschaftsraums zunehmender Widerstand gegen die wirtschaftsliberale EU-Agenda regt.<sup>14</sup>

Anstatt aber, wie teils vorgeschlagen wurde, einseitig den südlichen (und östlichen) Anrainern Zugang zum Binnenmarkt zu gewähren und so ihre wirtschaftlichen Perspektiven massiv zu

verbessern,<sup>15</sup> versucht die Europäische Union mit einer Art Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik die aus ihrer Sicht wünschenswerten Ergebnisse zu erzielen.

## Neoliberalismus mit Zuckerbrot und Peitsche

Die Neufassung der Nachbarschaftsstrategie sieht zunächst einmal eine Aufstockung der Mittel zur Umsetzung der Aktionspläne vor: Von 2011 bis 2013 stehen nun zusätzlich zu den bislang vorgesehenen 5,7 Mrd. Euro weitere 1,24 Mrd. Euro zur Verfügung. Außerdem wurden die Kreditmittel der Europäischen Investitionsbank von sechs auf sieben Mrd. Euro erhöht.

Im Zuge eines „leistungsbezogenen Ansatzes“ sollen diese Gelder künftig aber deutlich stärker nach dem Prinzip von Belohnung und Bestrafung vergeben werden: „Es handelt sich um einen leistungsbezogenen Ansatz (‘more for more’), der Anreize geben und motivieren soll: Länder, die ihre Reformen schneller und weiter vorantreiben, können mit mehr Hilfe von der EU rechnen, während Länder, die die vereinbarten Reformen verzögern oder von ihnen abweichen, eine Neuzuweisung der Mittel oder deren Verlagerung auf andere Schwerpunktbereiche befürchten müssten.“ (KOM (2011) 200, S. 5)

Insbesondere die Bestrafung ungewünschter Verhaltensweisen (negative Konditionalität) wird deutlich stärker als in den Vorgängerdokumenten betont, wenn etwa von der „Verhängung gezielter Sanktion“ (KOM (2011) 303: S. 3) die Rede ist. Beobachter werten das als klaren Verweis auf die Absicht, künftig die Daumenschrauben weit stärker anziehen zu wollen.<sup>16</sup> Zusammenfassend lässt sich die neue ENP-Strategie also folgendermaßen beschreiben: „Nur wer mehr Reformen durchzieht, kriegt auch Geld (‘more for more’), und wer keine Fortschritte macht, dem wird der Hahn zugedreht (‘less for less’) heißen die Zauberformeln.“<sup>17</sup>

## Fazit: Ein »Ring zorniger Staaten«?

Das vorgelegte Programm sei hochprofitabel – und zwar für beide Seiten, so das Märchen der Europäischen Union: „Unsere Nachbarschaft bietet große Chancen für Integration und Zusammenarbeit, die für beide Seiten von Vorteil sind, zum Beispiel eine zahlenmäßig große und gut qualifizierte Erwerbsbevölkerung, beträchtliche noch unerschlossene Märkte und ‚Win-Win-Lösungen‘ im Bereich Energiesicherheit.“ (KOM (2011) 303, S. 25) Selbstredend wird dabei betont, das Bestreben zur „Erschließung neuer Märkte“ bedeute keineswegs, den südlichen Anrainern ein bestimmtes Wirtschaftsmodell überstülpen zu wollen: „Die Geschehnisse in den südlichen Nachbarländern sind von historischer Tragweite. [...] Die EU darf nicht einfach nur zuschauen. [...] Jedes Land und jedes Volk wird natürlich seinen eigenen Weg wählen und seine eigenen Entscheidungen treffen. Es ist ihr Recht, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und es ist nicht an uns, ihnen Lösungen vorzuschreiben.“ (KOM (2011) 200: S. 15)

Solche Aussagen stehen jedoch in krassem Gegensatz zur Alternativlosigkeit, mit der versucht wird, die neoliberale Agenda durchzusetzen. Sie stehen auch im Widerspruch zu dem erklärten Ziel, zu sozialer Gerechtigkeit im Nachbarschaftsraum beitragen zu wollen. Von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit reden und zugleich in imperialer Art und Weise Neoliberalismus aus-schenken, auf diese Weise macht man sich keine »Freunde«, auch wenn dies einmal das vorgebliche Ziel der Nachbarschaftspolitik war: „Im Vorfeld festgelegte Politiken müssen akzeptiert werden und vorab definierte europäische Werte werden gegenüber den

lokalen Werten der Nachbarn als überlegen erachtet. [...] Paradoxerweise riskiert die ENP, die ins Leben gerufen wurde, um gut gesinnte Nachbarn zu schaffen, das zu produzieren, was sie verhindern will: zornige Nachbarn.“<sup>18</sup>

### Anmerkungen

- 1 Anton F. Börner: Nordafrika und Nahost: Aufgabe und Chance für die deutsche Wirtschaft, Rede am 09.03.2011.
- 2 Gemeinsame Mitteilung der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission: Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel, den 25.5.2011 KOM (2011) 303.
- 3 Brian Yesilanda et.al.: Competing Among Giants: A Look at How Future Enlargement of the European Union Could Affect Global Power Transition. In: International Studies Review, volume 8, issue 4, December 2006, S. 607-622, hier S. 620.
- 4 Vgl. Jürgen Wagner: Brüssel, das neue Rom? Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa. Informationsstelle Militarisierung (IMI), Studien zur Militarisierung EUropas 36/2008.
- 5 Georg Vobruba: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas. In: Osteuropa 2-3/2007.
- 6 Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern. Brüssel, den 11.3.2003, KOM (2003) 104.
- 7 Henk van Houtum/Freerk Boedeltje: Questioning the EU's Neighbourhood Geo-Politics. In: Geopolitics, Volume 16, Issue 1 (2011), S. 121-129, S. 121f.
- 8 Vgl. Martin Brand: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt? In: Utopie kreativ, H. 217 (November 2008), S. 988-1006.
- 9 Vgl. etwa Christopher S. Browning/Pertti Joenniemi: Geostrategies

of the European Neighbourhood Policy. In: European Journal of International Relations, Vol.14, No. 3 (September 2008), S. 519-551.

- 10 Alan Posener: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss. München: Pantheon. 2007, S. 101.
- 11 „Die Sicht der Europäischen Union auf den südlichen Mittelmeerraum war im letzten Jahrzehnt jedoch stark auf sicherheitsrelevante Fragen fokussiert.“ (Christian-Peter Hanelt/Almut Möller: Was kann die EU für Nordafrika tun? Bertelsmann-Stiftung, spotlight europe, 2011/01 – Februar 2011, S. 3).
- 12 Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand, Brüssel, den 08.03.2011, KOM (2011) 200. Gemeinsame Mitteilung der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission: Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel, den 25.5.2011 KOM (2011) 303.
- 13 Vincenzo Scarpetta/Pawel Swidlicki: The EU and the Mediterranean: good neighbours? In: open Europe, Mai 2011, S. 16.
- 14 Herausforderung Liberalisierung. German-Foreign-Policy.com, 25.08.2011.
- 15 Vgl. Nathalie Tocci: State (un)Sustainability in the Southern Mediterranean and Scenarios to 2030: The EU's Response. Mediterranean Prospects project, MEDPRO Policy Paper No. 1/August 2011, S. 10.
- 16 Ibid.
- 17 Jan Techau: Zähne für den Tiger. Bevor die neue Nachbarschaftspolitik wirken kann, muss die EU ihre Hausaufgaben machen. In: Internationale Politik Juli/August 2011, S. 126-127, hier S. 126.
- 18 Henk van Houtum/Freerk Boedeltje: Brussels is Speaking: The Adverse Speech Geo-Politics of the European Union Towards its Neighbours. In: Geopolitics, Volume 16, Issue 1 (2011), S. 130-145, hier S. 131.

## Europäische „Experten“ in Libyen

Unmittelbar nachdem bekannt wurde, dass Muammar al-Gaddafi unter bis heute nicht geklärten Umständen getötet wurden, drückten Regierungvertreter der NATO-Staaten in mehreren Pressemitteilungen hierüber ihre unverholene Freude aus. Für die EU ergriffen zunächst EU-Präsident van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso in einer gemeinsamen Stellungnahme das Wort, in der sie feststellten, dass der Tod Gaddafis es Libyen „ermöglicht, ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufzuschlagen und einer neuen, demokratischen Zukunft“ entgegenzublicken. Auch eine von der EU-Außenbeauftragten kurz danach veröffentlichte Pressemitteilung geht davon aus, dass „sein [Gaddafis] Tod eine tragische Periode im Leben so vieler Libyer zum Abschluss bringt“. ([http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/foraff/125455.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/125455.pdf)).

Interessanter ist jedoch der Anhang der Pressemitteilung. In ihm sind die Unterstützungsleistungen aufgelistet, welche die EU dem Nationalen Übergangsrat geleistet hätte. So hätte sie u.a. „humanitäre Hilfe“ in Höhe von 156 Mio.

Euro geleistet und „Zivilschutz“-Einheiten sowohl nach Libyen als auch in die Nachbarstaaten entsandt. Experten der EU aus den Bereichen Kommunikation, Zivilgesellschaft, Beschaffung, Grenzmanagement und Sicherheit befänden sich darüber hinaus bereits im Land. Dabei handelt es sich um Bereiche, die in (Bürger-)Kriegssituationen von der Kriegführung nicht zu trennen sind und traditionell auch von militärischen Einheiten bearbeitet werden. Außerdem sei bereits am 10. September eine EU-Mission im Land, „um in enger Zusammenarbeit mit dem Übergangsrat eine Bedarfsermittlung und die Planung unmittelbarer Unterstützung vorzubereiten“. Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob nicht auch die EU gegen die UN-Resolution 1973 verstoßen hat, indem sie flankierend zu den NATO-Luftangriffen „Bodentruppen“ in Libyen stationierte. Einer juristischen Prüfung würde diese Gleichsetzung von „Beratern“, „Zivilschutzeinheiten“, „Experten“ und „Unterstützungsmaßnahmen“ mit „Bodentruppen“ vermutlich jedoch nicht standhalten. Dabei profitiert die Europäische Union gewissermaßen von

ihren institutionellen Beschränkungen, die es bislang verhindern, dass sie eigene militärische Kapazitäten entwickelt und stattdessen erzwingt, Tätigkeiten, die traditionell von Spezialeinheiten und Militäргеheimdiensten vollzogen werden, in „zivile“ „Berater-“ und „Expertenmissionen“ umzuwidmen – an denen dann durchaus auch Militärs aus den Mitgliedsstaaten beteiligt sein dürfen.

Obwohl sich Ashton in ihrer Pressemitteilung für eine „demokratische Zukunft für das Land mit vollem Respekt für die Menschenrechte“ ausspricht, stellt sie jedoch gleich im Anhang 25 Mio. Euro „für den unmittelbaren Stabilisierungsbedarf, darunter auch die Wiederaufnahme der Programme im Bereich der Migration, die mit Beginn des Konfliktes eingestellt wurden“, in Aussicht. In der Zusammenarbeit mit Libyen bei der Vorverlagerung der Flüchtlingsabwehr wird also offensichtlich auf Kontinuität gesetzt. Damit entlarvt sich auch die Europäische Vorstellung einer „demokratischen Zukunft“ und des „Respekts für die Menschenrechte“ in Libyen.

*Christoph Marischka*

# Umbrüche und erhöhte Interventionsbereitschaft

## Bericht zum 14. Kongress der Informationsstelle Militarisierung „Wendezeiten: Weltpolitische Umbrüche – Chance oder Gefahr?“

Am Wochenende des 5. und 6. November 2011 fand der mittlerweile 14. Kongress der Informationsstelle Militarisierung statt. Der diesjährige Kongress war mit über 120 Teilnehmern bei einzelnen Vorträgen und insgesamt mehr als 150 Interessierten aus dem ganzen Bundesgebiet sowie Teilnehmenden aus Belgien, den Niederlanden und Frankreich sehr gut besucht.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung standen die zahlreichen gravierenden Umbrüche der letzten Jahre und die Frage, inwieweit sich durch sie Chancen für eine friedlichere und sozialere Welt eröffnen oder ob sie nicht auch die Gefahr einer weiteren Militarisierung und sich verschärfender Konflikte bergen. Diesem Spannungsverhältnis wurde in den einzelnen Beiträgen nachgegangen: Sie umfassten die Folgen der gegenwärtigen Machtverschiebungen im internationalen System, die Militarisierung der Weltmeere, die Revolutionen im arabischen Raum, die Auswirkungen der Interventionen im Irak und in Afghanistan, in Libyen und in der Elfenbeinküste, die Militarisierung der Vereinten Nationen sowie den Umbau der Bundeswehr. Dabei wurde deutlich, dass westlicherseits versucht wird, dem spürbaren Machtverlust durch einen verstärkten Rückgriff auf Gewalt und Militärinterventionen Einhalt zu gebieten. Deshalb wurden abschließend Perspektiven und Möglichkeiten der Friedens- und Antikriegsbewegung erörtert, wo die wichtigsten Ansätze liegen, dieser Entwicklung Widerstand entgegensetzen zu können.

### Gefahr sich verschärfender Großmachtkonfrontationen?

Den Auftakt am Samstag-Mittag mit dem Titel „Abstieg des Westens, NATO gegen BRIC(s)? Neue Konfrontationslinien oder neue Allianzen?“ bestritten IMI-Vorstand Jürgen Wagner (er übernahm den Part Erhard Cromes, der leider kurzfristig absagen musste) sowie Uli Cremer von der Grünen Friedensinitiative. Jürgen Wagner warnte davor, dass der Machtverlust der westlichen Staaten, vor allem gegenüber den so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), eine große Gefahr in sich berge, zu neuen Blockbildungen sowie sich verschärfenden Großmachtkonflikten zu führen. Anstatt diese Veränderungen als Ausgangspunkt für eine Neuordnung der internationalen Beziehungen auf Basis einer faireren Verteilung von Macht- und Einfluss zu nutzen, würden die westlichen Staaten zunehmend versuchen, ihre Vormachtstellung mit Gewalt zu erhalten. Die Verschärfung von Konflikten sei leider die logische Konsequenz dieser Bestrebungen. Hinzu kämen jedoch auch noch sich verstärkende innereuropäische Rivalitäten, so Wagner, die mit dem deutschen Anspruch auf die alleinige Führungsrolle in der Europäischen Union zusammenhängen. Die Frage neuer Blockbildungen werde demzufolge nicht unwesentlich davon mit beeinflusst, inwieweit sich diese europäischen Binnenkonflikte zuspitzen würden. „Dann hat die Europäische Union andere Probleme, als sich einer Auseinandersetzung mit den BRIC-Staaten zu widmen. Gelingt es allerdings, diese Differenzen irgendwie beizulegen, besteht eine große Gefahr sich verschärfender Großmachtkonfrontationen“, so Wagner.

Uli Cremer ging vor allem auf die Veränderung der westlichen Militärallianz ein, die in drei Phasen erfolgt sei. Die NATO 1.0 von 1949 bis 1990 sei zumindest auf dem Papier noch ein „klassisches“ Verteidigungsbündnis gewesen. NATO 2.0 sei geprägt vom Umbau in ein globales Interventionsbündnis. Diese Phase sei

mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien sowie der NATO-Beteiligung am Afghanistan-Krieg mehr oder minder abgeschlossen. Nun befinde sich die NATO 3.0 im Entstehen und richte sich darauf aus, dem machtpolitischen Abstieg der westlichen Staaten militärisch entgegenwirken zu können. Hierfür werde versucht, aus der NATO einen „Nordpakt“ zu machen, der nur bedingt gegen andere Großmächte, sondern vor allem gegen die Länder des globalen Südens gerichtet sei. Aus diesem Grund werde auch versucht, Russland in dieses Bündnis zu integrieren.

### Die Waffengattung der Globalisierung

Andreas Seifert, Vorstandsmitglied der IMI, arbeitete im zweiten Vortrag heraus, wie diese Großmachtkonflikte und Rivalitäten derzeit buchstäblich aufs Meer überschwappen würden. Unter dem Titel „Umkämpfte Meere“ wurde dabei zunächst auf die grundlegend gestiegene Bedeutung des Seeverkehrs eingegangen, weshalb dem „Schutz“ von Handelswegen von Seiten der Politik mittlerweile große Bedeutung beigemessen werde. „See, Seewege, Seemacht werden als Begriffe verknüpft mit Globalisierung - die Marine, so legt eine solche Assoziationskette nahe, ist die Waffengattung der Globalisierung“, so Seifert.

Vor allem Deutschland rüste die Seestreitkräfte mit dem Argument auf, nur so die Sicherheit der Handelswege garantieren zu können. Dabei werde eine „Abhängigkeit“ vom Export und der See vorgeschoben, um Kapazitäten für militärische „Lösungen“ zu schaffen. Um zu illustrieren, welche Überlegungen und Ziele dabei im Zentrum stünden, zitierte Seifert den Marine-Vizeadmiral Axel Schimpf: „Mit ‚Protect‘ ist die Bedeutung des Schutzes von Deutschland, unserer Bürger und deutscher Interessen in der Welt angesprochen, während mit dem Begriff ‚Project‘ die Fähigkeit zur Präsenz und der Beteiligung an streitkräftegemeinsamen, multinationalen Einsätzen weltweit hinterlegt ist.“ Doch auch in anderen Ländern werde der militärischen Seepresenz verstärkte Aufmerksamkeit gezollt. Dies betreffe viele Länder weltweit, wurde aber insbesondere anhand der asiatischen Staaten illustriert. Gerade dort verspüre man die gleiche „Abhängigkeit“ vom Seehandel und entwickle den gleichen Anspruch, die Seewege zu sichern. Asiens Anteil am globalen Seehandel steige stetig. Dort führten die Versuche, die jeweilige militärische Seepresenz auszubauen, zu einer regelrechten Aufrüstungsspirale und erhöhten damit die Gefahr regionaler Konflikte. Dies betreffe vor allem China, Indien und Japan. Damit nicht genug, würden vor allem die USA, aber auch die Europäische Union ihrerseits versuchen, ihre Präsenz in der Region zu vergrößern. Hierdurch würden bestehende Konflikte zusätzlich angeheizt.

Schließlich sei mit der Zunahme der Piraterie ein Phänomen entstanden, dessen Ursache vor allem in Armut und Perspektivlosigkeit zu suchen sei. Doch anstatt sich diesen Ursachen zu widmen, werde mehr und mehr der Versuch unternommen, militärisch für den Schutz von Handelsrouten zu sorgen. An Somalia werde deutlich, wie die Politik das Phänomen Piraterie instrumentalisieren, um weitere Aufrüstungen und geostrategische Konzepte zu rechtfertigen.



Foto: IMI.

### Das Korrektiv der Strasse

Claudia Haydt und Christoph Marischka diskutierten anschließend, ob die „Umbrüche in Nordafrika und auf der Arabischen Halbinsel“ Chancen der „Emanzipation oder ein neues imperialistisches Einfallstor“ eröffneten. Marischka bezeichnete dabei das Mittelmeer als „Brennpunkt des Nord-Süd-Verhältnisses“, das sich insbesondere in der Migration zwischen Afrika und Europa offenbare. Dieses Verhältnis werde durch ein komplexes Beziehungsgeflecht, die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie UNO und WTO, die Einbindung in Freihandelsregime, Finanzmärkte, Sicherheitsarchitekturen und Migrationsregime sowie die Unterwerfung unter Patentrechte, Standardisierungen etc. definiert, weshalb es einem einzelnen Staat kaum möglich wäre, aus diesem Geflecht auszubrechen oder dieses Verhältnis nennenswert zu verändern. In der Anfangsphase der Revolutionen hätte jedoch die Möglichkeit bestanden, dass durch die grenzüberschreitenden Proteste gleich mehrere Regierungen gestürzt würden und ein neuer Block entstehe, der auch aus dem antikolonialen Impetus, der den Revolutionen zunächst innewohnte, die Bedürfnisse seiner Bevölkerung über internationale Gepflogenheiten, Abhängigkeiten und Verpflichtungen stelle. Nicht zuletzt sei dies durch „zwei Formen der militärischen Intervention“ verhindert worden: „die bedingungslose Unterstützung des Westens für den Militärputsch in Ägypten und die NATO-Intervention in Libyen“. Nun habe es die EU in ihrer südlichen Nachbarschaft zumindest mit Tunesien, Libyen und Ägypten mit drei geschwächten Staaten zu tun, die von massiven Finanz- und Legitimationstransfers abhängig seien.

Als Reaktion auf die Veränderungen in Nordafrika sei die Europäische Nachbarschaftspolitik neu formuliert worden. „Während die alten strategischen Ziele und Grundsätze gültig bleiben, werden die Finanzhilfen nun nach dem Prinzip ‚more for more‘ unmittelbarer an konkrete Fortschritte – etwa im Bereich des Freihandels – geknüpft.“ Zugleich sei in Tunesien, Ägypten und Libyen bereits europäische und auch deutsche Unterstützung beim Aufbau neuer Sicherheitskräfte geplant, wobei insbesondere auch der Grenzschutz eine zentrale Rolle einnehme. Abschlie-

ßend beschrieb Marischka die massive Repression, mit der v.a. die säkularen Teile der Protestbewegung in Ägypten konfrontiert seien. Es gelte, sich mit den Opfern dieser Repression zu solidarisieren und so dazu beizutragen, sie vor weiteren Menschenrechtsverletzungen zu schützen, so Marischka abschließend.

Claudia Haydt forderte dazu auf, Abstand von einem neokolonialen Blick auf die Entwicklungen in Nordafrika und der arabischen Halbinsel zu nehmen. Allerdings versuche u.a. die Bundesregierung, in den Ländern, die sich erfolgreich ihrer Diktatoren entledigt haben, die zukünftigen Prozesse zu beeinflussen. Andererseits jedoch habe die Bundesregierung kein Interesse an Veränderungen in den repressiven Staaten, die sich als Bündnispartner bewährt hätten. Folglich unterstütze die Bundesregierung Regime wie etwa in Saudi-Arabien mit Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen für Polizei und Militär. Genau diese Unterstützung werde von Oppositionellen als problematisch bezeichnet.

Haydt warb auch dafür, auf eine Dämonisierung islamischer Parteien zu verzichten und sich dagegen auf die Auseinandersetzung um konkrete politische Inhalte zu konzentrieren. Interessant seien hierbei z.B. die Forderungen der meisten in Tunesien gewählten Parteien nach Neuverhandlung der Assoziierungsabkommen mit der EU, nach einer sozialeren Politik sowie deren antikolonialer Konsens gegenüber NATO-Machtansprüchen. Ob emanzipatorische Kräfte sich tatsächlich längerfristig durchsetzen können, hänge v.a. davon ab, wie sehr die Freiräume, die sich die Menschen erkämpft haben, nun wieder mit „Schützenhilfe“ der EU und Deutschlands eingeschränkt werden. Claudia Haydt war sich sicher, dass zumindest in Tunesien und abgeschwächt auch in Ägypten, die eigentliche politische Macht immer noch bei der Bevölkerung liege, die ihre Angst verloren habe. Dieses „Korrektiv der Straße“, könne von den jeweiligen Machthabern nicht ungestraft ignoriert werden.

### Blinder Interventionismus

Der Abendvortrag von Joachim Guilliard vom Heidelberger Forum gegen Militarismus sowie IMI-Vorstand Jürgen Wagner beschäftigte sich mit der Frage „Afghanistan und Irak: Scheitern



des Interventionismus?“ Beide Referenten betonten, dass diese Militärinterventionen gemäß ihren offiziell propagierten Zielen - Demokratie, Menschenrechte usw. - nur als riesige Fehlschläge bezeichnet werden könnten, die den Menschen in den betroffenen Ländern unsägliches Leid gebracht hätten. Aus diesem Grund beschäftigten sie sich auch mit der Frage, inwieweit hinsichtlich der tatsächlich hinter den Einsätzen stehenden geostrategischen und ökonomischen Interessen von einem Erfolg oder Misserfolg dieser Kriege gesprochen werden kann.

Der Zustand, in dem sich der Irak nach acht Jahren Krieg befinde, sei verheerend, so Joachim Guilliard: „Über eine Million Irakerinnen und Iraker wurden seit 2003 von Besatzungs- und irakischen Regierungstruppen getötet oder fielen der sektiererischen Gewalt zum Opfer, die von Washington und seinen Verbündeten angeheizt wurde. Mehr als zwei Millionen sind ins Ausland geflohen, eine ähnliche Zahl wurde zu Binnenflüchtlingen. In einem Land, in dem ein großer Teil der Vertreter der politischen Opposition und des Widerstands gegen die ausländische Besatzung eingesperrt, verschleppt, getötet oder vertrieben wurde und in dem nach wie vor 50.000 Besatzungssoldaten operieren, von Demokratie zu reden, ist absurd.“

Tatsächlich sei es den USA vor allem darum gegangen, ihre Militärpräsenz am Persischen Golf auszubauen sowie die riesigen irakischen Ölvorkommen zu privatisieren. Doch selbst gemessen an ihren eigenen - imperialistischen - Zielen könne von einem „Erfolg“ der Besatzer keine Rede sein. Es sei nicht gelungen, den Widerstand niederzuschlagen und der Versuch, sich den Rohstoffreichtum des Landes unter den Nagel zu reißen, sei vor allem an der Gegenwehr der Ölarbeitergewerkschaft gescheitert. Der zunehmende Druck habe mittlerweile sogar zu der offiziellen US-Ankündigung geführt, sich aus dem Irak zurückzuziehen. Allerdings würden gerade zahlreiche Versuche unternommen, diese Niederlage anderweitig zu kompensieren. Hierfür würde die Militärpräsenz in einigen Anrainerstaaten ausgebaut, aber auch eine private Söldnerarmee in Höhe von 5.000 Mann unter dem Kommando des US-Außenministeriums im Irak belassen. Das sei leider ein deutliches Zeichen, dass die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Irak gerade erst begonnen hätten.

Auch Jürgen Wagner präsentierte eine ernüchternde und erschreckende Bilanz von zehn Jahren Krieg in Afghanistan. Die immer brutalere Kriegsführung der NATO habe lediglich zu einer dramatischen Eskalationsspirale und immer weiteren Opfern geführt. Jährlich würden die zivilen Kriegesopfer zunehmen, während gleichzeitig die westlich installierte Karzai-Regierung immer autoritärere Züge annehme. Neoliberale Reformen hätten zudem dazu geführt, dass die Bevölkerung ärmer als zu Beginn des westlichen Einmarsches sei. Gemessen an den offiziellen Kriegszielen könne demzufolge auch in Afghanistan niemand ernsthaft von einem „Erfolg“ sprechen.

In Afghanistan gehe es ebenfalls tatsächlich um ökonomische und strategische Interessen, vor allem aber darum, den Anspruch der NATO, überall auf der Welt westliche Interessen durchsetzen zu können, zu untermauern. Hierfür sei es jedoch erforderlich, ein pro-westliches Regime zu etablieren, das auch in der Lage sei, sich dauerhaft an der Macht zu halten. Gelänge dies nicht, stehe die Fähigkeit der NATO, die Interessen ihrer Mitglieder in anderen Ländern gewaltsam durchsetzen zu können, ernsthaft in Frage. Hierfür sei jedoch eine dauerhafte Militärpräsenz vor Ort unumgänglich. Deshalb warnte Wagner vor der „Nebelkerze Truppenabzug“. Es gehe lediglich darum, Teile der westlichen Truppen abzuziehen, keineswegs um die vollständige Beendigung der Besatzung, auch wenn gegenwärtig stets etwas anderes suggeriert werde. Die NATO verfolge derzeit zwar allerlei Strategien,

den Krieg doch noch „siegreich“ zu beenden, damit würde jedoch lediglich weiter an der Eskalationsspirale gedreht. „Die NATO hat zwar keinen Plan, was sie in Afghanistan treibt, den verfolgt sie aber mit aller Härte“, so Wagners Kritik.

## Peacekeeping ist Krieg

Den letzten Kongresstag am Sonntag eröffnete Thomas Mickan, Autor der IMI-Broschüre „Die UN und der neue Militarismus“, mit einem Vortrag zur „Militarisierung der UN“. Dabei wurde zunächst auf das in der Öffentlichkeit positiv besetzte Image der Friedensbemühungen der UN eingegangen und gezeigt, wie zum Beispiel die Bundesregierung das Bild der Friedenstaube mit blauem UN-Stahlhelm zur Legitimation von Interventionen verwendet. Grundlegende Annahme sei dabei, dass UN-Blauhelm-Soldaten gerechte Anwälte des Friedens seien und militärische Gewalt ein legitimes, legales und funktionierendes Mittel der Konfliktbearbeitung darstelle.

Anhand von drei Punkten - Regionalisierung, der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der Rüstungsindustrie - illustrierte Mickan einige Tendenzen der Militarisierung und Instrumentalisierung der UN. So werde die Durchführung von Kapitel-VII-Einsätzen immer häufiger an so genannte Regionalorganisationen ausgelagert. Die UN spiele darin nur noch eine untergeordnete, aber entscheidende Rolle. Sie sei zum ersten Legitimationsfigur über die Vergabe von Mandaten. Zum zweiten bilde sie damit eine Legitimationsfolie für Aufrüstung und Regionalisierung. Zum dritten werde die UN insbesondere für Staatsaufbauprozesse umstrukturiert, sodass sie in begleitenden Missionen oder im Anschluss an Interventionen mit Aufgaben wie Entwaffnung und Demobilisierung, Sicherheitssektorreformen und Wiederaufbau betraut werden könne.

Neben dieser Unterstützungsfunktion für und damit Unterordnung unter NATO und EU beschrieb Mickan die sich durch die Mandatierung und Auslagerung entfaltende Aufrüstungsdynamik am Beispiel der Afrikanischen Union. Da diese zukünftig „afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ - gemeint ist die African Standby Force - bieten solle, unterstütze die UN deren Aufrüstung und Militarisierung, welche überwiegend durch westliche Akteure erfolge. Diese verstünden es dabei, über Ausbildungsprogramme, Peacekeepingschulen usw. starken Einfluss auf die Fähigkeiten und Strategien der neuen Eingreiftruppen zu nehmen und diese zugleich in Bereichen wie Aufklärung, Führung und Logistik von westlicher Unterstützung abhängig zu machen und zu halten.

Abschließend verwies Mickan darauf, dass sich auch die Rüstungsindustrie diese Entwicklungen längst zu Nutze mache. So habe etwa die Firma Krauss-Maffei-Wegmann eine eigene Variante ihres Leopard-II-Panzers für „Peace Support Operations“ auf den Markt gebracht, der sich besonders zur Aufstandsbe-kämpfung eigne und nun nach Saudi-Arabien exportiert werden solle. Auch habe die Rüstungsindustrie längst erkannt, dass sich Waffenlieferungen an arme oder instabile afrikanische Staaten leichter rechtfertigen ließen, wenn diese mit der Unterstützung für die African Standby Force begründet würden.

## Fiktion des Schutzes der Zivilbevölkerung

Im zweiten Vortrag am Sonntag stellten Martin Hantke und Christoph Marischka „die Rolle der UN in Libyen und der Elfenbeinküste“ dar. Um das Stimmverhalten der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zur NATO-Intervention zu verstehen, müsse man sich die Verschiebungen der globalen Hegemonie vergegen-

wärtigen, so Martin Hantke. Er betonte dabei die immer dominantere Rolle Deutschlands innerhalb der EU, welche Frankreich und Großbritannien mit eigenen Initiativen kontern wollten, beispielsweise mit der französisch-britischen Militärkooperation, die im November 2010 beschlossen wurde. Auch auf internationaler Ebene habe sich gezeigt, dass diejenigen Staaten, die sich in ihrer Hegemonie bedroht fühlen, für den Krieg gestimmt hätten, während die „Krisengewinner“ Deutschland, Brasilien, Russland, Indien und China sich enthalten hätten.

Die Resolutionen zu Libyen selbst lieferten ein Bild davon, wie sich die UN in Zukunft verändern würden und gingen „von der Fiktion des Schutzes der Zivilbevölkerung aus“. Sie mandatieren damit erstmals offen das Intervenieren in einen Bürgerkrieg und seien damit im Grunde selbst ein massiver Verstoß gegen das Völkerrecht. Zudem seien „Kriegslügen, wie der Einsatz der Luftwaffe gegen Demonstranten, in die entsprechenden Resolutionen selbst eingesenkt“ worden. Hier spiele insbesondere die Resolution 2016 eine entscheidende Rolle, mit der die Mandatierung der NATO im Oktober 2011 aufgehoben wurde, mit der jedoch auch die Kriegslügen und die Funktion der NATO-Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung erneut – und diesmal einstimmig – bestätigt wurden. Es bestehe damit die Gefahr, dass der „Regime Change als Gewohnheitsrecht“ etabliert werde und das „Gewaltverbot zu einem Gewaltgebot“ verkomme. Bereits jetzt hätte der UN-mandatierte, aber völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen Libyen die „Legitimität der Vereinten Nationen schwer beschädigt“. Die Resolutionen 1973 und 2016 stellten nach Hantke einen „Epochenbruch“ in der Rolle des UN-Sicherheitsrates dar.

Von einem „Epochenbruch“ sprach auch Christoph Marischka hinsichtlich der taktischen Rolle der UN-Blauhelme und auch der aktiven Rolle des UN-Generalsekretärs beim Regime Change in Côte d'Ivoire. Bereits im Vorfeld der Wahlen habe es die UN unterlassen, die Rebellen im Norden zu entwaffnen und ihrerseits in Erwartung eines durch die Wahlen ausgelösten Bürgerkrieges aufgerüstet. Ban Ki-moon habe persönlich die Verlegung von Kampfhubschraubern aus Liberia und auch von Truppen aus dem benachbarten Burkina Faso, das ganz offensichtlich Konfliktpartei in Côte d'Ivoire ist und war, begrüßt und dem Sicherheitsrat konkrete Stationierungskonzepte vorgelegt. Die offensichtlichen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl seien von dem Leiter der UN-Mission UNOCI negiert und auf dieser Grundlage Alassane Ouattara im Widerspruch zur ivoirischen Verfassung als Präsident anerkannt worden. Der Vormarsch der für ihn kämpfenden Truppen und Milizen, während dessen es zu grausamen Verbrechen gekommen sei, wäre von der UNOCI nicht behindert, sondern insbesondere in seiner Endphase aktiv durch Luftangriffe der UN-Hubschrauber und einer französischen Eingreiftruppe unterstützt worden. „Minutiös“, so Marischka, sei dieser Vormarsch auch mit der EU abgestimmt gewesen, die ihn durch „gezielte Sanktionen“ unterstützte. „Diese Sanktionen – insbesondere gegen Häfen und die Kakao-Gesellschaft – sollten die Armee zur Meuterei gegen den amtierenden Präsidenten Gbagbo anstacheln und brachten das wirtschaftliche Leben vollständig zum Erliegen – mit schlimmen, tödlichen Folgen für die Zivilbevölkerung. Diese Sanktionen wurden sofort aufgehoben, nachdem die entsprechenden Häfen von Ouattaras Truppen eingenommen waren – noch vor der Festnahme Gbagbos“.

Beide Interventionen, sowohl in Libyen als auch in der Elfenbeinküste, seien in Afrika als kolonialistischer Eingriff und schwere Demütigung wahrgenommen worden. Der ehemalige südafrikanische Präsident Thabo Mbeki beispielsweise hätte die UN in der Folge in der Zeitschrift „Foreign Policy“ als „ein weite-

res Instrument in den Händen der größten Weltmächte“ bezeichnet.

## Quantitative Abrüstung und qualitative Aufrüstung

Zum Abschluss des Kongresses berichtete IMI-Vorstand Tobias Pflüger über den „Umbau der Bundeswehr und die Perspektiven für die antimilitaristische Bewegung.“

Pflüger zeichnete nach, dass die Bundeswehr inzwischen eine „Armee im Einsatz“ und damit weit weg von der Festlegung im Grundgesetz sei, wonach „[d]er Bund ... Streitkräfte zur Verteidigung auf[stellt]“. Horst Köhler sei noch als Bundespräsident zurückgetreten, u.a. weil er davon gesprochen habe, dass die Bundeswehr auch für Wirtschaftsinteressen eingesetzt werde. Inzwischen sei dies in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 jedoch ganz klar so festgelegt. Gerhard Schröder habe noch von der „Enttabuisierung des Militärischen“ gesprochen, nach dem durch einen Bundeswehroffizier befohlenen Massaker von Kunduz sei dann bereits diskutiert worden, „wieviel Töten (durch die Bundeswehr) erlaubt“ sei. Hier habe in der politischen Elite ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Im Oktober 2011 wäre nun das neue Stationierungskonzept vorgelegt worden, das im Kern eine „quantitative Abrüstung und qualitative Aufrüstung“ beinhalte. „Es geht um Kriegsführungsfähigkeit“, so Tobias Pflüger. „Die Teile der Bundeswehr, mit denen Krieg geführt werden kann, werden gestärkt, die anderen abgebaut.“ Die Ausrichtung auf Auslandseinsätze sei strukturbestimmend. Die Strukturveränderungen führten auch zu Standortschließungen. Von Seiten der Friedensbewegung sei es notwendig, aufzuzeigen, dass Konversion in zivile Strukturen für betroffene Kommunen keine Gefahr, sondern eine Chance sei.

Die Veränderung der Bundeswehr ginge zudem einher mit viel Pathos („Wir. Dienen. Deutschland.“, so ein neuer Slogan der Bundeswehr) und einer neuen Werbestrategie. Allein die Gelder für Nachwuchswerbung seien im Jahr 2012 doppelt so hoch veranschlagt, wie im Vorjahr. Die Aussetzung der Wehrpflicht verschärfe das Problem der Bundeswehr ausreichend Nachwuchs zu rekrutieren, weshalb vor allem in Schulen und Hochschulen, aber auch in Arbeitsagenturen verstärkt für den Dienst an der Waffe geworben werde.

„Notwendig ist der Protest und Widerstand gegen die Kriegspolitik im Innern und Äußern! Der Krieg beginnt hier und die Umstrukturierung der Bundeswehr zeigt, wo dieser Protest und Widerstand ansetzen könnte“, so Pflüger.

Neben der Notwendigkeit, die Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr bei jeder Gelegenheit zu untergraben und ihren Zugriff auf Schulen und Hochschulen zu minimieren, wurden insbesondere die Proteste gegen die Petersberg-II-Konferenz Anfang Dezember in Vortrag und Diskussion als zentrale Aufgaben der Friedensbewegung benannt. Auch auf die Notwendigkeit, Kriegsstandorte der Bundeswehr und anderer Armeen, Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion zu thematisieren und die Konversion voranzutreiben und mitzugestalten, wurde hingewiesen. Das sei die richtige und notwendige Antwort auf die „gegenwärtigen Umbrüche und Unsicherheiten, auf welche Deutschland und die führenden Weltmächte offensichtlich mit weiterer Aufrüstung und verstärkter Interventionsbereitschaft reagieren“.

# Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses vom 28. und 29.10.2011

Anlässlich der offensichtlichen Unterwanderung der Tübinger Zivilklausel – u. a. durch die Honorarprofessur des Herrn Ischinger und die anhaltende wehrmedizinischen Forschung – versammelten sich Studierende und Aktive aus Friedens- und Gewerkschaftsinitiativen aus zwölf Universitätsstädten (Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart, Tübingen, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Jena und Marburg), um über die Militarisierung von Forschung und Lehre sowie über mögliche Gegenstrategien zu beraten.

Der Kongress begann mit der Verlesung eines bewegenden Grußworts des 86jährigen naziverfolgten Widerstandskämpfers Martin Löwenberg. Er erinnerte daran, dass 1945 galt: „Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen!“, und an den damaligen Konsens der „vier D's“: Denazifizierung, Demonopolisierung, Demokratisierung und eben auch Demilitarisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens. Ausdrücklich begrüßte er, dass der ver.di-Bundeskongress die Friedensverpflichtung durch Zivilklauseln für alle Hochschulen gefordert hatte.

Angesichts des Umbaus der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ gibt es seit einigen Jahren die erklärte Strategie, Bereiche wie Ausbildung, Aufklärung und Strategieentwicklung an Private und Hochschulen auszugliedern. Die letzteren sollen durch verstärkte Aktivitäten von Jugendoffizieren und Reservisten, durch Stiftungs- und Honorarprofessuren in den sogenannten „sicherheitspolitischen Dialog“ des Militärs eingebunden werden, auch um Nachwuchs zu gewinnen („Celler Appell“ 2008).

Wer mit dem Verweis auf die „Freiheit der Wissenschaft“ die Hochschule für diese Strategien öffnen will, verkennt oder verkürzt den politischen Gehalt dieser Freiheit und auch der heutigen Wissenschaft. Zivilklauseln sind ein Ansatz, um tatsächlich eine Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit in Gang zu bringen, Lehrinhalte und Forschungsziele zu hinterfragen. Das kann über die Kritik an militärischer Indienstnahme von Lehre und Forschung hinaus gehend auch den Blick auf deren ökonomische Grundlagen lenken. Auch einer Verwischung jeder Grenzziehung zwischen militärischer und ziviler Forschung im Rahmen der Doktrin der „vernetzten Sicherheit“ muss entgegengesteuert werden.

Im Rahmen der lebhaften, teilweise auch kontroversen Diskussion wurde auf dem Kongress über folgende Punkte Einigkeit erzielt:

1. Forschung im Auftrag des Verteidigungsministeriums und ist ebenso wie Forschung an

Rüstungsgütern abzulehnen und widerspricht jeder Zivilklausel. Eben- sowenig wie zwischen Schwert und Rüstung oder einem Panzer und seiner Panzerung kann auch nicht zwischen sogenannten Offensiv- waffen und Defensivwaffen unter- schieden werden. Beide dienen der Kriegsführung und Durchhaltefähig-

keit im Gefecht. Dieser Grundsatz gilt auch für die wehrmedizi- nische Forschung.

2. Da von der Bundesregierung militärische und zivile Sicher- heitsforschung bewusst vermengt werden, ist für alle entspre- chenden Projekte zu fordern, dass sie vor ihrer Durchführung öffentlich dargestellt und zur Diskussion gestellt werden. Insbe- sondere Projekte der „zivilen“ Sicherheitsforschung eröffnen oft neue Zugriffsmöglichkeiten auf die individuelle Privatsphäre und offenbaren damit den Konflikt zwischen angeblicher Freiheit der Wissenschaft und der Freiheit der von den technologischen Ent- wicklungen betroffenen Individuen.

3. Auch wenn sie unter dem Etikett der „Friedens- und Konfliktforschung“ daher kommt, dient sogenannte Inter- ventionsforschung der Legitimation und Politikberatung für neokolonialistische Projekte und damit nicht dem Frieden. Nicht nur die Politikwissenschaft, sondern auch die Theologie – Stich- wort: Mission – sollte die eigene Rolle bei solchen Projekten in der Vergangenheit und Gegenwart kritisch hinterfragen.

4. Forschung und ihre Förderung müssen ebenso wie die Vergabe von Honorar- und Stiftungsprofessuren im Vorfeld öffentlich dis- kutierbar und transparent sein. Notwendig ist eine grundlegende Demokratisierung der Hochschulen, ihre finanzielle Autonomie und ihre Öffnung gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteu- ren. Insbesondere an den Hochschulen, an denen bereits Zivil- klauseln existieren, müssen Mechanismen entwickelt werden, die diese Transparenz sicherstellen und die Einbeziehung möglichst breiter Kreise in die daraus entstehenden Debatten garantieren. Wie mit der Tübinger Ischinger-Professur Fakten geschaffen wurden, ist unerträglich – diese Ernennung muss zurückgenom- men werden.

5. Die Durchführung von Lehrveranstaltungen und Vor- trägen durch Bundeswehrbe- dienste und aktive Reservisten in den Räumen der Universität und im Rahmen des Curricu- lums ist abzulehnen.

6. Die Regierungsparteien in Baden-Württemberg sind an ihren Wahlkampfaussagen zu messen. Wenn das KIT-Gesetz und das Landeshochschulgesetz novelliert werden, müssen sie eine klare verbindliche Zivilklausel für alle Hochschulen vorse- hen. Die Wissenschaftsministerin soll im Rahmen des anstehenden Bildungsstreiks daran erinnert werden. Es waren die Studie- renden des Bildungsstreiks 2009 gewesen, die die Tübinger Zivil- klausel forderten und letztlich durchsetzten.

<http://zivilklauselkongress.blogspot.de/>

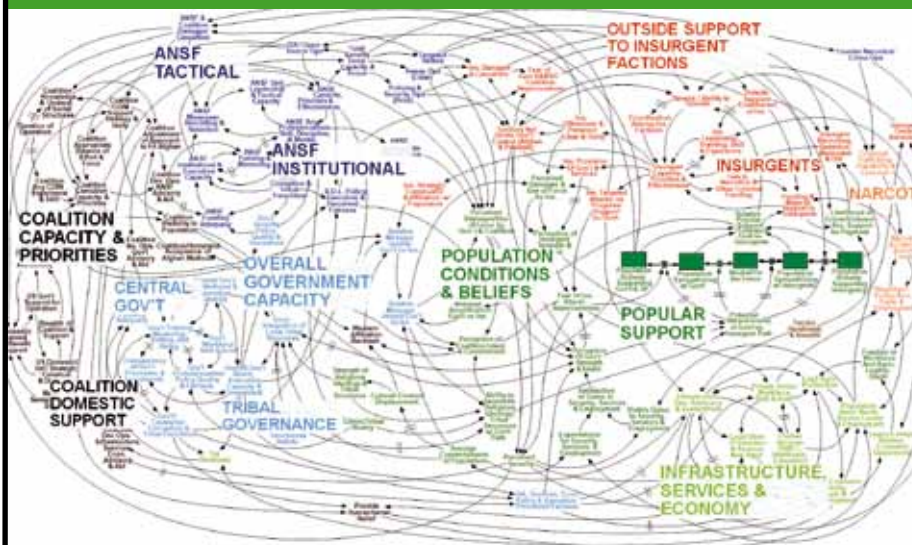


*Aktion im Hörsaalgebäude der Universität Tübingen im Dezember 2011 beim Vortrag der Dozentin der Führungs- akademie im Rahmen der Ringvorlesung zur Zivilklausel an der Universität, Foto: Aktion.*

# Experimentierfeld Afghanistan

Zehn Jahre Krieg und kein Ende in Sicht

Haid/Schürkes/Wagner



„Wenn wir diese Grafik verstanden haben, haben wir den Krieg gewonnen!“  
Stanley McChrystal im Herbst 2009, damals noch Oberkommandierender der NATO  
in Afghanistan, bei einem Vortrag über die Schwierigkeiten der Aufstandsbekämpfung.



ISSN 6153-2115

**Jetzt erschienen: Experimentierfeld Afghanistan**

**Zu beziehen bei IMI für drei Euro/Ex. zuzügl. Porto.**

*Herausgeber des AUSDRUCKS ist die  
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.  
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung  
der Informationsstelle wieder.  
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,  
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,  
Tel. 07071/49154*

